

## exklusiv in der WELT



### Interview mit Peter Ustinov

Peter Ustinov ist einer der großen Schauspieler der Welt, aber auch Schriftsteller und Regisseur. In einem WELT-Interview erzählt er von seiner letzten Reise als Unicef-Botschafter nach China, von der russischen Seele, mit der er verwandt ist, von seinen komischen Erlebnissen in der Mailänder Scala und in der Staatsoper Hamburg. Ustinov berichtet von einem mysteriösen Land, in das er sich zurückzieht, und sagt, was er täte, wenn er König wäre.

Seite 6

## Morgen in der WELT

### Prognosen für 1987

Was erwarten Handel und Handwerk vom kommenden Jahr? In einer umfangreichen Jahresschlussausgabe läßt die WELT die vergangenen zwölf Monate Revue passieren und veröffentlicht gleichzeitig Prognosen zahlreicher Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft. Ob Banken- oder Handwerkspräsident - zahlreiche Branchen erwarten 1987 noch mehr Innovationen und weiteren Auftrieb. Außerdem werden zehn Persönlichkeiten als „Profile der Courage“ vorgestellt.

## POLITIK

**Ernennung:** In der Sowjetunion ist der 51jährige Konrad Terech zum neuen Handelsminister ernannt worden. Er löst den 66jährigen Grigori Waschtschenko, der pensioniert wurde, ab. Terech war seit 1984 stellvertretender Regierungschef von Weißrußland. Er ist für den Binnenhandel zuständig.

**Streik:** In Frankreich ist noch kein Ende des seit zehn Tagen andauernden Eisenbahnstreiks abzusehen. Das öffentliche Verkehrswesen wird heute durch einen neuen Teilstreik beim Personal der Metro und der Busfahrer in Paris zusätzlich gelähmt. Inzwischen streiken auch die Seefrühziere. (S. 3 und 8)

## WIRTSCHAFT

**Werften:** Die deutsche Werftindustrie hat die EG-Beschlüsse begrüßt, die Beihilfen für den Bau von neuen Schiffen auf einen Höchstbetrag von 28 Prozent der erzielbaren Marktpreise zu begrenzen. Dennoch sind die Erwartungen im deutschen Schiffbau pessimistisch. Auch 1987 ist kein Ende der Krise abzusehen. (S. 9)

**Preiserhöhung:** Der VW-Konzern erhöht von heute an die Preise für seine Personenzüge. Die Autos werden im Inland um durchschnittlich 1,9 Prozent teurer. Ausgenommen von den Erhöhungen sind die Aufpreise für alle Katalysator-Versionen nach dem amerikanischen und europäischen Standard.

## KULTUR

**Poet:** Gerhard Meier, ein Außenseiter und doch einer der herausragenden Poeten der Schweiz, hat jetzt nach „Toteninsel“ und „Borodino“ den letzten Band der Romantrilogie „Baur und Bindenschädel“ vorgelegt. Die Ballade vom Schneefall. Die Botschaften des Petrarca-Preissträgers wirken mahnend. (S. 15)

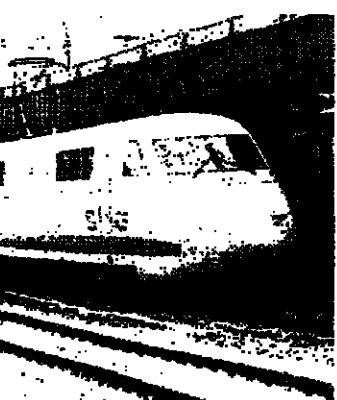
**„Rote Nasen“:** Witz und Satire kennzeichneten das mit viel Phantasie in Wien inszenierte Stück „Die roten Nasen“ von Peter Barnes. Das ins 14. Jahrhundert in das von der Pest heimgesuchte Frankreich führende Werk endet mit einem krassen Schluß, der am endgültigen Sieg des Guten Zweifel läßt. (S. 15)

## SPORT

**Ski Alpin:** Der Österreicher Leonard Stock gewann den Weltcup-Parallel-Slalom in Berlin. Auf dem Teufelsberg besiegte der Abfahrts-Spezialist den jugoslawischen Slalom-Spezialisten Bojan Križnar in zwei Finalläufen. Als bester Fahrer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) belegte Michael Eder Rang drei. Markus Wasmeier schied im ersten Lauf aus. (S. 12)

**Tennis:** Seit 1907 hat Australien den Davis-Pokal zum 26. Mal gewonnen. Im Finale besiegten die Australier den Pokalverteidiger Schweden in Melbourne mit 3:2. Für den entscheidenden Punkt zum 3:1 sorgte am letzten Tag der 21 Jahre alte Pat Cash durch einen 2:6, 4:6, 6:3, 6:4, 6:3-Erfolg über den Welttranglisten-Elfen Mikael Pernfors. (S. 12)

## AUS ALLER WELT



**„Schwebelänge“:** In zehn Jahren soll der erste „Europäische Hochgeschwindigkeitszug“ (Foto) mit 300 Stundenkilometern zwischen Europas Metropolen hin- und herflitzen. Die Bahn hofft, dem Flugzeug wieder ernsthaft Konkurrenz machen zu können. (S. 16)

**Diät-Futter:** Nicht nur Zweibeiner, sondern auch Vögel haben Probleme mit der Linie. In England bietet ein Hersteller von Hundenahrung jetzt die Lösung an: garantiert kalorienarmes Futter. (S. 16)

## Leserbriefe und Personalien

### Fernsehen

### Pankraz

### Wetter: Milder

Schnee und Hagel behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten unsere Abonnenten um Verständnis für eventuelle Verspätungen.

Seite 7

Seite 14

Seite 15

Seite 16

# Sacharow ruft in Moskau nach der „offenen Gesellschaft“

Genscher sieht Kreml auf „neuen Wegen“ / Rühre spricht von Signal an Honecker

DW, Bonn

Die Sowjetunion ist offenbar bemüht, die Rückkehr des Regimekritikers Sacharow aus der Verbannung nach Moskau politisch zu nutzen und ihren Ruf im Ausland zu verbessern. Mit Blick auf dieses Ziel erlaubte der Kreml Sacharow, aus einem Moskauer Studio amerikanischen Fernsehgesellschaften Interviews zu geben, in denen er das Regime scharf attackierte.

Bei Gesprächen mit amerikanischen Journalisten nahm Sacharow die Afghanistan-Politik, die Abrüstungspolitik und die sowjetische Innenpolitik ins Visier. Im US-Fernsehen sagte er: „Was wir brauchen, ist ein rascher Rückzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan. Sein Hauptanliegen sei es, den politischen Gefangenen zu ihren Menschenrechten zu verhelfen. „Mir geht es aber auch um mehr Bewegungsfreiheit einschließlich des Rechts auf Reisen ins Ausland und auf Auswanderung aus dem Land. Mit anderen Worten: Ich möchte alles, was mit einer offenen Gesellschaft zusammenhängt.“

Sacharow ließ erkennen, daß er

sich nicht in die Kritik Moskaus an den USA wegen der SDI-Pläne Präzident Reagans einspannen lassen wolle. Während Moskau bisher Washington ein Streben nach Weltmacht unterstellte und deshalb SDI ablehnte, argumentierte Sacharow technisch: Ein Feind werde immer Mittel finden, eine Raketen-Abwehr zu überwinden. Darum sei die sowjetische Position bei dem Gipfel in Reykjavik nicht akzeptabel gewesen. Dort hatte der Kreml Abrüstungsvorschläge von einem amerikanischen Entgegenkommen bei SDI abhängig gemacht.

Sacharow führte die Aufhebung seiner Verbannung auf den internationalen Druck und auf das Bemühen Moskaus um eine intensivere technologische Zusammenarbeit mit anderen Ländern zurück. Er wies darauf hin, daß wissenschaftliche Organisationen in der ganzen Welt eine Kooperation mit der UdSSR stets von seiner Freilassung abhängig gemacht hätten.

Sacharow vermied direkte Angriffe auf Gorbatschow. Der Kreml-Chef stecke bei seinen Bemühungen um

eine Liberalisierung in einer schwierigen Situation.

Der in Moskau lebende Bürgerrechtler Medwedew sieht in dem Ende der Verbannung Sacharows ein Anzeichen für eine „ideologische Wende“. In die Innenpolitik sei Bewegung gekommen.

Dagegen spricht das Vorgehen der Partei in Kasachstan. Dort beschloß das Zentralkomitee Maßnahmen zur „unverzüglichen Ausrottung negativer Erscheinungen“. Unruhen soll offenbar nicht mit Offenheit zum Dialog, sondern mit Disziplin und Härte begegnet werden.

Unteressen bescheinigte Bundesaußenminister Genscher Moskau, es versuche, „neue Wege“ zu gehen. Diese Entwicklung müsse die Bundesrepublik „nutzen für Frieden und Zusammenarbeit in Europa“.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Rühre, wertete die Aufhebung der Verbannung als ein „deutliches Zeichen an die Adresse der DDR“. In den „Westfälischen Nachrichten“ appellierte Rühre an Erich Honecker, die Freilassung politischer Häftlinge zu verfügen.

# NH-Ausschuß rügt Kabinette seit 1970

Bericht stellt fest: Zwischen '70 und '86 wurden Kontrollmöglichkeiten nicht ausgeschöpft

D. G. Bonn

Bei konsequenter Wahrnehmung der Rechtsaufsicht von Ländern und Bundesbehörden und einer wirksamen Kontrolle durch die zuständigen Gremien des DGB hätten die Fehlentwicklungen beim gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat verhindert werden können. Zu diesem Ergebnis kommt der jetzt erstellte, 500 Seiten umfassende, Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der Ausschuß wird seinen Bericht Anfang Januar abschließend beraten und dann Bundestagspräsident Jäger übergeben. In Ausschüßkreisen wird damit gerechnet, daß die Oppositionsfaktionen der SPD und der Grünen zu den Schlußfolgerungen und Empfehlungen Minderheitennoten abgeben.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß die Geschäftsführung der Neuen Heimat bis zur Aufdeckung des Skandals Anfang 1982, aber auch in den folgenden Jahren, immer wieder gegen die Bestimmungen des Woh-

nungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) verstoßen hat. In diesem Zusammenhang werden besonders der frühere NH-Geschäftsführer Albert Vietor, der ehemalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und der bisherige Vorstandsvorsitzende der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG, Alfons Lappas, genannt.

Den Aufsichtsbehörden wird im Untersuchungsbereich vorgehalten, sie hätten im Fall der Neuen Heimat

SEITE 4:  
Ausschuß: Versagen

zwar seit langem die Mängel des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes erkannt, aber aus diesen Erkenntnissen keine Konsequenzen gezogen. Den zuständigen Hamburger Kontrollbehörden wird bescheinigt, sie hätten eine rechtswidrige Auslegung des WGG praktiziert, und dies hätten Bundesinstanzen zur Zeit der sozialliberalen Koalition wie auch unter der seit 1982 amtierenden Koalition von CDU/CSU und FDP geduldet, ohne

einzuschreiten. Wörtlich heißt es dazu: „Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die Bundesregierung in den Jahren von 1970 bis 1986 ihrer Pflicht zur Rechtsaufsicht nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Sie hat es unterlassen, die im Mängelfeststellungsverfahren möglichen Maßnahmen vollständig auszu-schöpfen, obwohl hierzu Anlaß bestand.“ So sei nicht von dem im Artikel 84 des Grundgesetzes vorgesehenen Mittel des Staatskommissars des Bundes zur Kontrolle über Länderbehörden Gebrauch gemacht worden.

Trotz der zahlreichen festgestellten Mängel und Gesetzesübertretungen spricht sich der Bericht gegen die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes aus. Auch sollte die Gemeinnützigkeit nicht generell entfallen. Zum umfangreichen Katalog von Empfehlungen gehört das Verbot einer von der NH praktizierten Konzernbildung zwischen gemeinnützigen (steuerbefreiten) und nichtgemeinnützigen Unternehmen.

# „Börse bleibt im neuen Jahr attraktiv“

Banken verweisen auf Wirtschaftswachstum und geringe Preissteigerungsrate

f.d./DW, Bonn/Washington

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die deutschen Aktienbörsen sind nach wie vor gut. Diese Auffassung wird von nahezu allen deutschen Banken beim Ausblick auf das kommende Jahr vertreten. Ein Wirtschaftswachstum von bis zu 2,5 Prozent und eine geringe Preissteigerungsrate von höchstens zwei Prozent seien der geeignete Nährboden für ein weiterhin günstiges Börsenklima, hieß es. Positiv wird zudem gewertet, daß die Zahl der Neumissionen und Kapitalerhöhungen niedrig ausfallen werde als in diesem Jahr.

Hinzu komme, so die Banken, daß die Unternehmensgewinne, die bereits 1985 und im zu Ende gehenden Jahr deutliche Steigerungsraten aufwiesen, 1987 etwa um fünf Prozent wachsen dürften - eine Stabilisierung der internationalen Währungsrelationen (vor allem des US-Dollar) vorausgesetzt.

Nach überwiegender Auffassung der Börsianer bestehen insbesondere

bei Qualitätstiteln der Chemie, des Automobilsektors und des Elektronikbereichs aussichtsreiche Perspektiven. Allerdings seien bei stark favorisierten Titeln Gewinnmitnahmen nicht auszuschließen.

Für den deutschen Rentenmarkt wird generell eine Fortdauer des Auslandsinteresses prognostiziert. Aufgrund des guten Umfeldes dürfte die

SEITE 9:  
Kein Goldgrub

Mark als internationale Anlagewährung an Gewicht gewinnen.

In die positive Bewertung der Situation stimmte auch Bundesbankpräsident Pöhl ein. Wünschenswert sei, so Pöhl, nach den Wechselkursen der vergangenen Jahre insbesondere eine Stabilisierung der Wechselkurse. Wie er gegenüber der „Welt am Sonntag“ erklärte, könnte eine weitere Abwertung des Dollar nicht nur die konjunkturelle Entwicklung ernsthaft beeinträchtigen, sondern auch zu

Spannungen im Europäischen Währungssystem führen.

Insofern richtet sich das besondere Interesse der Finanzmärkte auf die Dollarbewegungen im neuen Jahr. Eine Mehrheit von amerikanischen Wirtschaftsexperten äußert die Ansicht, daß der Kurs der US-Währung, der seit der Konferenz im New Yorker Plaza-Hotel im September vergangenen Jahres gegenüber dem japanischen Yen um 33 Prozent und gegenüber der Mark um rund 30 Prozent gefallen ist, im nächsten Jahr wahrscheinlich noch weiter sinken werde. Vor allem die Mark gilt für die ersten Monate 1987 als besonders aufwertungswürdig.

Hinsichtlich der Goldpreisentwicklung sind die Erwartungen für das kommende Jahr eher gedämpft. Sinkende Inflationsraten, verbunden mit einem global gebremsten Wirtschaftswachstum und hohen Realzinsen, seien nicht der Boden, auf dem sich der Goldmarkt voll entfalten könne, meint die Londoner Consolidated Gold Fields.

# Bräutigam bleibt vorerst im Amt

DW, Bonn

Die Bundesregierung hat Berichte über eine angeblich bevorstehende Ablösung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in Ostberlin, Hans Otto Bräutigam, deminert. Der Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Otfried Hennig, sagte auf Anfrage, die Meldung entbehre „derzeit jeder Grundlage“. Ähnlich äußerte sich Regierungssprecher Friedhelm Ost gegenüber Nachrichtenagenturen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes nannte den Bericht „frei erfunden“. Der „Spiegel“ hatte in seiner neuesten Ausgabe gemeldet, Bräutigam habe sich nach viereinhalbjähriger Amtszeit im Auswärtigen Amt in Bonn „zurückgemeldet“, um so seiner Abberufung nach der Bundestagswahl zuvorzukommen. Der 55jährige Staatssekretär, der von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) nach Ost-Berlin entsandt worden war, ist seit Mai 1982 auf seinem Posten.

# Weltweiter Protest gegen Sowjetunion

DW, Bonn/London

Die Sowjetunion ist zum siebten Jahrestag der Invasion Afghanistans weltweit zum Rückzug ihrer Truppen aus dem besetzten Land aufgefordert worden. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe warf dem Kreml vor, entgegen allen Ankündigungen den Unterdrückungskrieg weiter zu verschärfen. Das Außenministerium in Paris richtete an Moskau die Forderung, endlich auf die sinnlose Suche nach einer militärischen Lösung zu verzichten.

In der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern war es am Jahrestag des Einmarsches (27.12.) zu Protesten afghanischer Flüchtlinge gegen die Sowjetunion gekommen. In Islamabad und Sidney wurden sowjetische Fahnen und Bilder von Partheiführer Gorbatschow verbrannt. Bei Demonstrationen in Neu Delhi wurden mehr als 900 Exil-Afghanen vorübergehend festgenommen. Seite 8: Leere Worte

# DGB mahnt Rappe und Steinkühler

DW, Bonn

Der DGB betrachtet die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften über eine Flexibilisierung der Arbeitszeit offenbar mit Sorge. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Chemie, ihre öffentlich ausgetragenen Differenzen zu überdenken. Im Rundfunk sagte Muhr gestern, diese Kraftprobe sei „nicht schön“ und habe die Solidarität unter Gewerkschaftlern nicht gefördert. Während IG-Metall-Chef Steinkühler am freien Samstag festhält, schließt der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe regelmäßige Samstagsarbeit nicht aus.

Zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen sagte Steinkühler im „Express“, wenn „die Arbeitgeber glauben, sie bräuchten sich bei der Arbeitszeitverkürzung nicht zu bewegen und könnten uns am Ende sogar noch Samstagsarbeit aufhalsen, dann wird der Streik unvermeidlich“.

## DER KOMMENTAR

### Der Zaren-Test

PETER GILLIES

Wie ansteckend ist der Bazillus der Freiheit? Durch die Freilassung des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow aus der Verbannung hat sich Michael Gorbatschow der Welt so geschickt wie überraschend als Friedensfürst empfohlen. Allerorten keimt, wie beabsichtigt, die Hoffnung auf einen Kommunismus mit menschlichem Gesicht.

Sacharow gibt eine machtpolitische Deutung für den Gnadenakt. Er macht die internationale Kampagne für seine Freilassung und eine gewisse innenpolitische Lockerung in der Sowjetunion als Ursachen aus, betont jedoch das dritte Motiv als das entscheidende: Die UdSSR sah sich in ihrer wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in und mit der ganzen Welt stets von der Kritik der Wissenschaftler umzingelt. Ständig bedrängten die Organisationen und ihre führenden Köpfe den Kreml mit der Forderung „Freiheit für Sacharow“.

Gorbatschow hat offenbar erkannt, daß sich der Wettlauf der Systeme auf dem Feld der Technologie entscheiden wird. Durch

den Sacharow-Akt glaubt er wieder Zugang zur internationalen Wissenschaft zu gewinnen, zu den Hirnen, die die Welt von morgen vorausdenken.

Dafür riskiert Gorbatschow eine gewisse Machtprobe mit den Apparatschiki. Er suggeriert Bewegung nach innen im Sinne seiner „Glasnost“ (Transparenz) und Modernität nach außen. Beide Eindrücke benötigt er dringend, denn seine Bilanz ist alles andere als glänzend. Dissidenten bleiben ein Pfahl im Fleisch, die Machthaber von Hammer und Sichel glauben jedoch an die Beherrschbarkeit der Unbotmäßigen.

Bevor der Westen unkritisch-voreilig die Türme des Kreml schon als Freiheitssymbol deutet, sollte er den Blick auf Afghanistan richten. Dort findet die Nagelprobe statt. Dort hat der sowjetische Überfall bisher 1,2 Millionen Tote und 1,5 Millionen Verletzte gefordert und sechs Millionen Menschen vertrieben. So mischt sich die Freude über Sacharow überall dort, wo das Imperium zuschlägt, in eine millionenfache Totenklage.

# Weizsäcker: Bei Terroristen wachsen Zweifel an Gewalt

Bundespräsident mißt „persönlichem Einfluß“ großes Gewicht bei

DW, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Ansicht vertreten, daß in Kreisen der Terroristen und ihrer wenigen Anhänger die Erkenntnis von der Verwerflichkeit der Gewalt und ihrer Schädlichkeit für die eigenen Ziele zunehme.

In einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur meinte der Bundespräsident, daß man die Terrorakte der jüngsten Vergangenheit und die gewaltsamen Ausschreitungen ernst nehmen müsse. Er wandte sich jedoch zugleich gegen die Ansicht, daß die Neigung zur Gewaltanwendung in der Bundesrepublik zunehme. Zu einer Umkehr könnten Terroristen nach Darstellung Weizsäckers weder durch politische Programme noch durch öffentliche Appelle, sondern allenfalls durch „persönlichen Einfluß“ bewegt werden. Damit erteilte er zugleich indirekt Versuchen eine Absage, mit Hilfe von Gesetzen wie der Kronzeugenregelung Terroristen dazu zu bringen, der Gewalt abzuschwören.

Anders als bei den Unruhen Ende der sechziger Jahre sei beim Terrorismus weder eine generelle Wurzel

noch ein einfacher politischer Ursachenzusammenhang erkennbar. Die technische Perfektion terroristischer Aktionen dürfe nicht zu dem falschen Schluß führen, daß es eine „zunehmende Anzahl von verstellbaren Gründen“ für dieses Vorgehen gebe.

In den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind nach den Worten des Bundespräsidenten „konstruktive Entwicklungen“ zu beobachten. Die Reisemöglichkeiten entsprächen zwar noch nicht den Vereinbarungen der Schlufakte von Helsinki, doch „sollten wir auch hier zahlreiche konkrete Fortschritte sehen und anerkennen“. Weizsäcker rechnet damit, daß SED-Chef Erich Honecker der Einladung in die Bundesrepublik folgen werde: „Ich möchte ihn gern hier treffen.“ Ob und wann es dann zu einem Besuch des Bundespräsidenten in der „DDR“ komme, werde sich zeigen.

Zu den verfassungsmäßigen Grenzen seines Amtes sagte Weizsäcker, es bestehe keine Veranlassung, über seine mangelnde Amtszuständigkeit zu klagen oder eine Änderung zu wünschen.

# Mit Optimismus ins neue Jahr

gfa, Bonn

Die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sind zum Jahresende 1986 in ihrer Mehrzahl mit der wirtschaftlichen Entwicklung zufrieden. Wie das Meinungsforschungsinstitut Infratest im Dezember ermittelte, bezeichnen 74 Prozent der Befragten die allgemeine wirtschaftliche Lage als gut bis sehr gut. Die eigene wirtschaftliche Situation nennen nach der Umfrage sogar 79 Prozent gut bis sehr gut, 21,4 Prozent sind überzeugt, daß es ihnen Ende 1987 noch besser gehen wird als Ende 1986.

# Sieben Tote nach Explosion im Hotel

DW, Garmisch-Partenkirchen

Bei einer Explosion im Garmischer Sporthotel „Riesensee“ sind sieben Menschen ums Leben gekommen. Das Unglück ereignete sich um 15.55 Uhr. Eine gewaltige Explosion vernichtete das Fimcenter mit Hallenbad. Ein Augenzeuge: „Kurz darauf wuchs ein riesiger brauner Rauchpilz hoch“. Nach Ermittlungen ist das Unglück auf eine defekte Flüssigkeitsleitung zurückzuführen. Ein Anschlag sei mit großer Sicherheit auszuschließen.

Seite 3: Wie eine Sprengung

# Peking warnt davor, westliche Demokratien zu idealisieren

Chinas KP mahnt Behörden zu besonderer Wachsamkeit

DW, Peking

Die Proteste in China haben sich von Peking und Shanghai nach Nanking verlagert. Mehr als 5000 Menschen versammelten sich hier am Wochenende zu einem Streikgespräch über die Notwendigkeit von Demokratisierung und wirtschaftlichen Reformen. An derartigen Debatten sollen zuvor bereits mehr als 10 000 Einwohner der Stadt teilgenommen haben.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat inzwischen allen Lokalbehörden indirekt vorgeordnet, die Studentenproteste unterdrücken zu haben. In einer Anweisung vom Freitag wurden sie offenbar zu besonderer Wachsamkeit aufgefordert. Die Bemühungen zur Erziehung der Studenten müßten verstärkt werden, damit diese auf der Seite des Volkes ständen. Die staatlich gelenkte Presse warnte davor, westliche Demokratievorstellungen zu idealisieren.

Anders als in Nanking wurden die Demonstrationen in Shanghai und Peking reglementiert. Der Chef des Amtes für öffentliche Sicherheit der

Hauptstadt Su Zhongxiang, sagte, das Volk habe das Recht zu demonstrieren. Allerdings müsse auf örtlicher Ebene entschieden werden, wie dieses Recht zu gewährleisten sei. Die Peking Zeitung „Beijing Ribao“ zog in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich heran: Hier existierten ebenfalls Bestimmungen zu Demonstrationen. In China müsse mehr Demokratie ermöglicht werden. Jedoch hätten sich viele Demonstrationen gegen die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei und des Marxismus-Leninismus gestellt. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua sprach von Krawallen einer „kleinen Minderheit gesetzloser Elemente“, die die soziale Ordnung stören wollten. Nach Pressemeldungen ist jetzt eine dritte Person wegen Randalierens festgenommen worden.

Der Bevölkerung von Peking wurden für das erste Halbjahr 1987 Kommunalwahlen mit demokratischer Wahlverfahren angekündigt. Allerdings ist bislang unklar, welcher etwaige Reformen sein sollen.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Traurige Bilanz

Von Diethart Goos

Fast war das langjährige Reizthema Neue Heimat über dem von der Opposition hochstilisierten U-Boot-Komplex in Vergessenheit geraten. Doch der Untersuchungsausschuß des Bundestages, der seit Juni den ständig vom Konkurs bedrohten gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen, hat auch nach Abschluß seiner öffentlichen Beweisführung ganze Arbeit geleistet. Den elf Parlamentariern liegt jetzt ein fünfhundert Seiten umfassendes Konvolut vor, das an Deutlichkeit und Aussagekraft alle Erwartungen übertrifft.

Bei Lektüre des Abschlußberichts, seiner umfangreichen Tatsachenfeststellungen und der daraus resultierenden Empfehlungen wird klar: Die DGB-Führung und das Management seiner Unternehmen, wie der Finanzholding BGAG, hatten wahrlich Anlaß, sich mit allen juristischen Tricks vor tieferen Einblicken in ihr Geschäftsgebahren zu wehren. Nicht nur zu Zeiten des skrupellosen Alleinherrschers „King“ Albert Vietor, sondern auch nach seiner Entmachtung 1982 setzte sich das eklatante Mißmanagement der Neuen Heimat fort. Bis in die jüngste Vergangenheit wurde weiter gegen die Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes verstoßen.

An der Mitverantwortung hoher und höchster Gewerkschaftsfunktionäre besteht nach dem Untersuchungsbericht kein Zweifel mehr. Entweder ließen sie sich von ihren Managern überführen, oder sie deckten deren rechtswidrige Praktiken. Da wird verständlich, daß die jüngere Führungsgeneration um Franz Steinkühler und Monika Wulf-Mathies mit diesen Machenschaften nichts mehr zu tun haben will. Doch was Vetter, Breit, Lappas und andere anrichteten oder anrichten ließen, daran werden die Gewerkschaften noch über Jahre nicht nur finanziell zu tragen haben.

Versagt hat aber auch die staatliche Aufsicht. Weder auf Länder- noch auf Bundesebene fanden sich Verantwortliche, um nach gesetzgetreuer Verwendung von zehn Milliarden Mark öffentlicher Gelder für die Neue Heimat zu forschen. So ist es nur konsequent, daß der Untersuchungsbericht auch hier Versäumnisse offen beim Namen nennt.

## Urlaub auf Ehrenwort

Von Ralph Lorenz

Alle Wahljahre wieder vollzieht sich dasselbe Ritual: Führende Sozialdemokraten empfehlen sich als Garanten eines berechenbaren „deutsch-deutschen“ Kleinklimas in der internationalen Großwetterlage und stellen im „deutschen Interesse“ eine Unions-Regierung als Risiko- und Störfaktor dar. Womöglich fühlen sie sich bestätigt, wenn der Bundeskanzler, wie im November geschehen, freimütig erklärt: „Unser Ziel kann nicht sein, daß wir ein kommunistische Regime anerkennen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt“.

Muß also die konservativ-liberale Konstellation in Bonn zwangsläufig zum Jahresende eine Negativbilanz auf dem Felde der Deutschlandpolitik präsentieren? Keineswegs. Noch nie zuvor hat Ost-Berlin so viele „DDR“-Einwohner in „dringenden Familienangelegenheiten“ in die Bundesrepublik Deutschland reisen lassen wie in diesem, angeblich von klimafördernden Kanzlerworten gekennzeichneten Jahr 1986: 240 000 Menschen (unterhalb des Rentenalters) konnten ihre Verwandten im freien Teil Deutschlands besuchen. 1985 waren es noch 66 000 gewesen.

Noch deutlicher wird die Dimension im Vergleich mit dem letzten Regierungsjahr von Helmut Schmidt: 1982 durften gerade 46 000 zum „Urlaub auf Ehrenwort“ in den freien Teil Deutschlands ziehen. Dieses Barometer ist für das innerdeutsche Klima zuverlässiger als der ideologisch angehauchte Frostanzeiger im Ollenhauerhaus. Dabei ist zu beachten: Bonn hat keinen verbrieften Anspruch – den moralischen ausgenommen –, auch nur auf eine einzige Reisegenehmigung dringen zu können. Es handelt sich also um tatsächliche Zugeständnisse der „DDR“-Führung.

Dabei wäre es verfehlt, sich über die offensichtliche Ventilfunktion hinwegzusetzen. Ventile dienen dem Druckausgleich. Doch von wem kommt der Druck? Gewiß nicht von Schönwetter-Rednern, die bei uns nach Anerkennung rufen, in der Hoffnung, das werde anerkannt. Das ist dreizehn Jahre lang schiefgegangen.

## Böse Bimmelbahn

Von Joachim Neander

Wer sich im Gewirr der Widersprüche zwischen Mensch, Technik und Umwelt heutzutage nicht mehr zurechtfindet, der sollte auf der Suche nach Orientierungshilfen vielleicht auch einmal zurückblicken. Überraschungen sind ihm gewiß.

So verzeichnet vor rund hundert Jahren die amtliche deutsche Eisenbahnstatistik in einem einzigen Betriebsjahr 450 Entgleisungen, 343 Zusammenstöße und 2572 sonstige Unfälle mit 553 Todesopfern (156 Selbstmörder nicht mitgezählt). Und dies fast fünfzig Jahre nach Inbetriebnahme der Eisenbahntechnik bei Zugeschwindigkeiten von allerniedrigsten 60 bis 70 Stundenkilometer. Für das Fahrpersonal der Eisenbahn wurde damals im Vergleich zum Durchschnitt der übrigen Belegschaft eine um fast 25 Prozent geringere Lebenserwartung und eine um 76 Prozent höhere Invaliditätsrate errechnet.

Man mag heute wohl über den Gleichmut erschrecken, mit dem die zivilisierte Menschheit vor hundert Jahren diese jedem-mann-öffentlich zugänglichen Tatsachen zur Kenntnis nahm – vielleicht, weil sie in direkter Beziehung zu anderen „normalen“ Lebensrisiken wie etwa Krieg, Kindbettfieber oder Tuberkulose zu sehen und zu bewerten gewohnt war. Selbst die Sozialisten erregten sich nur über die Arbeits- und Lebensverhältnisse, nicht über die Grausamkeit des technischen Fortschritts, von dem sie sich ja die Befreiung des Menschen überhaupt erst erhofften. Der Staat kümmerte sich allenfalls um die Hinterbliebenen der Opfer, indem er eigens eine Eisenbahnunfallversicherung ins Leben rief.

Viel Phantasie ist nicht nötig, um sich heutige Reaktionen auf solche eine Statistik auszumalen. Eine gewaltige Kampagne würde den „sofortigen Ausstieg aus der offensichtlich nicht beherrschbaren, menschenverachtenden Großtechnik Eisenbahn“ fordern und vielleicht sogar erzwingen. Nie hätte die Bahn die Chance erhalten, zum weitaus sichersten, umweltfreundlichsten und wirtschaftlichsten Massenverkehrsmittel zu werden, das sie heute ist.



„Erst ruinieren Sie unser Diner mit Ihren Tränengasgranaten, und dann verstellen Sie auch noch die Taxi-Auffahrt!“

## Die Ehe behauptet sich

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Vom Fest der Familie, Weihnacht, klingt das verständnisvolle Wort nach, das Richard von Weizsäcker den Frauen gewidmet hat. In unserer aufgeklärten Zeit hat es der Bundespräsident gewagt, unser Familienverständnis als christlich geprägt zu bezeichnen. Ach, wirklich?

Dem Postulat unseres Staatsoberhauptes läßt sich gegenüberstellen, was Wolfgang Zeidler, heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1983 im „Handbuch des Verfassungsrechts“ (de Gruyter) dargelegt hat. Demnach geht das Grundgesetz vom Bild einer „verwirklichten“ bürgerlich-rechtlichen Ehe aus. Zeidler meint, die Verfassung halte ein gewisses traditionelles Bild von Ehe und Familie fest, sei aber doch offen für soziale Veränderungen.

Richard von Weizsäcker hat das überkommene Bild angesprochen. Die Frage ist, welche sozialen Veränderungen sich vollzogen haben, besonders seit den emanzipatorischen sechziger Jahren, deren Hauptmerkmal die „sexuelle Revolution“ bleiben wird.

Hier kann nicht ausgeführt werden, wie nach dem Kriege – beginnend mit den Onkel-Ehen, die Kriegswitwen aus Gründen des Rentenrechts eingingen – die Bevölkerung mehr und mehr „freie Partnerschaften“ akzeptierte. Heute redet niemand mehr von „Demokratisierung der Unmoral“, man spricht nicht länger von „Konkubin“, von „wilder Ehe“. Die „Lebensgefährten“ ist gesellschaftsfähig geworden.

Zeidler nennt das Ergebnis: Freie Partnerschaften ohne Eheschließung sind nicht mehr wie früher Ausnahmen, sie sind weit verbreitet.

Dennoch müssen die sozialen Folgen beachtet werden. Aus der Sicht der Frauen bündeln sich drei Entwicklungslinien: Die Gleichberechtigung mit dem Mann wird durchgesetzt; die bessere Ausbildung öffnet Wege in höher qualifizierte Berufe und damit zur Unabhängigkeit; die Empfängnisverhütung befreit von biologischen Zwängen. Fortdauernde Wirkungen sind der Geburtenrückgang, eine sich zeitigend wandelnde Partnerschaft zwischen Frau und Mann, die „Selbstverwirklichung“

der Frau im Beruf. In der Sprache des Verfassungsjuristen: Die Ehe hat ihr Monopol auf legitime Sexualität verloren, sie garantiert auch nicht mehr „mit derselben Gewißheit wie früher die Gewinn- und Heranbildung der nachwachsenden Generation“.

Zeidler verweist auf die kinderlose Ehe und die Ehen mit nur einem Kind. Er stellt geradezu eine Konkurrenzsituation zwischen Ehe und Familie in der staatlichen Förderung fest, die sich aus der Begrenztheit der Fördermittel ergibt. Wo da die „Familie im sozialen Sinn“, nämlich die eheliche mit ihren kaum zu entwirrenden Partnerschaftsverhältnissen, einen recht-mäßigen Platz findet, ist ein Problem.

Zutreffend hat der Bundespräsident gesagt: Die Frauen wollten sich nicht zu einer Wahl zwischen Beruf und Familie gezwungen sehen. Oft genug müssen Familienmütter aus existentiellen Gründen „arbeiten gehen“ – also sie zu Hause nicht genug Arbeit hätten. Andere Familienmütter möchten auf ihren Beruf nicht verzichten, gewiß auch aus überzeugenden Gründen als dem unwiderstehlichen Wunsch nach „Geltungskonsum“.

Entscheidet sich eine junge Frau bewußt für die häusliche Aufgabe der Familienmutter mit mehreren Kindern, so wählt sie sehenden Auges Abstriche von der materiellen



Bleibt die Bindungslosigkeit wirklich Mode? Zeidler

„Lebensqualität“, mitunter bis zur sozialen Deklassierung. Obwohl die Regierung Kohl spürbaren Wandel zum Besseren eingeleitet hat, gilt nach wie vor Zeidlers Stoßseufzer: Die „Familienfrau“ sei der Packesel des Sozialstaates.

Trotz solcher ziemlich unchristlicher Zustände kann es sein, daß Richard von Weizsäcker recht behält, wenn er auf das christlich geprägte Familienverständnis vertraut. Die Emanzipationsstränge haben den Zenit überschritten. Viele junge Frauen sehen in der Bindungslosigkeit kein Ideal mehr. Zu oft wird Emanzipation im Beruf mit bitteren Enttäuschungen im Privatleben bezahlt.

Junge Frauen machen sich auch wieder klar, daß Kinder in der familiären Liebe keine Halbweltchen vertragen. Was ihnen an Zuwendung vorenthalten wird, zahlen sie später in gleicher Münze zurück. Junge Frauen würdigen auch, daß im Beruf jeder jederzeit ersetzbar ist, eine Familienmutter aber nicht (von sehr seltenen Glücksfällen abgesehen).

Es ist die schlichte Wahrheit, daß eine Frau nichts Größeres leisten kann, als die Menschen, die ihr in der Familie anvertraut sind, auf einen guten Lebensweg zu bringen. Nach wie vor wünschen sich die meisten Mädchen die natürliche Rolle der Familienmutter. Wie der Staat helfen kann, ja muß, hat der Bundespräsident gesagt.

Fortan sollte zum christlich geprägten Familienverständnis die Gewißheit gehören, daß die Selbstverwirklichung der Frau in einer modernen Familie so gut möglich ist wie im Beruf. Allerdings mahnt der Bundespräsident zu Recht: Familie und Ehe nicht als „Sonntagsveranstaltung“ zu idealisieren. Die romantische Verinnerlichung der Liebesheirat hält den Sorgen und Bedrängnissen des Alltags nicht stand.

Um so mehr bedarf es einer Rückbesinnung auf das, was im Ursprung das christliche Eheverständnis ausgezeichnet hat: Nie schwärmerische Innerlichkeit, sondern das Streben nach Vervollkommen der Ehepartner. Die Familie ist die Lebensschule, in der Mann und Frau aneinander wachsen und reifen sollen. Erst darin erfüllt sich faire Partnerschaft.

## IM GESPRÄCH David Abshire

### Herkules im Stall

Von Cay Graf Brockdorff

Erst im Unglück erinnert sich der Präsident, der stets nur die große Linie vorgegeben hat und sich um Einzelheiten nie kümmerte, daran, daß er nicht nur von gutwilligen Amateuren umgeben ist. Er hatte und hat gute Leute – „professionals“ – nur in seiner unmittelbaren Umgebung hatte er sie selten angesiedelt. Alexander Haig warf das Handtuch aus schiefer Verzweiflung über das Ausmaß von Inkompetenz, dem er im Weißen Haus begegnete. Wer sein Buch „Caveat“ las, wußte, daß eine Figur wie Oliver North eines Tages irreparablen Schaden anrichten würde. Unzulängliche Mitarbeiter wie Judge Clark oder John Poindexter beschäftigte Reagan als unmittelbare Ratgeber, seinen Freund David Abshire aber schickte er nach Brüssel, um ihn dort als Botschafter im ständigen NATO-Rat einfluß auf die Verbündeten ausüben zu lassen.

Der sechzigjährige Abshire war dafür richtig, auch wenn der Mann mit den schütterten Haaren nach außen eher wirkte wie ein in Theorien verlorener Akademiker. Doch der Eindruck täuschte. Der Südstaatler mit der langsamen Aussprache – er stammt aus Tennessee – und jenem Charme, der so gänzlich anders erscheint als das knallharte Auftreten eines Yankee, hat es faustdick hinter den Ohren. Abshire verbringt nur seinen Strategieverstand und sein knochenhartes Verhandlungsgeschick hinter diesen Attributen: Wenn der Kongreß über eine der für die Allianz so oft unakzeptablen Vorlagen abstimmen wollte, hing Abshire die ganze Nacht am Telefon, um den Bindungslosigkeit kein Ideal mehr. Zu oft wird Emanzipation im Beruf mit bitteren Enttäuschungen im Privatleben bezahlt.

Eigentlich wollte der ehemalige hochdekorierte Berufsoffizier und Absolvent von West Point, der früh die Armee verließ, um Universitätslehre zu werden, jetzt an das von ihm mitgegründete Zentrum für Strategie



Erst einmal Reagan in die Schranken gewiesen: Neuer Präsidentenberater Abshire

gische und Internationale Studien an der Washingtoner Georgetown-Universität zurückgehen. Da fiel Reagan ein, daß er ihn bei sich gebrauchen könnte. Jetzt muß Professor Abshire Vorgänge zu klären versuchen, die sich vermutlich nie ereignet hätten, wäre er gleich an richtiger Stelle im Weißen Haus gewesen.

Es spricht für Abshires Verständnis der amerikanischen Verfassungswirklichkeit, daß er sich dem Präsidenten gegenüber gegen eine separate Untersuchung des Weißen Hauses in der Iran-Affäre ausgesprochen hat. Abshire will den offiziellen Untersuchungen unabhängiger Instanzen nicht vorgreifen. Gleichfalls spricht für ihn, der von Leuten, die ihn nicht kennen, als eher blaß wirkend beschrieben wird, daß er Stabschef Reagan klar gemacht hat, er werde Einmischungen in seine Arbeit nicht hinnehmen. Der so wichtige direkte Zugang zum Präsidenten ist ihm damit sicher. Wenn das Erbe von Poindexter und North wieder in Ordnung gebracht werden kann, dann hat Abshire dafür gute Voraussetzungen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Kommentatoren beschäftigen sich mit dem Neujahrskonzert in Ost-Berlin:

### WZ Westdeutsche Zeitung

Der musikalische Termin wirkt nicht gleich in ganzer Breite die Existenzfragen der geteilten Stadt auf. Heikler ist schon die Einladung des Regierenden Bürgermeisters Diepgen zum Staatsakt der DDR im Oktober. Diepgen könnte sich nicht als Statist für ein Schauspiel ergeben, bei dem mit Ehrenkompanie und doppelter Nationalhymne die sogenannte Hauptstadt der DDR gefeiert würde. (Düsseldorf)

### SÜDWEST PRESSE

Die Entscheidung war gewiß richtig, denn die Absage hätte nichts bewirkt als eine west-östliche Klimaverschlechterung, mit der niemandem gedient ist. Ganz anders ist die Frage zu beurteilen, ob der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Diepgen, im Frühsommer die Einladung Honeckers zum Festakt anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins annehmen soll oder nicht. Dabei könnte der Status von Berlin eher in Schieflage geraten. (Ulm)

### BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Gegner der Teilnahme Diepgens am Staatsakt weisen dagegen vor allem auf den Vermögensstatus der ganzen Stadt hin. Danach ist Ost-Berlin nicht Teil der DDR, also auch nicht deren Hauptstadt. In sie aber hat Honecker Diepgen eingeladen. Zudem hat er sein Schreiben, nach westlichem Rechtsverständnis, falsch adressiert. Es ist an den Regierenden Bürgermeister von Berlin.

West gerichtet. Den aber kennt die Berliner Verfassung nicht. Sie bezeichnet den Senatschef als „Regierenden Bürgermeister von Berlin“. (Karlsruhe)

### Hamburger Abendblatt

Aber man achte auch auf die Zwischenfälle dieses Konzerts. Da schwingt mit, daß die Alliierten ihre Bedenken weiterhin aufrechterhalten, sie nur zurückgestellt haben. Werden die Versuche Ost-Berlins deutlicher, mit dem Hebel der Berlin-Feiern statusrechtliche Bodengewinne zu erringen, wird der Westen gezwungen sein, mit größerer Entschiedenheit zu reagieren.

### Röln Stadt-Anzeiger

Daß die Teilnahme ein Zeichen der Bereitschaft zu vernünftigen Umgang miteinander darstellt, ist zweifellos richtig. Und insofern bedeutet das Ereignis tatsächlich ein positives Signal – vorausgesetzt, daß auch die Sowjetunion, die sich gerade in Statusfragen West-Berlins durch extreme Rechthaberei hervorruft, daraus lernt.

### WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Da dennoch die Fragen des Vermögensstatus nicht auszuklammern sind und da die DDR die Feiern auch zum Anlaß nehmen wird, Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR noch stärker ins Bewußtsein zu rücken, wird beim Feiern doch knallhart Politik gemacht. Es fängt damit an, daß die Feiern am 1. Januar in Ost-Berlin und nicht etwa in West-Berlin beginnen. (Essen)

## In die Nase des Direktors beißen lassen oder wegloben

Roboter und Computer verursachen ideologische Bauchschmerzen / Von Dieter Fuchs

Der Vormarsch von Industrie-robotern und Computern, obwohl arg verspätet und noch zu schmal, führt in der „DDR“ zu Sorgen und Meinungsäußerungen, die der Partei- und Staatsführung nicht immer genehm sind.

„Es darf natürlich nicht übersehen werden“, so mahnte SED-Chefideologe Kurt Hager, „daß bestimmte Ergebnisse der modernen Wissenschaft und Technik auch in unserer Republik Diskussionen über die gesellschaftlichen Auswirkungen und die Zweckmäßigkeit mancher Technologien hervorgerufen“. Auf einem Kongreß über das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, dem sich alle Studenten in der „DDR“ unterziehen müssen, erwähnte er in der Ostberliner Humboldt-Universität „Zweifel und Ängste, die eine Stellungnahme verdienen“.

Dazu gehören Überlegungen zur Gentechnologie oder zum Umweltschutz, aber auch Fragen, „ob wir den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht überbewerten, ob geistig-kulturelle Prozesse hierbei

nicht vernachlässigt werden“. Gefährlich sind für die Partei die durch Roboter und Computer verursachten ideologischen Bauchschmerzen, die zu Versuchen führen, „aus der wissenschaftlich-technischen Revolution neue Argumente für das reaktionäre Konzept einer angeblich schwindenden Bedeutung der Arbeiterklasse ableiten zu wollen“.

Derartiges geht aus Eingemachte Hager nun bestätigte zwar „Auswirkungen auf Struktur und Profil der Arbeiterklasse“, erklärt sie aber weiterhin zur „Hauptkraft, wie im Programm unserer Partei begründet wurde“. Über solche Störungen des Innenlebens von Partei und Staat hinaus kommentierte er auch den Unmut darüber, daß sich die SED-Führung bisher nicht dem Verfahren Gorbatschows angeschlossen hat, öffentlich die heftige Selbstkritik zu üben.

In Ost-Berlin wurde ja sogar unter Ulbricht Anfang der sechziger Jahre beim Start der damaligen Wirtschaftsreform viel Selbstkritik veröffentlicht, zum Beispiel

die Feststellung, daß Mängel bei der Planung und Leitung zu einem „fehlerhaften Kreislauf“ in der Volkswirtschaft geführt hätten. Der Politbüro-Professor versicherte jedoch, die SED-Führung bleibe bei dem Arbeitsstil, eine „Politik mit Mängeln, mit Zurückbleiben und alten Gewohnheiten“ nur ausgehend von den Errungenschaften zu führen, und zwar „produktiv“. Es stärke „Tatkraft und Siegesversicht“, wenn man bewußt mache, was bereits erreicht sei.

In den Fabrihallen und Büros der volkseigenen Wirtschaft, in denen der einzig neue Technik den Arbeitern und Angestellten neben mancher Erleichterung auch viel Ungemach bringt, geht es freilich weniger um ideologische Bocksprünge als um konkrete Veränderungen. So ist es durchaus möglich, daß der Einsatz an neuer Technik dazu führt, daß weniger verdient wird, hieß es in einer Diskussion in „Radio DDR“.

Als echte Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen wird oft empfunden, daß die teuren

Roboter und Computer rund um die Uhr arbeiten sollen, also den Übergang zu Nachtschichten beschleunigen. Dies muß in der „DDR“ besonders viele Familien stören, da der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtzahl der Frauen größer ist als in jedem anderen Land.

Hinzu kommt, daß der Einsatz von Robotern und Computern Vernetzungen erforderlich macht und immer mehr Werkstätten klar wird, daß der Sozialismus ihnen den angestammten Arbeitsplatz keineswegs sichern kann. Die von Hager geforderte strengere Handhabung des „sozialistischen Leistungsprinzips“ wird außerdem öfter zu einem Arbeitsplatzwechsel führen, der mit ungenügenden Leistungen begründet wird.

Launig beschrieb Professor Jürgen Kuczynski, Altmeister der „DDR“-Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, dieses Thema in einer Rundfunksendung. „Ich sage immer, in der Akademie kann man jemanden, der sich nach einiger Zeit doch nicht als guter Wissen-

schaftler erweist, nur auf zwei Weisen loswerden. Entweder überredet man ihn, den Institutsdirektor in die Nase zu beißen, dann ist das ein halbkrimineller Akt, und man kann ihn entlassen. Oder man lobt ihn so, daß ein anderes Institut auf ihn reinfällt.“

Die auf diese Art oder durch Roboter und Computer verstärkte Tendenz, Arbeitnehmer leichter als bisher vom alten Arbeitsplatz auf eine neue Stelle versetzen zu können, verstärkt Unsicherheit und Kritik. Schließlich ist die „DDR“ ja eine Diktatur des Proletariats, bei der die führende Rolle der SED „ständig“ wächst (Hager) und mit ihr die Möglichkeit, unter dem Vorwand ungenügender Leistungen politisch – oder persönlich – mißliebige Mitarbeiter abzuschleichen.

Dies alles dürfte mit dazu geführt haben, daß Professor Hager sich in seinem Grundratschlag auf mit Fragen befaßte wie: „Die Wirklichkeit des Sozialismus entspreche nicht dem Ideal, oder das Ideal sei gar nicht zu verwirklichen“.



# Streik der Lokführer läuft den Bossen aus dem Gleis

Der Ausstand der Eisenbahner in Frankreich ist mehr als ein normaler Streik. Er ist auch ein Aufstand der Basis gegen ihre Gewerkschaftsführer. Und er ist auch – nach den Studentenprotesten – eine gefährliche Herausforderung für die Regierung Chirac.

Von PETER RUGE

Der Mann im grauen Pullover an der Tür ruft „15, 16, ... durchgehen“. Ist noch ein Delegierter hier? Er wartet, daß sich noch einer meldet, die 50 Eisenbahner, die neugierig Spalier bilden, schauen sich um. „Na“, sagt der Mann mit dem Pullover, „16 Abschiede von 94 Depots, das ist doch schon was – da haben wohl einige ihren Zug nach Paris verpaßt.“ Keiner lacht, die Tür fällt vor ihnen ins Schloß – und dahinter, im unterirdischen Labyrinth des Gare du Nord, beginnt der Versuch, die Streikbewegung der französischen Lokomotivführer national zu koordinieren. Am 10. Tag des Ausstandes, zu dessen Ungereimtheiten es gehört, daß keine der Gewerkschaften diesen Streik bisher offiziell erklärt.

Rolle, und die Direktion der SNCF, der französischen Staatsbahnen, macht Verhandlungen von der Wiederaufnahme des Zugverkehrs abhängig.

„Das kommt überhaupt nicht in Frage“, sagt einer der Verantwortlichen der Streikbewegung im Gare du Nord. „Deswegen werden wir eine nationale Koordinierung einrichten, politisch unabhängig, keiner Gewerkschaft verpflichtet – wie es die Studenten machten.“

Das Stichwort ist gefallen. Kaum drei Wochen ist es her, da marschierten Hunderttausende auf Paris zu. Da exzerzierten Schüler und Studenten, wie in ganz Frankreich innerhalb weniger Stunden Aktionen vorbereitet werden konnten, gesteuert von einem Koordinierungsausschuß, der wie eine Spinne im Netz in Paris ohne Unterlaß tagte. Da wurde deutlich, wie schnell diese 5. Republik ins Wanken zu bringen war, was durch Druck der Straße erreicht werden konnte: Der Stopp einer Erziehungsreform, ein Ministersturz, die Regierung von Jacques Chirac auf dem Rückzug. Ist es diese Nachgiebigkeit, die neue Begehrlichkeiten erweckt, ist es diese Schwäche der Staatsführung, die nun die zweite nationale Protestwelle auslöst?

Es lassen sich zwei Streikzentren ausmachen, von denen die Forderungen nach einer überregionalen „Koordinierung“ der Eisenbahner ausgehen: Die Depots von Ivry und Rouen. Und da zeigt sich sehr schnell die Paralleltät zu dem Vorgehen der Studenten, die meinten, „basistdemokratisch“ eine eigene Struktur der Protestbewegung ohne parteipolitische Einflüsse aufbauen zu können. Führerturen wachsen trotz gegenteiliger Auffassung vieler Gutgläubiger eben nicht aus der grauen Masse. „Es ist schon

Die Stimmung an der Basis ist entsprechend. Im Lokschuppen des Gare du Nord legt am Feuer einer Kohlen nach, er schürt die Glut. Dann gibt er sich als gewerkschaftlich „Nicht-Organisierter“ zu erkennen: „Dieses Jahr hat uns die CGT, die kommunistische Gewerkschaft, bereits vierzehn Tage lang zum Streik verführt. Es kommt gewiß mehr raus, wenn wir die Sache jetzt selbst in die Hand nehmen.“ Ein anderer, mit einem Gewerkschaftspass der CGT, sagt: „Wir sind doch schon seit langem von der Hierarchie der Gewerkschaften abgeschnitten.“ Erbittert zeigt sich ein Dritter. „Da hat doch dieser Krasucki, der Chef der CGT, die Chuzpe, am Heiligen Abend ins Depot von Grenoble zu kommen. Kaum hat ihn die Presse abgelichtet, da verschwindet doch dieser Kerl wieder.“

André Bergeron, der Führer der gemäßigten „Force ouvrière“, wiegelt ab: „Dieser wilde Streik stellt nicht die Gewerkschaften in Frage.“ Aber, auch er weiß nicht, wie es weitergehen soll: Wird die „Basis“ eigenständig neben den Gewerkschaften bei Verhandlungen auftreten, bleibt für die Gewerkschaften künftig nur noch eine Beobachterrolle übrig, oder sollen sie, um ihren Platz als Handlungsbevollmächtigte erhalten zu können, sich anbieten, sich sofort der Kontrolle der „Basis“ unterwerfen?

Bergeron ist über eine andere Entwicklung viel mehr besorgt: Daß nämlich diese Protestbewegung von unten aus dem Gleis läuft. „Es ist der Augenblick gekommen, daß Regierung und Direktion der SNCF diese Zeichen erkennen sollten. Wenn diese Verantwortlichen bei ihrer unangenehmen Haltung bleiben, dann könnte es sehr rasch dazu kommen, daß niemand mehr die Kontrolle behält. Wenn das so weitergeht, dann sind wir sehr schnell beim Mai '88 angelangt.“

Premierminister Jacques Chirac hält sich noch im Hintergrund. Doch er läßt erkennen, daß er sich auf eine Auseinandersetzung vorbereitet: Alle Urlaubsverordnungen wurden abgebrochen. Die Rücknahme der neuen Lohnskala würde die Regierung keinen Centimes im Budget kosten, nur einige Konzessionen, was Arbeitszeiten und Ruhepausen angeht – doch der Schaden entstände im gesamten Wirtschaftsbereich: Die Regierung Chirac würde das Vertrauen in ihren Stabilitätskurs verlieren. Im Hôtel Matignon heißt es: „Es wäre eine Katastrophe, erneut zurückzuweichen, nach dem Nachgeben bei der Erziehungsreform.“

Sie sind jung, diese Auführer unter den Eisenbahnern – sie sind eine Elite, die kühl ihre Chancen wahrnimmt, die bereit ist, das gewerkschaftliche System in Frankreich zu stürzen – sie sind sich ihrer sicher, weil sie unklünder sind: Macht sie das so stark? Ihr Beispiel könnte Schule machen: Am 5. Januar wollen Post und Elektrizitätswerke in einen Streik treten.

Eine Gruppe von fünf Schülern des Lycée Jacques Decour nähert sich dem Lagerfeuer: „Wir kommen, euch mit unseren Ideen zu helfen. Ihr könnt zum Beispiel jetzt, wo der Gare du Nord leer ist, einen „Bal-musette“ veranstalten, um euren Protest in der Bevölkerung zu popularisieren.“

Die Eisenbahner drehen sich wortlos ab. Sie rücken näher zu ihrem Feuer, Funken stieben auf, mit dem Schuh klopfen sie auf die Gleise, es klingt wie die Marseillaise.



Sonntag, 14.07: Eine schwere Gasexplosion zerstört Hallenbad, Fitness-Center und einen Bottenrakt des Sporthotels am Rießersee. FOTO: AP

## Es knallte wie eine Lawinensprengung

Friedlich und feierlich war das Weihnachtsfest verlaufen. Doch dann schlug erbarungslos das Schicksal zu. Eine defekte Gasleitung führte zur Katastrophe. Im Sporthotel Rießersee in Garmisch-Partenkirchen starben sieben Menschen.

Von DANKWART GURATZSCH

Es war nur ein kurzer, dumpfer Knall, der am Sonnabendnachmittag wenige Minuten vor 16.00 Uhr durch das Werdenfeller Tal hallte. Aber er ließ überall in Garmisch-Partenkirchen, vom Ortsrand im Norden bis zum Skistadion an der Straße nach Mittenwald, die Fensterscheiben erzittern. „Die sprengenden Lawinen“, meinten Urlauber am Skilift, schreckten sie, und hängten sich wieder in den Skilift ein. Das Schneetreiben war zu dieser Zeit so dicht, daß es den Skifahrern das Blaulicht verhüllte, mit dem sich in diesem Augenblick bereits die ersten Feuerwehren die gewundene Straße zum zwei Kilometer entfernten Hotel „Rießersee“ hinaufquälten. Die Sirenen der Wagen drangen nur wie aus weiter Ferne herüber. Bald sollte sich ihre Melodie für Stunden wie ein Dauerton über Deutschlands berühmteste Wintersportgemeinde legen.

Die Wagen waren schon Minuten vor der Explosion alarmiert worden. „Hier strömt mit einem Zischen Gas aus“, hatte die Hotelleitung gemeldet, die Mühe gehabt hatte, die neugierigen Hotelgäste zurückzudrängen. Augenblicke später zerriß die gewaltige Detonation den Urlaubsfrieden in dem nageheuen, weihnachtlich geschmückten Hotel. Ein gewaltiges Krachen, Menschen, die höchstblich von den Beinen gerissen wurden, durch die Luft fliegende Trümmer, Schreie, Tränen, Blut – von einer Sekunde zur anderen hatte sich das Ho-

tel mit „First-Class-Comfort“ und „Rustikalem Ambiente“, wie es sich in seinen bunten zweisprachigen Prospekten vorstellte, in eine Stätte des Grauens verwandelt.

Den kaum zehn Minuten später eintreffenden Feuerwehren bot sich ein Anblick wie nach einem Bombenabwurf. Die Fassaden des vierstöckigen Hauses grinsten mit gebohrten Fensterscheiben, zerrissenen Türen, Vorhängen, Balkonen in das Schneetreiben. An der Südseite war der Abhang eingesunken und bildete einen Krater, unter einem Eisendeckel züngelten Flammen hervor.

Noch verheerender war die Nordseite zugerichtet. Die Decke über der Garage hatte zwei parkende Autos begraben, das Schwimmbad eine Schutzhaube, aus den Fitness-Räumen quollen die Trümmer. Als die Rettungsmannschaften eintrafen, mußten sie Lawinenhunde einsetzen, um in dem immer noch einsturzgefährdeten Bau Opfer und Überlebende zu suchen. „Ich bin über einen Toten gestiegen, und habe es nicht gemerkt“, sagte eine Rotkreuz-Helfer. „Da lagen drei Zentimeter Staubschicht drauf.“

### Vier Verletzte noch in Lebensgefahr

Sieben Tote und zwölf Verletzte zählte die Polizei bis gestern nachmittag bei diesem bisher schwersten Unglück in Deutschlands „Olympiaort“ von 1936. Die vier am schwersten Verletzten, die immer noch in Lebensgefahr schweben, wurden in das Unfallkrankenhaus Murnau gefahren. Die Körper der Opfer waren zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Ein Toter konnte nicht identifiziert werden.

Unter den Rettungsleuten wurde an diesem Abend immer wieder der Name des Schlossers Toni genannt, der bei der Bergwacht Unzähligen aus Lebensgefahr geholfen hatte und

der nun selbst einer der am schwersten Betroffenen dieses Unglücks war. Seinen Sohn hatte der Garmischer erst eben bei einem Verkehrsunfall verloren, nun waren seine beiden 20 und 24 Jahre alten Töchter unter den Opfern – die eine tot, die andere schwer verletzt. „Nennen Sie keinen Namen“, wurden die Journalisten beschworen. „Der will das nicht.“ Ein Mann aus Hattlingen verlor seine Frau und seine 23jährige Tochter. Tot ist auch die 30jährige Animatuerin des Hotels.

Unter den Toten sind auch der Fußball-Abteilungsleiter Erich Spatz und Trainer Rudi Dielmann des Amateurbereichs VfR Mannheim. Dabei ist der Tod von Spatz besonders tragisch. Er hatte zusammen mit seiner Frau das Ehepaar Dielmann im Hotel besucht und war wegen des beginnenden Schneefalls im Hotel geblieben. Zur Zeit des Unglücks war er mit seinem Freund in der Sauna, wo beide den Tod fanden.

Die Unfallursache war auch gestern nachmittag noch nicht eindeutig geklärt. Ein „bisher noch nicht lokalisierter Defekt an der Propangasleitung“ (Polizeibericht) soll die gewaltige „Verpuffung“ ausgelöst haben, obwohl die Flüssiggasanlage des Hotels erst vor kurzem vom TÜV abgenommen worden sei. Das Hotel, als Bauherrenmodell vor der berühmten Alpenkulisse mit dem See und dem Zugspitzmassiv errichtet, war erst vor einem Jahr fertiggestellt worden. Garmischs Bürgermeister Toni Neidlinger: „Mit Erdgas wäre das nicht passiert. Die Erdgasleitung nach Garmisch ist im Bau.“

Das Feuer brannte die ganze Nacht. Gleich nach dem Eintreffen hatte die Feuerwehr den schwere Eisendeckel über dem Tank entfernt, aus dem Flammen züngelten. Aus dem offenen Schlund schoß sofort eine 15 Meter hohe Flammenwand in den Himmel. „Wir müssen das Gas abfakeln“, sagten die Feuerwehrleute, „sonst kommt es zu weiteren Explosi-

### Katastrophen in deutschen Hotels

Brandkatastrophen in Hotels der Bundesrepublik Deutschland sind wegen der strengen Sicherheitsvorschriften relativ selten. Dennoch kamen bei sechs schweren Unglücken seit 1956 36 Menschen ums Leben.

1956: Sechs Menschen starben bei einer Brandkatastrophe in einem Hotel in Solling/Weserbergland.

1969: Drei Menschenleben forderte ein Feuer in einem Wiesbadener Hotel. Das Unglück war durch einen brennenden Adventskranz entstanden.

1972: Acht Gäste starben beim Brand eines Hotels in Traben-Trarbach. Vier von ihnen sprangen in panischer Angst aus einem Fenster des vierten Stockwerks auf die Straße.

1974: Fünf Hotelgäste und -beschäftigte wurden aus den Trümmern eines 70-Betten-Hotels in Celle geborgen.

1979: In einem Hotel auf der Nordseeinsel Amrum kamen sechs Menschen bei einem Brand ums Leben.

1981: Bei einer Brandkatastrophe in einem Gasthof im oberfränkischen Ebernstadt kamen acht Menschen ums Leben. DPA

### Wurde das Gas in der Sauna entzündet?

Zum Zeitpunkt des Unglücks waren von den 320 Betten des Hotels etwa 250 belegt. Gerade das Schwimmbad mit seinen Kassettenfenstern, den Palmen, Liegestühlen, der Sauna und den Squash-Räumen gehörte zu den Hauptattraktionen des Hotels, die auch von Einheimischen gern genutzt wurden. Gerade hier waren die Zerstörungen am schwersten, wurden die Toten und meisten Verletzten gefunden. „Vielleicht ist das Gas sogar durch die Sauna entzündet worden“, meinte ein Helfer vom Technischen Hilfswerk.

Kletterte man gestern nachmittag unter den Abstützbalken des Technischen Hilfswerks hindurch über die Trümmer von Schwimmbad und Squash-Raum, so mußten einem die Sätze aus dem Hotelprospekt wie blanker Hohn in den Ohren klingen: „Gelegenheit zur aktiven Erholung haben Sie in unserem Hallenbadfitness-Center, mit Sauna und Solarium... Der gesellige Abend in unserer urbayerischen Bierstube wird Ihren erlebnisreichen Tag ebenso abrunden wie die gemütliche Runde in der Kaminbar.“ Dort oben zwischen den umgestürzten Barhockern zog sich eine lange Blutsprache über den Fußboden. Die kleine grüne Schiefertafel mit der Kreideschrift darauf: „Unser Weihnachtscocktail „Skull“ 7 DM“ wirkte unwirklich und fremd.



Jean Dupuy, Chef der französischen Eisenbahner. Gesprächsbereit, aber nicht unter Druck. FOTO: AP

„Die Bewegung geht von der Basis aus“, wiederholt ein 35-jähriger vor seinen Kameraden, wie um sich und den anderen Mut zuzusprechen. Sie stehen um ein Lagerfeuer herum, neben ihren Lokomotiven. Sie rösten Würstchen auf einem selbstgefertigten Grill. „Die Basis muß gehört werden, sonst werden wir unser Ziel nicht erreichen – wir müssen uns landesweit organisieren.“

Bei der Gruppe steht ein Kollege, ihr CFDT-Mann, der Vertreter der linkssozialistischen Gewerkschaft also. Er wendet sich ab. Die „Basis“ hat ihm kein Mandat erteilt, er kommt sich überflüssig vor, er will weggehen. „He“, sagt einer, „Du bleibst da, Du wirst nachher Deinen Bossen die nächsten Überlegungen unserer Streikkomitees übermitteln.“

Was geht in Frankreich vor? Ein Aufruhr einer privilegierten Arbeiterschicht führt zur Entmachtung von Gewerkschaften, der Staatsapparat reagiert nervös, zeigt sich gleichermaßen irritiert wie ratlos. Aus der Unsicherheit, weiteres Terrain zu verlieren, verharren sich die Positionen: Die Basis der Eisenbahner will als Wortführer anerkannt werden, die Gewerkschaften suchen nach ihrer

so“, sagt einer der Eisenbahner: „Wir haben halt den gewählten, der schon bisher das Maul aufhat, wenn es uns tankt – und das sind nun halt mal die Linken.“

Ivry wählte einen Trotzlisten zum Delegierten, Rouen steht unter dem Einfluß der Kommunisten. Entsprechend unterschiedlich sind die Vorstellungen über eine nationale Koordinierung der Streikbewegung: Ivry will eine Ausweitung, sie soll nicht nur Lokführer umfassen, sondern der gesamten Belegschaft der SNCF geöffnet werden – Rouen will nur das rollende Personal einbeziehen. Entsprechend scharen sich die anderen Depots um diese Anführer. Es drohen nun zwei nationale Streikaufläufe.

Die Gewerkschaften sehen diesem Treiben mit gemischten Gefühlen. Daniel Vitry, der militante Kopf der Streikenden von Ivry, wurde inzwischen aus der Gewerkschaft CFDT ausgestoßen. „Das Treiben dieses Trotzlisten entspricht nicht dem Geist unserer Gewerkschaft.“ Diesen Ausschuß sehen Funktionäre anderer Arbeitnehmervertretungen als gefährliche Weg an. „Wir würden uns nur ermuntern, sich weiter von uns abzuwenden.“

## Kaufen Sie jetzt über uns Edelmetalle in der Schweiz – mehrwertsteuerfrei.

Jeder weiß, daß zu einer ausgewogenen Vermögensanlage auch Edelmetalle gehören.

Deshalb ist unser neues Angebot jetzt besonders interessant: Wir vermitteln Ihnen mehrwertsteuerfrei Gold, Silber, Platin und Palladium auf einem Edelmetall-Konto bei der Deutschen Bank (Schweiz) AG. Diese Anlagen sind auch von der Schweizer Warenumsatzsteuer befreit.

- Es gibt verschiedene Möglichkeiten:
- Sie legen einen festen Betrag an.
  - Sie erwerben eine bestimmte Menge Edelmetall.

- Sie legen mit einem Dauerauftrag monatlich einen festen Betrag an – das ist schon ab 250 DM möglich. Wählen Sie zwischen Gold, Silber und Platin.

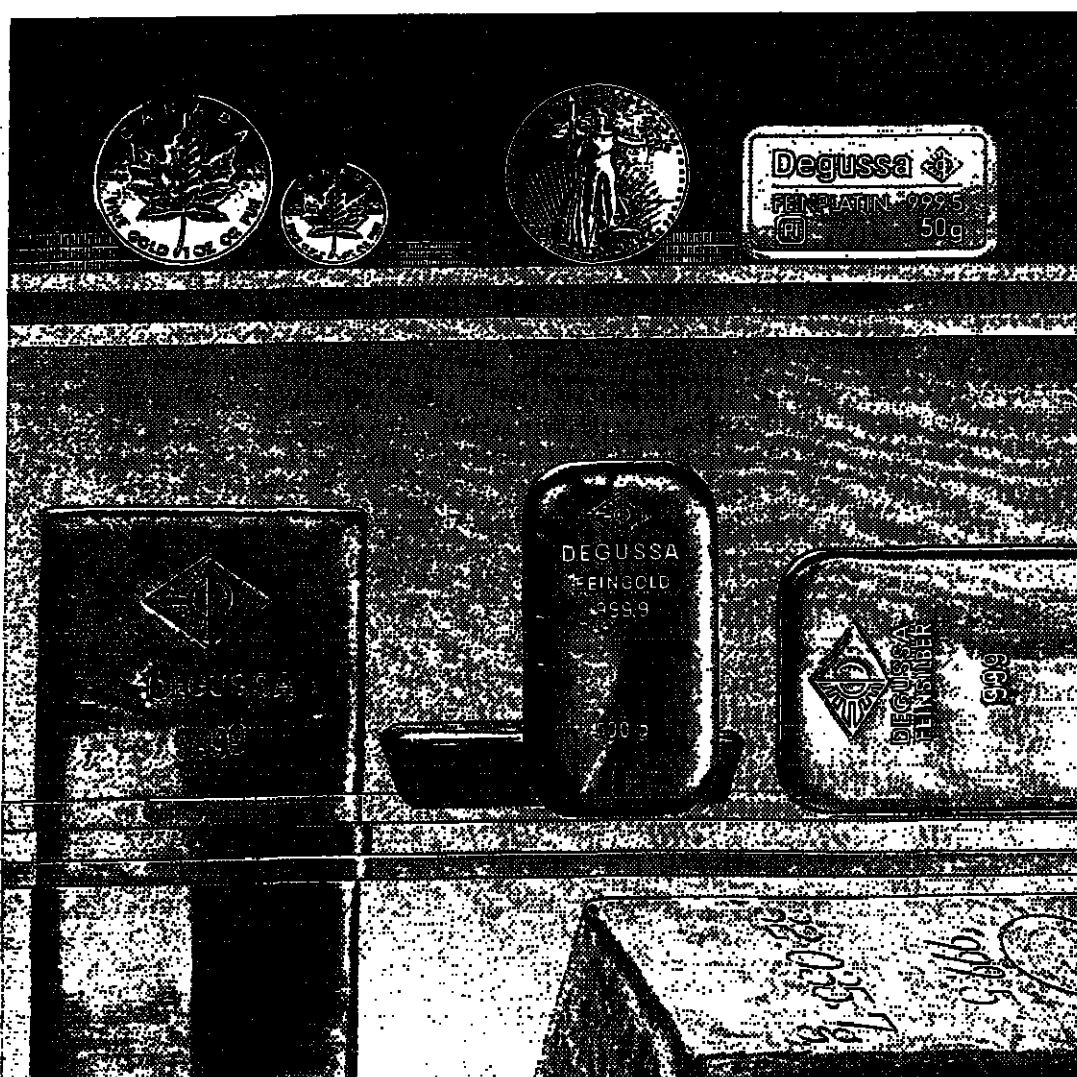
Bei Gold vermitteln wir Ihnen dort auch gern ein Depot – dabei fallen ebenfalls keine Umsatzsteuern an.

Unser Kundenberater berät Sie persönlich und umfassend und vor allem: Er erledigt alle Formalitäten für Sie – auch wenn Sie noch nicht Kunde bei uns sind.

Diese Anlage vermittelt Ihnen gern jede Geschäftsstelle unserer Bank.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank





## Jutta Dittfurth wendet sich gegen „Atompartei“ SPD

UR Bonn

Nach der in der SPD immer noch nicht abgeklärten Diskussion über die Bündnisstrategie nach der Bundestagswahl blickt sich Jutta Dittfurth, Vizepräsidentin der Partei, wach. Sie wendet sich grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit der SPD. Damit kehrt sie der fundamentalistischen Flügel der Partei anhängende Politikerin den Beschlüssen der jüngsten Bundesversammlung der Grünen den Rücken (WELT v. 29. 9.).

In Nürnberg hatte sich nach heftigem Streit der sogenannte realpolitische Flügel der Grünen gegen die Fundamentalisten durchsetzen können. Die Versammlung hatte beschlossen, bei einem entsprechenden Wahlergebnis am 23. Januar mit

## Anzeige

**BERUFS-WELT.**  
Für alle, die vorankommen wollen.  
Rufen Sie 0130-6060 an (zum Ortsruf) und lassen Sie sich einige Wochen lang kostenlos die BERUFS-WELT schicken. Die BERUFS-WELT erscheint jeden Samstag in der WELT - mit dem größten überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte und vielen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.

der SPD über eine parlamentarische Zusammenarbeit zu sprechen. Ein besonderer Dorn im Auge war der Gruppe innerhalb der Partei, der auch Frau Dittfurth angehört, der Beschlüsse der SPD mit den Sozialdemokraten ohne Vorbedingungen zu führen. Der Verhalten Frau Dittfurth macht nach Ansicht politischer Beobachter deutlich, daß der ökosozialistische Flügel nicht bereit ist, Mehrheitsbeschlüsse mitzutragen.

Frau Dittfurth fand für die SPD harte Worte: Sie sei eine „NATO-Partei, eine Kapitalpartei und eine Atompartei“. Für die Fundamentalisten ist die SPD beispielsweise in der Frage eines Ausstiegs aus der Kernenergie der CDU näher als ihrer Partei. Die Kompromisslosigkeit der Argumentation wird an der Behauptung Frau Dittfurths deutlich: Wer mit den Sozialdemokraten aus der Kernenergie aussteigen wolle, der könne „auch gemeinsam mit der NATO zivilen Umgehungsmaßnahmen oder mit der Chemiewirtschaft in der Dritten Welt selbstverwaltete ökologische Landwirtschaftsprojekte durchziehen“.

## Ferleemann rät, nicht falsch zu wählen

dpa, Stuttgart

Der Vorsitzende der Industrie- und Gewerkschaften Druck und Papier, Erwin Ferleemann, hat die Mitglieder seiner Organisation mit Nachdruck zur Beteiligung an der bevorstehenden Bundestagswahl aufgefordert. Mit Hinweis auf die seiner Ansicht nach arbeitnehmerfeindliche Politik der Bonner CDU/FDP-Koalition warnte Ferleemann jedoch davor, „falsch zu wählen“. Falls sich am 23. Januar an den Machtverhältnissen in Bonn nichts ändere, werde die arbeitnehmerfeindliche Politik „noch rigoros fortgeführt“, erklärte er.

## Franke: Es gibt keine Patentrezepte

dpa, Bonn

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, „keine Patentrezepte“. Deshalb sei bei der Bewältigung dieses „langfristigen Prozesses“ ein „langer Atem“ notwendig, sagte Franke in einem Interview des Senders „Freies Berlin“. Er halte in dieser Frage einen „gedämpften positiven Blick nach vorne“ für angebracht.

## Anschlag auf Bundesbahnstrecke

AP, Amberg

Auf die zweigleisige Bundesbahnstrecke Regensburg - Weiden ist in der Nähe des Bahnhofs Maxhütte-Haidhof ein Landkreiskreis Schwandorf ein Anschlag verübt worden. Wie die Bayerische Landespolizei in Amberg (Oberpfalz) mitteilte, war ein Elzhang nach einem kurzen Halt am Bahnhof Maxhütte-Haidhof nach etwa 500 Metern auf eine schwere Eichenstange aufgeprallt, die auf den Schienen lag. In der Vergangenheit waren Anschläge auf Bundesbahnstrecken in Bayern von militanten Kernkraftgegnern verübt worden.

Die WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is \$15.00 per year. Distributed by German Language Publications, Inc., 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ. POSTMASTER: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Verstärker-Wahlkampf als Schwächezeichen?

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Johannes Rau wird „zwischen den Jahren“ oft an Franz-Josef Strauß denken müssen. Dies liegt nicht nur am Urlaubsort des SPD-Kanzlerkandidaten, sondern an der Tatsache, daß Strauß im Reich des „Alpenkönigs“, wo Rau im Kreis seiner Familie die letzte Erholung vor dem Schlußgala zur Bundestagswahl sucht. Keine vier Wochen vor dem 25. Januar wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident in den Bergen Bayerns auch daran erinnert, daß sein Amtskollege Strauß vor gut sechs Jahren ebenfalls in der Lage eines Kandidaten war, dem keine Umfrage eine Chance gab, ins Bundeskanzleramt gewählt zu werden. Die Wahl am 5. Oktober 1980 bestätigte diese Prognosen. Strauß blieb Regierungschef in München und herrschte seitdem weiter unangefochten im größten Flächenland der Bundesrepublik. Doch auch Johannes Rau nach der erwarteten Niederlage seine Düsseldorf-Bastion ungefährdet behaupten kann, hängt vom Abschneiden der SPD in Nordrhein-Westfalen ab.

## Schriftliche Mobilisierung

Mit sechs „guten Vorsätzen für '87“ hat die Düsseldorf-Partei zentrale deswegen rechtzeitig vor dem Jahreswechsel die 300 000 Genossen an Rhein und Ruhr aufgerufen. Diese schriftliche Mobilisierung ist die erste Stufe des „Verstärker-Wahlkampfes“, mit dem die SPD nach ihrem Fiasko bei der Hamburger Wahl ein Debakel am 25. Januar zumindest in NRW verhindern will. Nach dem Krach im Bonner Ollenhauer-Haus setzen Rau Wahlkampfmanager Wolfgang Clement und Bodo Hombach nun von Düsseldorf aus ganz auf die Sicherung des vermeintlichen Stammlands und machen offen Front gegen die „Raumstation Bonn“. Denn Rau verkörpert „den anderen Politik-Stil“. Folgerichtig heißt es darum auf dem ab Ende dieser Woche geklebtem Hauptplakat in Nordrhein-Westfalen: „NRW SPD RAU - Die Kraft für Deutschland“. Neben diesem der CDU entliehenen Text sollen auch die Neuwahlvorsätze verbreitet werden.

## Gespräch unter vier Augen?

dpa, Bonn

Bundesverteidigungsminister Wörner (CDU) hat nach Angaben des Vorsitzenden des U-Boot-Ausschusses, Penner (SPD), Auskünfte aus seinem Amtsbericht zur „Chefsache“ erklärt. Wörner wolle die Angelegenheit nur mit ihm persönlich besprechen, sagte Penner. Bislang sei ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister allerdings nicht zustande gekommen. Die Objekte des Ausschusses treffen sich heute in Bonn. Die Unions- und FDP-Vertreter haben offenbar ihre Bereitschaft signalisiert, am 5. Januar mit der Beratung über die Beweislast zu beginnen.

# Die Desinformation des Westens - eine Spezialität des KGB

Von HANS JOSEF HORCHEM

Wirksamer noch als die Ausspähung des Gegners auf lange Sicht oder der Diebstahl seiner geheimen wissenschaftlichen Erkenntnisse ist der Versuch, den Gegner durch Einflußagenten und Desinformationsmanöver unmerklich zu manipulieren. In beiden Arbeitsmethoden hat das KGB große Erfahrungen.

Einflußagenten sind Männer und Frauen, die sich von landläufigen Agenten im Dunkel der Spionage durch unterscheiden, daß sie selber kaum Nachrichten beschaffen, sondern im Auftrag des Geheimdienstes Einfluß auf die Partei oder die Regierung des Gegners zu nehmen versuchen. Da sie selbst keine Dokumente stehlen und keine regelmäßigen Treff-Verbindungen zu ihren Führungsoffizieren haben, sind sie sehr schwer zu enttarnen. Der bekannteste Einflußagent des KGB war der französische Journalist Pierre-Charles Pathe, der von 1961 bis 1979 einen vom KGB bezahlten und für die Abgeordneten des französischen Parlaments bestimmten „vertraulichen Informationsdienst“ herausgab. Er wurde 1980 vom Staatsgerichtshof zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

Der deutschen Öffentlichkeit ist diese Arbeitsmethode bekannt geworden durch die Fälle des Hamburger CDU-Abgeordneten Karlfriedrich Schmidt-Witmann (1994). des Nürnberger Großkaufmanns und FDP-Mitglieds Hanne-Heinz Forst (1969) und des bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Friedrich Cremer (1979). Diese Einflußagenten arbeiteten im Auftrag des Ostberliner MIS.

Desinformation ist die subtilste Destabilisierungsmaßnahme der Sowjets gegenüber dem Westen. Eine Führungsanleitung für KGB-Offiziere definiert sie als Unterstützungsinstrument der vom Politbüro des ZK der KPdSU festgelegten Gesamtstrategie, „das den Feind in Fragen seiner eigenen staatlichen Politik irreführen“ soll. Zielobjekt von Desinformationsoperationen sind letztlich die

die mit der Forderung, „Einer von uns, aus der Mitte Deutschlands, muß Kanzler werden. Johannes Rau ist nach Konrad Adenauer der erste Bürger unseres Landes, der sich als Kanzlerkandidat zur Wahl stellt“ beginnt und mit dem „sechsten guten Vorsatz“ endet: „Wir in Nordrhein-Westfalen wollen wieder einen Bundeskanzler haben. Wir stimmen für Rau“.

## Geringer Bonus

Selbst im Düsseldorf SPD-Führungskreis gilt es aber als ungewiß, ob die Rheinländer und Westfalen, die rund 30 Prozent der Bundestagswähler stellen, diese Botschaften am 25. Januar beherzigen. Denn sie haben bei allen Bundestagswahlen ab 1969 der SPD einen Zuschlag gegeben, der nur 4,1 bis 4,6 Prozentpunkte höher war als das SPD-Ergebnis im Bund. Wenn man deswegen die letzte, für die SPD günstigste Infus-Umfrage nimmt, die Rau einen Stimmenteil von 38 Prozent im Bund bescheinigt, könnte der Kandidat nach den früheren Ergebnissen in NRW kaum mehr als 42,5 Prozent erreichen, ein Resultat, das nach unter den 42,8 Prozenten des Kanzlerkandidaten Vogel 1983 liegt. In der WELT veröffentlichte Allensbach-Messung zum Vergleich, die der SPD im Bund nur 33,4 Prozent bescheinigt, dann stellen die ebenfalls von diesem Institut ermittelten peinlichen 39,4 Prozent für die SPD in Nordrhein-Westfalen einen sogar überraschend hohen sozialdemokratischen „Stammland“-Bonus von sechs Prozentpunkten dar.

Denn sowohl die Infus- wie auch die Allensbach-Perspektive wären für Rau, der schließlich noch bei der Landtagswahl 1985 stolze 52,1 Prozent sammeln konnte, eine blamable Heimspiel-Niederlage. Rau müßte in diesem Fall im Gegensatz zu Strauß um seine Heimatbasis fürchten. Denn das bayerische Ergebnis des Kanzlerkandidaten aus München lag 1980 immerhin 13,1 Punkte über dem Bundesergebnis der Union und war nur 1,3 Prozent schlechter als das CDU-Ergebnis bei der Landtagswahl 1978.

## „Keine Kontakte zur Volkskammer“

dpa, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger sieht auf absehbare Zeit keine Chance für die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR“-Volkskammer. Trotz aller Verbesserungsvorschläge im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten von Normalität nicht die Rede sein, sagte Dregger dem Kölner „Express“. Schließbefehl und offizielle Kontakte schlossen sich aus. Für die Aufnahme von Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer müßten gute Gründe vorliegen. Daran fehle es jedoch.

Entscheidungssträger der „feindlichen Regierungen“.

Verantwortlich für die Durchführung solcher Operationen ist das KGB, das dafür am Derschinskij-Platz in Moskau eine eigene Abteilung, das „Direktorat B“ mit inzwischen rund 1000 Mitarbeitern unterhält.

Der Prozeß der Einflußnahme wirkt sich nach der schon klassisch gewordenen Methode auf zwei Ebenen ab. Über einen „Input-Kanal“ werden die Feindinhalte, die den Gegner zu falschen Entscheidungen führen sollen, eingeführt. Ein „Rücklauf-Kanal“ soll das KGB später dann darüber orientieren, wie der Feind auf die betreffenden Nachrichten reagiert hat und ob beziehungsweise inwieweit die Operation gegebenenfalls zu ergänzen ist.

Desinformation anzuliefern, ist relativ einfach. Man braucht sie dem Gegner nur „verfügbar“ zu machen. In den 50er Jahren platzierte der sowjetische Geheimdienst zum Beispiel sorgfältig gefälschte Dokumente in verschiedene leicht zugängliche Safes in der sowjetischen Botschaft und in einigen Konsulaten der USA, hoffend, daß das FBI versuchen werde, die Tresore zu öffnen und die Papiere zu fotokopieren. Mikrofone, die das FBI in sowjetischen Einrichtungen in den USA installiert hatte, wurden - wenn entdeckt - nicht entfernt, sondern an Ort und Stelle belassen. Durch getürkte Gespräche konnten der amerikanischen Regierung auch auf diesem Weg irreführende Informationen zugespielt werden.

Die beste „Input“-Methode allerdings ist nach wie vor, einen Doppelagenten an den gegnerischen Dienst heranzuspielen. einen KGB-Offizier etwa, der angeblich bereit ist, für den Westen zu arbeiten, dessen Informationen aber in Wahrheit vom KGB für

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, sie aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

## Militär-Etat der „DDR“ eine Milliarde höher

gba, Bonn

Die „DDR“ wird im kommenden Jahr über eine Milliarde Mark mehr für ihre Streitkräfte ausgeben als 1986. Das geht aus dem vom Bundesministerium für innereuropäische Beziehungen herausgegebenen „Informationsplan der „DDR“ für 1987 unter dem Posten „Nationale Volksarmee“ ausgewiesenen Aufwendungen betragen 15,14 Milliarden Mark. Diese auf angelegten Aufwendungen stellen allerdings bei weitem nicht die gesamten Kosten für das „DDR“-Militär dar. Hinzugerechnet werden müssen die Ausgaben für die „DDR“-Grenztruppen, für Unterhalt und den immer noch weitergehenden Ausbau der Sperren an der Demarkationslinie. Dies sind noch einmal 4,3 Milliarden Mark, so daß der gesamte Militäretat der „DDR“ im kommenden Jahr 19,4 Milliarden Mark umfaßt.

In der Ausarbeitung des innerdeutschen Ministeriums heißt es, rein rechnerisch müsse jeder Deutsche in der „DDR“ damit 1987 Militäraufgaben in Höhe von 1189 Mark tragen. Dieser Betrag spreche dem durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommen eines Vollbeschäftigten in der Staatswirtschaft der „DDR“. Der Regelmehatslohn habe 1985 1140 Mark betragen. Ein Rentner in der DDR habe laut den für 1985 vorliegenden Zahlen im Durchschnitt 377 Mark im Monat erhalten.

Nimmt man allein den offen ausgewiesenen Betrag für die „Nationale Volksarmee“ mit gut 15 Milliarden Mark, so ist dieser Ausgabenansatz fast ebenso hoch wie die für 1987 in der „DDR“ insgesamt geplanten Staatsausgaben für:

- Neubau und Erneuerung von Wohnungen;
- Unterhalt des Wohnungsbestandes;
- Sanierung von Stadtkernen;
- Neubau von Gemeinschaftseinrichtungen vom Gesundheitswesen bis zu Kultur und Sport;
- Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie Entsorgung von Städten und Gemeinden.

## Jenninger will im Amt bleiben

AP, Osnabrück

Die Gargart der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierungskoalition und Opposition ist nach Einschätzung von Bundestagspräsident Jenninger härter geworden. Er habe seine Zweifel, daß dies beim Bürger immer positiv aufgenommen werde, sagte er der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Der 10. Deutsche Bundestag habe gute Arbeit geleistet. Dennoch müsse das Parlament überlegen, ob es sich nicht zu einem Diskussionsparlament entwickeln sollte. Jenninger bekundete Interesse, das Amt des Bundestagspräsidenten wieder zu übernehmen.

# Über Einflußagenten und mit gezielten Fehlinformationen manipuliert der sowjetische Geheimdienst den „Klassenfeind“

Der Westen soll, wie es in einer Anleitung für KGB-Offiziere heißt, „in Fragen seiner eigenen Politik“ irreführt werden. Einige Operationen östlicher Geheimdienste schildert der frühere Leiter des Hamburger Amtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans Josef Horchem, in der dritten und letzten Folge der WELT-Serie über das KGB.



Die KGB-Zentrale am Derschinskij-Platz in Moskau

FOTO: AMW

den feindlichen Nachrichtendienst zurechtführt sind.

Das „Feedback“ solcher Meldungen ist weit schwieriger zu bewerkstelligen. Es setzt in der Regel voraus, daß die Beratungsgremien des Gegners selbst penetriert sind. Eine „menschliche Quelle“, ein sogenannter „Maulwurf“, ein sogenannter Nachrichtendienst, ist das hohe Ziel aller nachrichtendienstlichen Operationen. Über diesen Kontakt können am besten die Auswirkungen eigener Desinformation abgefragt werden.

Das Problem schließlich, welche Art von Desinformation man den Feinden liefern soll, ist schon von Lenin beantwortet worden. Auf eine entsprechende Frage seines ersten Geheimdienstchefs Feliks Derschinskij erklärte er: „Erzähl ihnen, was sie zu glauben wünschen.“

Eine der wirksamsten Desinformationsoperationen des KGB entwickelte sich Anfang der 60er Jahre. Damals

Der Bundestags-Untersuchungsausschuß Neue Heimat hat nach sechsmonatigen Ermittlungen, der Vernehmung von mehr als 30 Zeugen und dem Studium Tausender Akten seinen Bericht fertiggestellt. In ihm wird der NH eine Vielzahl

## Von DIETHART GOOS

Das Management der Neuen Heimat (NH) hat sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht, die DGB-Führung versagt bei der Kontrolle des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns und die Bundesregierung ist ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen. Zu diesem Ergebnis kommt der noch vertrauliche Bericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses Neue Heimat. Die aufgedeckten Mängel in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft machen nach Ansicht der Verfasser umfangreiche Gesetzesänderungen erforderlich. Den noch vertraulichen Bericht mit mehr als 500 Seiten Umfang werden die elf Ausschußmitglieder vom 5. bis 7. Januar in einer Marathonklausur abschließend beraten und dann veröffentlichen.

Bei der Bewertung seiner sechsmonatigen Ermittlungen mit Vernehmung von mehr als 30 Zeugen und Auswertung tausender Akten kommt das Gremium des Bundestages zu dieser gravierenden Schlußfolgerung: „Nach den Untersuchungen des Ausschusses liegen in einer Vielzahl von Fällen eindeutige Rechtsverstöße der Neuen-Heimat-Unternehmen gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht vor. Manche Entwicklungen finden ihre Ursache in gesetzlichen Lücken im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG), andere - insbesondere Verstöße gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit - beruhen auf unklarer Gesetzesfassung.“ Außerdem seien „Schwächen des Aufsichtssystems offengelegt“ worden.

Bei den festgestellten Verstößen gegen die Normen des WGG sieht der Ausschuß grundsätzlich keine Notwendigkeit zur Gesetzesänderung, empfiehlt aber die „Intensivierung der Aufsicht“. Zugleich spricht der Bericht kritisch von Regelungen, die die Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sei aufzuheben und die Gemeinnützigkeit müsse vollständig entfallen. Denn damit bliebe unberücksichtigt, „daß die Gemeinnützigkeit sowohl objektiv wie subjektiv eine Garantiefunktion für den Mieter besitzt und deren Rechte weitestgehend schützt“.

Dem nächsten Bundestag empfiehlt der Untersuchungsausschuß als Schlußfolgerungen aus dem Neuen-Heimat-Skandal ein umfangreiches Gesetzgebungspaket:

- Konzernbildungen nach dem Vorbild der Neuen Heimat zwischen gemeinnützigen (steuerbefreiten) und nicht gemeinnützigen Unternehmen sind zu verbieten.
- Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sollten nur für räumlich abgegrenzte Bereiche unter Verankerung des Regionalisierungsprinzips anerkannt werden.
- Als Konsequenz aus der langjährigen rechtswidrigen Spendenpraxis der Neuen Heimat zugunsten von Parteien und politischen Stiftungen auch nach Aufdeckung des NH-Skandals Anfang 1982 (in jenem

## Ausschuß: Versagen bei NH, DGB und Regierung

erlassenen Durchführungsverordnung zukünftig durch eine intensive Handhabung der Rechtsaufsicht entgegenzutreten.“ Ergänzt stellt der Bericht fest: „Die Bundesregierung muß nach Ansicht des Ausschusses in solchen Fällen erkennbarer Aufweichung von Gesetzesbestimmungen durch eine wirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichteten Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften Auskünfte über die Anwendung des WGG und die sich dabei ergebenden Probleme (bei den Ländern) erteilen, sich vor Ort“, notfalls durch Entscheidung eines Beauftragten nach Artikel 84 Grundgesetz informieren, die Ausführung des WGG in solchen Fällen beanstanden und/oder durch Verwaltungsvorschriften die Grenzen einer solchen Auslegung bestimmen.“

Trotz der festgestellten Gesetzesverstöße durch die NH, unklare Gesetzesformulierungen und eine fragwürdige Anwendung des WGG ist es nach Auffassung des Untersuchungsausschusses nicht gerechtfertigt, „aus den Vorgängen um die Neuen-Heimat-Unternehmensgruppe die Schlußfolgerungen zu ziehen, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sei aufzuheben und die Gemeinnützigkeit müsse vollständig entfallen“. Denn damit bliebe unberücksichtigt, „daß die Gemeinnützigkeit sowohl objektiv wie subjektiv eine Garantiefunktion für den Mieter besitzt und deren Rechte weitestgehend schützt“.

Dem nächsten Bundestag empfiehlt der Untersuchungsausschuß als Schlußfolgerungen aus dem Neuen-Heimat-Skandal ein umfangreiches Gesetzgebungspaket:

- Konzernbildungen nach dem Vorbild der Neuen Heimat zwischen gemeinnützigen (steuerbefreiten) und nicht gemeinnützigen Unternehmen sind zu verbieten.
- Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sollten nur für räumlich abgegrenzte Bereiche unter Verankerung des Regionalisierungsprinzips anerkannt werden.
- Als Konsequenz aus der langjährigen rechtswidrigen Spendenpraxis der Neuen Heimat zugunsten von Parteien und politischen Stiftungen auch nach Aufdeckung des NH-Skandals Anfang 1982 (in jenem

„eindeutiger Rechtsverstöße“ vorgeworfen. Die WELT dokumentiert Auszüge aus dem Bericht, der dem nächsten Bundestag ein umfangreiches Gesetzgebungspaket als Schlußfolgerung aus dem Neuen-Heimat-Skandal empfiehlt.

Jahr erhielt die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses 473 400 Mark, im Jahr darauf 84 350 Mark; gezahlt wurde bis 1985) soll die Spendenpraxis gemeinnütziger Unternehmen strikt reglementiert werden. Auch sei klarzustellen, „in welchem Verhältnis Spenden zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen stehen dürfen“.

● Durch restriktive Fassung der Vorschriften muß sichergestellt werden, daß der eng bestimmte soziale Auftrag gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in der Begrenzung des Geschäftsbereiches deutlich wird.

● Gemeinnützige Unternehmen sollten von der Pflicht nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz freigestellt werden, „soweit in ihrem Geschäftsbereich kein Wohnungsbau besteht oder die wirtschaftlichen Voraussetzungen das nicht zulassen“. Verlangt werden strenge Bestimmungen zum Bau von Gemeinschafts- und Folgeeinrichtungen, um künftige Mißbrauch wie bei der Neuen Heimat mit eigenen Firmen für Fernwärme und Antennenanschluß auszuschalten.

● Der Untersuchungsausschuß spricht sich dafür aus, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen die Bauträgerschaft außerhalb des sozialen Wohnungsbaus, wie bei den von der Neuen Heimat betreuten Abschreibungsgesellschaften, zu verbieten.

Zu dem bei seiner Ermittlungstätigkeit immer wieder diskutierten Problem der Kostenmiete und dem Problem der Unterdeckung durch nicht mehr ausreichende Instandsetzungs- und Verwaltungskostenpauschalen verweist der Untersuchungsausschuß auf eine Empfehlung an den Gesetzgeber, „weil dies eine allgemeine wohnungspolitische Problematik betrifft“. Der Bericht heißt es ergänzend: „Der Untersuchungsausschuß ist aber für den Fall der Beibehaltung der Kostenmiete der Ansicht, daß Möglichkeiten zur Kontrolle der zweckentsprechenden Verwendung der Kostenpauschale vorzuziehen sind.“

Zu dem Bericht, seinen Bewertungen und Empfehlungen können die Fraktionen noch bis zum Beginn der Kammur am 5. Januar Ergänzungen einreichen. Es gilt als sicher, daß die SPD und die Grünen Mindehrheitsvoten abgeben werden. Mit Rücksicht auf die Bundestagswahl und das Ende der Legislaturperiode ist eine Diskussion des Untersuchungsausschusses im Plenum des gegenwärtigen Bundestages nicht mehr möglich.

# Über Einflußagenten und mit gezielten Fehlinformationen manipuliert der sowjetische Geheimdienst den „Klassenfeind“

Der Westen soll, wie es in einer Anleitung für KGB-Offiziere heißt, „in Fragen seiner eigenen Politik“ irreführt werden. Einige Operationen östlicher Geheimdienste schildert der frühere Leiter des Hamburger Amtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans Josef Horchem, in der dritten und letzten Folge der WELT-Serie über das KGB.

Der Prozeß der Einflußnahme wirkt sich nach der schon klassisch gewordenen Methode auf zwei Ebenen ab. Über einen „Input-Kanal“ werden die Feindinhalte, die den Gegner zu falschen Entscheidungen führen sollen, eingeführt. Ein „Rücklauf-Kanal“ soll das KGB später dann darüber orientieren, wie der Feind auf die betreffenden Nachrichten reagiert hat und ob beziehungsweise inwieweit die Operation gegebenenfalls zu ergänzen ist.

Desinformation anzuliefern, ist relativ einfach. Man braucht sie dem Gegner nur „verfügbar“ zu machen. In den 50er Jahren platzierte der sowjetische Geheimdienst zum Beispiel sorgfältig gefälschte Dokumente in verschiedene leicht zugängliche Safes in der sowjetischen Botschaft und in einigen Konsulaten der USA, hoffend, daß das FBI versuchen werde, die Tresore zu öffnen und die Papiere zu fotokopieren. Mikrofone, die das FBI in sowjetischen Einrichtungen in den USA installiert hatte, wurden - wenn entdeckt - nicht entfernt, sondern an Ort und Stelle belassen. Durch getürkte Gespräche konnten der amerikanischen Regierung auch auf diesem Weg irreführende Informationen zugespielt werden.

Die beste „Input“-Methode allerdings ist nach wie vor, einen Doppelagenten an den gegnerischen Dienst heranzuspielen. einen KGB-Offizier etwa, der angeblich bereit ist, für den Westen zu arbeiten, dessen Informationen aber in Wahrheit vom KGB für

suchte ein KGB-Offizier, Mitglied der sowjetischen Botschaft bei der UNO in New York, Verbindung zum FBI. Er behauptete, seine Vorgesetzten hätten ihm um einen Teil seines Gehalts betrogen. Falls das FBI den Unterschiedsbetrag ausgleichen werde, sei er zur Mitarbeit bereit. Seine Aufgabe sei, in New York einen Spionagering aufzubauen, über den Geheiminformationen der amerikanischen Raketenentwicklung ausgespielt werden sollten. Das FBI nahm den Vorschlag an und gab dem Russen - in seinen Augen nicht nur Doppelagent, sondern künftiger „Maulwurf“ im KGB - den Decknamen „Fedora“.

Im gleichen Jahr erschien ein weiterer „Selbstbetrüger“ beim FBI. Er identifizierte sich als Offizier des sowjetischen militärischen Geheimdienstes GRU. Seine Aufgabe sei, amerikanische militärische Geheimnisse aus offener Literatur, wie zum Beispiel aus wissenschaftlichen Zeit-

schriften und Bibliotheken, zu beschaffen. Das FBI beuerte auch ihn an und gab ihm den Decknamen „Tophat“.

Der sowjetische Geheimdienst war damals bemüht, der amerikanischen Regierung durch verschiedene Desinformationsmanöver den Eindruck zu vermitteln, die Sowjetunion sei in der Lage und auf dem Weg, die amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet der Nuklearrüstung auszugleichen. Über Heinz Felfe, Leiter des Referates „Sowjetunion“ in der Beschaffungsabteilung des BND, in Wahrheit ein „Maulwurf“ des KGB im westdeutschen Geheimdienst, gelangte eine Probe hochgradigen Urans aus der CSSR in den Westen. Die sowjetische Atomwaffenrüstung schien erhebliche Fortschritte zu machen. Informationen von Doppelagenten der CIA schienen zu bestätigen, daß sich die sowjetische Rüstung auf die Herstellung von Interkontinentalraketen konzentrierte. Die amerikanischen Analytiker revidierten daraufhin ihre bis dahin offensichtlich zu niedrige Einschätzung des sowjetischen Atomwaffenpotentials. Die Drohungen und Bluffs Schuchtschows gewannen an Glaubwürdigkeit. Das sollte die Sowjets ihre Raketenaufrüstung im Mittelstreckenbereich mit besonderer Energie vorantreiben.

Wenige Jahre später änderten die Sowjets ihre Desinformationspolitik. Nach annäherndem Gleichstand im Bereich interkontinentaler Raketen wollten sie jetzt den Eindruck vermitteln, daß ihre riesigen SS-9-Raketen nicht ausreichend zielfähig seien, um die Silos der amerikanischen Minuteman-Raketen zu treffen. Das sollte die Amerikaner davon abhalten, neue Silos zur Dislokierung der Minutemen zu bauen und antihaltische Raketen zu entwickeln.

Entscheidend für die Zielgenauigkeit der sowjetischen Interkontinentalraketen waren damals drei kleine Geschwindigkeitsmesser, die auch die Schwerkraft der Raketen kontrollierten und die die betreffenden Daten drahtlos an das Leitsystem weitergaben. Die Sowjets tauschten die

Überwachungsmaßnahmen der Amerikaner, die mit weitreichenden Antennenanlagen vorwiegend aus Iran und aus Pakistan arbeiteten, jahrelang durch absichtliche Fehltests. Darüber hinaus programmierten sie jeweils einen der in der Rakete befindlichen Geschwindigkeitsmesser mit falschen Daten. Die Funküberwachung der Amerikaner wurde auch dadurch zu der Schlußfolgerung geführt, daß der Wissenstand der Sowjets weit hinter der amerikanischen Entwicklung zurückliege.

Im Jahre 1965 schließlich berichtete auch die Superquelle „Fedora“ dem FBI, daß die Sowjetunion erhebliche Schwierigkeiten mit ihren Raketenleitsystemen habe. Ein gewisser Vadim Isakow, sowjetischer Angestellter bei den Vereinigten Nationen, sei beauftragt, bei einer Zuhilfenahme für technische Geräte der US-Rüstungsindustrie einen Geschwindigkeitsmesser und einen anderen Minicomputer zu kaufen, der ebenfalls für Leitsysteme wichtig war. Ähnliche Meldungen kamen von „Tophat“.

Alle Stücke dieses Puzzles schienen nahtlos ineinanderzugreifen. Aus diversen Informationsquellen verschiebende amerikanische Nachrichtendienste kamen immer wieder die gleichen Meldungen.

Nur die CIA hatte von Beginn an Zweifel an der Zuverlässigkeit von „Fedora“ und „Tophat“ gehabt. Ihre Abwehrabteilung hatte in mühevoller Kleinarbeit einige Fehlerquellen entdeckt, die darauf hindeuteten, daß die beiden Agenten nicht in allen Punkten die Wahrheit gesagt hätten. Das Überprüfungsverfahren wurde verzögert, als nach der Watergate-Affäre der CIA seine Arbeit vorübergehend einzustellen hatte und sein Chef, James Angleton, im Dezember 1974 entlassen wurde.

Inzwischen waren die beiden sowjetischen Desinformationsagenten nach Moskau zurückbeordert worden. Weitere Meldungen liefen aus. Heute ist die UdSSR den USA bei den Mittelstreckenraketen überlegen.

- ENDE







Peter Ustinov (65) ist einer der großen Schauspieler der Welt. Aber er ist auch Regisseur, Dokumentarfilmer, Schriftsteller und Feinschmecker. Er erzählt von seiner Hilfe mit Unicef in China, was er über deutschen Humor denkt, über die russische Seele, italienische Paradoxien und amerikanische Präsidenten. Und was er tun würde, wenn er König wäre. Mit ihm sprachen Lothar Schmidt-Mühlisch und Detlev Ahlers.

## „Nur wenn ich ernst bin, können Leute über mich lachen“

Sie waren gerade für das Kinderhilfswerk Unicef in China. Ist das Ihr soziales und politisches Engagement, das man heute von Künstlern so gerne fordert?

Ustinov: Ich bin von gemischtem Blut und fühle mich folglich in einem strengen politischen Rahmen nicht wohl. Ich habe nämlich keine wirkliche politische Haltung, das heißt, ich habe eine politische Haltung für Deutschland, eine für Rußland, eine dritte für Mexiko. Es wäre dumm, in den USA ein Kommunist und wohl auch nicht besonders intelligent, auf Haiti ein Liberaler zu sein. Ich kann es nicht ernst nehmen, wenn man in einem Land von Demokratie spricht, wo 90 Prozent der Leute nicht lesen können. Es hat doch nichts mit Demokratie zu tun, wenn man Bälle in Löcher stecken muß, bei denen die Opposition so klein sind, daß keiner hineinpaßt.

Man kann den Eindruck gewinnen, daß Sie, wenn die Sprache auf Politik kommt, eine gute Pointe der klaren Aussage vorziehen.

Ustinov: Ich habe auch von den Politikern noch keine klare Aussage gehört. Die Medien und die Parteien neigen dazu, die Unterschiede zu übertreiben. Das ist vielleicht sogar ihre Aufgabe. Frau Thatcher sagte mir, es gebe keine öffentliche Meinung in Rußland. Ich antwortete ihr: Es muß dort eine öffentliche Meinung existieren, weil es dort zwei größere Revolutionen in diesem Jahrhundert gab; in England dagegen nur Ausschreitungen bei Fußballspielen.

Vielleicht meinte Frau Thatcher, daß die öffentliche Meinung in der Sowjetunion nicht gedruckt wird?

Ustinov: Sie wird dort gedruckt, aber vielleicht nicht so, wie wir das gewohnt sind. Ich glaube, die Russen können nur schwer verstehen, warum wir zwischen zwei Möglichkeiten wählen, die sich kaum voneinander unterscheiden. Und dann bedeutet Demokratie doch auch, daß bei relativ gleichgewichtigen Parteien, 49 Prozent immer unzufrieden sind, die Russen bevorzugen es hingegen, alle Leute halb zufrieden und halb unzufrieden zu halten.

Sie können doch aber nicht die Alternativen leugnen...

Ustinov: Ich bin gegen Blockbildungen. Ich finde sie steril. Meine Haltung ist nicht neutral, aber sie ist eine Position der Mitte. Das wiederum bedeutet: In der Mitte muß man sehr stark sein, weil man möglicherweise von beiden Seiten angegriffen wird. Es gehört auch Selbstsicherheit zur Position der Mitte, weil - wie beim Klavier - die Noten dort nicht so dramatisch sind wie die dunklen und die hellen Töne. Ich finde es nicht wichtig, politische Systeme zu lieben oder

abzulehnen. Alle Systeme würden funktionieren, wenn die Qualität ihrer Führer ausreichend wäre.

Dafür gibt es in der Geschichte aber kaum Beispiele.

Ustinov: Das stimmt. Aber es liegt daran, daß immer nur Personen hochkommen, die nicht qualifiziert genug sind, um unten zu bleiben. Ein guter Rechtsanwalt zum Beispiel bleibt Rechtsanwalt. Der minderwertige wird Politiker. Fast alle Politiker waren Rechtsanwälte. Im ersten französischen Revolutions-Kabinett gab es nur eine Ausnahme, einen Schauspieler. Aber der spielte den Rechtsanwalt so schlecht, daß er schnell seinen Kopf verlor. Reagan spielt auch nicht besonders gut einen Rechtsanwalt, aber wenigstens spielt er sehr gut einen Präsidenten.

Hat der Beruf des Politikers also etwas mit dem des Schauspielers gemein?

Ustinov: Ja, natürlich. Franz Josef Strauß zum Beispiel ist ein glänzender Schauspieler. Und er ist einer der wenigen Politiker, bei denen es Spaß macht, anderer Meinung zu sein.

Wären Sie selbst denn ein guter Politiker?

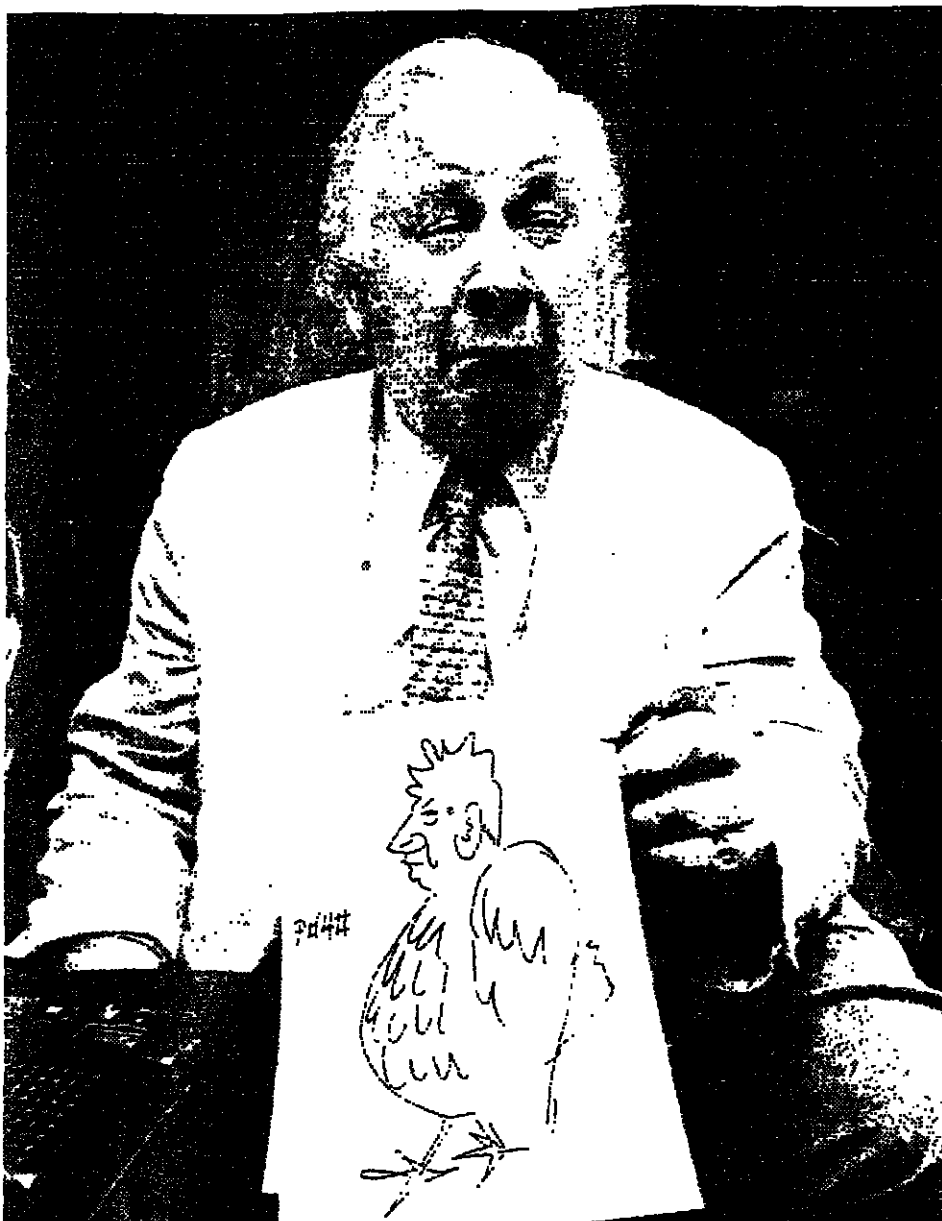
Ustinov: Oh, nein. Ich habe einmal gesagt, wenn ich König wäre, würde ich alle Reformen verschieben. Das wäre schon deswegen sinnvoll, weil ich nicht mehr als einen Tag König bliebe - es gäbe eine Konterrevolution unter Mrs. Thatcher. Aber im Ernst: Ich glaube nicht an die Wirksamkeit schneller Initiativen. Wirklicher politischer Einfluß gleicht der Wirkung des Meeres auf einen Felsen. Außerdem: In dem Augenblick, in dem man etwas tut, weiß man häufig gar nicht, ob es richtig ist oder falsch.

Was würden Sie grundsätzlich ändern wollen, wenn Sie es könnten?

Ustinov: Nehmen Sie zum Beispiel die Kernwaffen. Ich finde sie sehr gefährlich. Aber ich halte konventionelle Waffen für noch gefährlicher. Kernwaffen eignen sich nicht zur Eröberung, weil sie das zerstören, was man haben will. An diesem Beispiel sieht man, daß mit einzelnen Forderungen - sie mögen auch noch so großartig klingen - nicht viel zu ändern ist. Ich wäre schon deswegen nicht gern Politiker, weil man als solcher inzwischen so von Experten umkreist ist, daß man gar nicht mehr wagen kann, seine eigenen Gedanken zu äußern. Das Grundproblem in der Politik besteht aber, international gesehen, darin, daß jedes Land von anderen Voraussetzungen ausgeht.

Sie meinen damit unterschiedliche historische Voraussetzungen?

Ustinov: Hauptsächlich, aber nicht ausschließlich. Ein Amerikaner wird nie begreifen, daß ein russisches



„Als Pollo in China“ - dieses Selbstporträt zeichnete Ustinov während des Gesprächs. „Ein Huhn könnte ich wohl schon sein, die Chinesen haben recht.“ FOTO: SVEN SIMON

Brautpaar bei seiner Vermählung einen Blumenstrauß am Grabmal des Unbekannten Soldaten niederlegt. Wäre Amerika einmal zur Hälfte von einem Feind besetzt gewesen und hätte dabei zig Millionen Tote zu beklagen gehabt, dann sähe die Sache anders aus. Die Russen haben ein ausgeprägtes Verhältnis zur Geschichte - bei den Amerikanern spielt das noch keine Rolle.

In Rußland gibt es zum Beispiel diese kleinen alten Damen, deren Rolle es ist, die vestalische Jungfrau irgendeines großen Mannes zu werden, dem sie noch nach seinem Tode dienen. Ich habe einmal einen Film im Arbeitszimmer von Dostojewski gedreht. Dort war alles noch so, wie der Dichter es zurückgelassen hatte. Und die alten Damen saßen da mit sauren Gesichtern und paßten auf, daß wir nichts anrührten. Ich hatte sie darum gebeten, während des Drehens nicht ins Zimmer zu kommen. Nichtsdestotrotz öffnete sich mitten in der Arbeit die Tür, eine alte Dame betrat den Raum und brachte ein frisches Glas Tee - für Dostojewski. Denn das Teeglas von gestern hatte Staub angesetzt. Das ist russisches Gesichtsverständnis. Schon darin sind viele Mißverständnisse zwischen den Supermächten begründet. Wenn Hollywood Filme wie „Rocky“ dreht, dann benehmen sich darin die Russen wie Amerikaner. In Wirklichkeit benehmen sich die Russen vielleicht schlimmer, aber nicht so.

Sie haben die Sowjetunion und China bereist. Wo liegen die grundsätzlichen Unterschiede?

Ustinov: Bei den Russen dauert alles Jahrhunderte. Die Chinesen sind viel pragmatischer. Es ist nicht die Theorie, die bei ihnen führt, die Theorie hat nur die Aufgabe der Korrektur. Die Chinesen sind ein interessantes

Volk, weil sie von Natur aus Kommunisten und paradoxerweise hochbegabte Geschäftsleute zugleich sind. In China gibt es keinen Konflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Solange die Lage schlecht ist, bedarf es einer Diktatur. Von einem gewissen Niveau an aber beginnt automatisch der Kapitalismus. Es ist ein Thermometer vergleichbar: unter 20 Grad herrscht Kommunismus, und über 20 Grad beginnt alles in tausend Richtungen zu blühen. Selbst die Korruption.

Aber China ist ein Land extremer Gegensätze. Es gibt Regionen, die

„Es kommen Personen hoch, die nicht qualifiziert genug sind, unten zu bleiben. Ein guter Rechtsanwalt bleibt Rechtsanwalt. Der minderwertige wird Politiker.“

kann man von Hongkong kaum unterscheiden. Und dann gibt es Bereiche, in denen das Pro-Kopf-Einkommen bei 60 Dollar pro Jahr liegt. Für diese haben wir von Unicef natürlich besonders interessiert. Da leben die Menschen noch in Löchern, ohne Elektrizität. Aber sie sind vornehm in ihrem Charakter. Nur die rotlackierten Fingerringe meiner Frau haben sie so fasziniert, daß sie ihre Zurückhaltung aufgaben. Sie wußten nicht, ob es sich um eine Krankheit handelt oder um etwas EBares.

Und wie hilft Unicef dort?

Ustinov: Hauptsächlich leisten wir technische Hilfe. Mitternachtsbedarf es auch gar keines finanziellen Aufwan-

des. Zum Beispiel hat man lange nicht verstanden, warum in manchen Gebieten Chinas viele Kinder an Lungenentzündung starben. Man hat sich auch darüber gewundert, daß in diesen Gebieten die Kinder nicht schrien. Man glaubte, sie seien von besonders friedlicher Wesensart. Das stimmte natürlich nicht: Die Ärzte von Unicef entdeckten, daß die Eltern die Brust der Kinder so mit Tüchern verknoteten, daß Schreien unmöglich war. Und das wiederum führte zu schlimmen Lungenkrankheiten.

In solchen Fällen ist eben Aufklärung wichtiger als finanzielle oder technische Hilfe. Bis 1990 will man mit Hilfe von Unicef alle Kinder geimpft haben. Die Chinesen würden das als kleine schaffen, aber das würde länger dauern, und aus diesem Grund nehmen sie die Unterstützung von Unicef gerne an.

Was mich an China am meisten fasziniert, ist das Phänomen, daß ein so großes Tier sich so schnell in so viele Richtungen bewegen kann. Sozusagen über Nacht können die Chinesen ihre eigenen Fehlentwicklungen korrigieren. Darin liegt der größte Unterschied zur Sowjetunion.

Wie stehen die Chinesen denn zu Ihnen als Künstler?

Ustinov: Oh, es war sehr aufregend für mich; überall, wo ich hinkam, wurde zu meinem Empfang der Agatha Christie-Film „Tod auf dem Nil“ gespielt. Ich hörte mich zum erstenmal Chinesisch sprechen. Ich wußte gar nicht, daß ich so komisch sein kann. In jedem Hotel wurde ich zum Empfangschef mit „Herr Pollo“ begrüßt. Erst nach einiger Zeit begriff ich, daß das die chinesische Aussprache von Pollo ist. Pollo heißt auf italienisch Hühnchen. Und das finde ich einen sehr treffenden Namen für mich.

Sie sagen, jedes Land gehe von anderen Voraussetzungen aus. Können Sie auch das Verhältnis der Völker zum Humor charakterisieren? Welches Volk finden Sie am komischsten?

Ustinov: Ich glaube, Italien. Die Italiener sind sehr begabt für Paradoxien. Ich inszenierte einmal in der Mailänder Scala. Und da hat man mir gesagt, ich könne am Freitag nicht proben, weil ein Generalstreik ausgerufen sei. Im letzten Augenblick wurde aber der Streik dann abgesagt, und alle Leute, die schon ein langes Wochenende mit ihrer Geliebten in Como geplant hatten, waren entsetzt wütend. Der Direktor der Scala donnerte: „In Italien kann man sich aber auch auf nichts verlassen!“

Und was halten Sie vom deutschen Humor?

Ustinov: Ich finde Deutschland schon sehr komisch. Wenn die Deutschen es selbst merken, dann bin ich zufrieden. Das schönste Beispiel, wie

komisch Deutschland ist, stammt übrigens von einem Österreicher, der deutsches Verhalten in einer Art Spiegel dargestellt hat. Ich habe an der Hamburger Staatsoper inszeniert, wo sonst immer alles perfekt funktioniert. Plötzlich ging alles schief, und ich suchte den Schuldigen. Da kam ein junger Mann aus der Kulisse: „Ja, das ist meine Schuld, aber ich bin kein Deutscher, ich bin Österreicher. Ich glaube, die lassen mich hier arbeiten, damit ich das Leben humanisiere. Ich bin eigens dazu angestellt worden, ein paar Fehler einzuführen.“

Worin unterscheiden sich die Deutschen von den Engländern oder Franzosen?

Ustinov: Ich glaube, wenn sie die Wahrheit herausfinden wollen, addieren die Deutschen, Franzosen subtrahieren, Engländer wechseln das Thema. Wenn die Deutschen ein Buch über die Wahrheit geschrieben haben, sagen sie: Das ist noch nicht die ganze Wahrheit, man muß noch ein zweites schreiben. Die Franzosen werden kürzer und kürzer. Die Engländer sagen: Man muß die Wahrheit überlassen; man muß sie ergreifen, wenn sie nicht damit rechnet.

Finden Sie sich selbst komisch?

Ustinov: Nein, gar nicht, ich bin ernst, nur wenn ich ernst bin, können die Leute über mich lachen.

Das glaube ich nicht ganz.

Ustinov: Sie sind ein Deutscher. Nein, Sie sind ein echter Deutscher.

Wenn man russische Vorfahren hat, deutsche Eltern, in England aufgewachsen, mit einer Französin verheiratet und in der Schweiz ansässig ist, als was fühlt man sich dann? Stellt es für Sie kein Problem dar, im engeren Sinne keine Heimat zu haben?

Ustinov: Nein, man braucht keine Heimat. Die einzige Heimat, die für mich zählt, ist das zivilisierte Benehmen. Ich habe in Rußland eine Taube gesehen und mich gefragt: Wie weiß diese Taube, daß sie eine russische Taube ist?

Also, Sie selbst fühlen sich ein wenig als Vogel?

Ustinov: Dazu bin ich zu schwer, aber ein Huhn, Pollo, das könnte ich wohl schon sein. Die Chinesen haben recht, wie immer.

Sie sind nicht nur eine internationale Persönlichkeit, Sie haben auch viele Berufe - Schauspieler, Regisseur, Schriftsteller, Maler, Fotograf, Musiker und Fernsehreporter. Wie bekommen Sie das alles unter einen Hut?

Ustinov: Vielleicht habe ich einen kleinen Kopf und einen großen Hut. Man muß sich zu seiner spezifischen Art, schöpferisch zu sein, bekennen. Mein Großonkel zum Beispiel, ein russischer Aquarellist, war das Gegenteil von mir. Er hat unzählige Sonnenuntergänge gemalt. Da haben die Leute gesagt: Wenn er sein Spektrum erweitert, könnte er ein großer Maler werden. Er hat es versucht, aber er kehrte bald zu den Sonnenuntergängen zurück, weil er doch der größte unter den Sonnenuntergangsmalern Rußlands war.

Gibt es denn etwas, worauf Sie keinesfalls verzichten möchten?

Ustinov: Das Schreiben ist für mich das Interessanteste, das Einsamste und das Schwierigste. Es ist mir immer noch ein Geheimnis, in der Badewanne oder am Steuer meines Autos zu sitzen, eine Idee zu haben und damit ein weißes Blatt Papier zu füllen. Das wird zu einer Gewohnheit, ich mache das 500mal, und zweieinhalb Jahre später sitze ich mit Journalisten zusammen und spreche darüber. Das ist noch immer, nach vielen Jahren, wie ein Wunder für mich.

Spielen ist natürlich auch eine meiner Passionen, aber dabei fühle ich mich eher wie eine Biene: Ich nasche von

jeder Blume, komme nach Hause und bin nicht satt.

Appropos sat: Es geht die Rede, daß Sie gern essen?

Ustinov: Ja, das ist so eine Legende. Die Leute schauen mich an, sehen, daß ich dick bin, und schon behaupten sie, ich äße viel. In Wirklichkeit bin ich sehr enthaltsam, ich trinke mit Vorliebe Mineralwasser und esse gern konventionell.

Aber Sie wollen doch nicht behaupten, daß Sie ein Asket sind?

Ustinov: Ich genieße das Leben. Allerdings: wenn man so intensiv lebt wie ich, muß man in der Kulisse leben - mit der Möglichkeit, jederzeit zu verschwinden. Deswegen wohne ich mit meiner Familie auf dem Lande, wo mich keiner findet.

Können Sie mit Geld umgehen?

Ustinov: Ich kann schlecht ohne Geld umgehen. Ich bemerke es nur, wenn ich keines habe.

Wann war das das letzte Mal?

Ustinov: Vorgestern.

Aber Sie haben doch mit Ihrem Ruf überall Kredit?

Ustinov: Die Banken bieten mir immer mehr Geld an, als ich haben will, und dann gebe ich zum Beispiel für

„Wenn die Deutschen ein Buch über die Wahrheit geschrieben haben, sagen sie: Man muß noch ein zweites schreiben.“

meine Filme eine Million mehr aus, als ich vorhatte. Deswegen fühle ich mich wohl ohne Kredit.

Zumindest in Moskau müßten Sie reich sein, dort läuft doch seit elf Jahren Ihr Stück „Halb auf dem Baum“. Was machen Sie mit den Tantiemen, die Sie nicht mit in den Westen nehmen dürfen?

Ustinov: Ich habe ein Konto in Moskau. Aber ich finde die Bank nicht wieder. Ich habe ein Konto-Buch, in dem die Adresse nicht steht. Die Banken dort sind klein. Darin sitzt eine Dame mit einem großen Busen. So sind dort alle Banken.

Gibt es eine Rolle, die Sie gerne noch einmal spielen würden, vielleicht den König Lear?

Ustinov: Lear strengt sehr an. Ich glaube, Hercule Poirot macht mehr Freude. Poirot ist verückt, klein, dünn und kahl und schon 141 Jahre alt. Ich spiele ihn etwas jünger, aber nur ein bißchen. Poirot ist Junggelehrte - ich weiß nicht, woher er seine Klecks bekommt. Vielleicht durchs Schlüsselloch.

Poirot sagt, die Leute verraten sich dadurch, daß sie zuviel reden.

Ustinov: Ich hoffe, mich nicht zu verraten.

Gibt es denn etwas, das Sie uns verschweigen wollen?

Ustinov: O ja, ich habe ein imaginäres Land, über das ich nicht spreche, wie jetzt. Es ist ganz realistisch, es ist kein Märchenland. Wenn Sie mich fragen, ob ich eine Heimat habe, so müßte ich eigentlich antworten: Ich habe eine Heimat erfunden. Sie hat eine bestimmte geographische Lage - Zoll und Küstenwache sind identisch, es gibt auch Soldaten, aber dieses Land verfolgt eine Politik, die nicht engagiert ist.

Was für ein Klima herrscht dort?

Ustinov: Es herrscht immer schlechtes Wetter, wenn ich dort bin. Also scheint heute die Sonne.

Wen nehmen Sie mit, wenn Sie in dieses Land reisen? Oder fahren Sie am liebsten allein?

Ustinov: Ich schalte ein und schalte ab. Ich war während dieses Interviews fünf Minuten in jenem Lande, das haben Sie nicht bemerkt.

## Unsere Bestseller 1986\*

BELLETRISTIK	SACHBUCH	TASCHENBUCH
1 O.W. Fischer, Engelsknecht war ich keiner Langen Müller; DM 38,-	Das neue Guinness-Buch der Rekorde 1987 Ullstein; DM 34,80	Christine Brückner, Wenn du geredet hättest, Desdemona. Belletristik; DM 8,80
2 Christine Brückner, Die Quints Ullstein; DM 29,80	Günther Bosch, Boris Ullstein; DM 48,-	Erich Fromm, Die Kunst des Liebens Materialien; DM 6,80
3 Rudolf Schock, „Ach ich hab in meinem Herzen...“ Herbig; DM 34,-	Gerhard Konzelmann, Allahs neues Weltreich. Herbig; DM 44,-	Peter Scholl-Latour, Allah ist mit den Standhaften. Sachbuch; DM 12,80
4 Joachim Fernau, Sappho Herbig; DM 24,-	Vitus B. Dröcher, Geniestreiche der Schöpfung. Ullstein; DM 39,80	Michael Holzach, Deutschland umsonst Sachbuch; DM 7,80
5 Ephraim Kishon, Picasso war kein Scharlatan Langen Müller; DM 28,-	Reinhold Messner, Wettauf zum Gipfel Herbig; DM 38,-	Marlen Haushofer, Die Wand Die Frau in der Literatur; DM 8,80
6 Maria Gräfin v. Maltzan, Schlage die Trommel und fürchte dich nicht. Ullstein; DM 38,-	Claus Jacobi, Uns bleiben 100 Jahre Ullstein; DM 28,-	Willi H. Grin, Mehr Geld durch weniger Steuern. Sachbuch; DM 9,80
7 Berta Drews, Wohin des Wegs Langen Müller; DM 38,-	Rollo Gebhard, Leinen los - Wir segeln um die Welt. Ullstein; DM 39,80	Tom Sharpe, Feine Familie Belletristik; DM 9,80
8 Jean M. Auel, Mammoutjäger Ullstein; DM 38,80	Heinz Klaus Mertens, Ali Herbig; DM 19,80	Jeffrey Archer, Abels Tochter Belletristik; DM 7,80
9 Christine Brückner (Hrsg.), Lesezeit Ullstein; DM 29,80	Rainer Barzel, Im Streit und umstritten Ullstein; DM 38,-	Barbara Noack, Ein Stück vom Leben Belletristik; DM 9,80
10 Hans-Joachim Kulenkampff, Nachtgedanken Herbig; DM 24,-	Herbert Gruhl, Der atomare Selbstmord Herbig; DM 19,80	André Kostolany, Kostolany's Wunderland von Geld und Börse. Sachbuch; DM 9,80
11 Tom Sharpe, Henry dreht auf Ullstein; DM 25,-	Heinz Haber, Wenn unser Planet zürnt Langen Müller; DM 34,-	Erich Maria Remarque, Im Westen nichts Neues. Belletristik; DM 6,80
12 Herbert Rosendorfer, Vier Jahreszeiten im Juwel. nymphenburger; DM 32,-	Peter und Elisabeth Ruge, Nicht nur die Steine sprechen deutsch. Langen Müller; DM 34,-	Len Deighton, Brahms Vier Belletristik; DM 9,80

\*Diese Bestsellerliste wurde aufgrund der Verkaufstatistiken 1986 folgender Verlage erstellt: Amalthea, Bachtel, Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft, edition theißen, edition thiemig, Edition Sven Erik Bergh, Gubr. Mann, Herbig, Langen Müller, Lenz, Limes, Mahner-Lueg, Mary Hahn, nymphenburger, Propyläen, Ullstein, Ullstein Taschenbuchverlag, Universitas und Wirtschaftsverlag.

100.000 Behinderte suchen einen geeigneten Arbeitsplatz

Sie können helfen!

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. ist der bundesweite Zusammenschluss von Menschen, die trotz ihrer Behinderung den Mut nicht verloren haben, die aktiv und engagiert sind. Eine eigene Werkstatt für Behinderte existiert seit über 10 Jahren: unzureichend, unökonomisch, nicht mehr sicher. Eine neue Werkstatt mit noch mehr behindertengerechten Arbeitsplätzen muß gebaut werden. Das Grundstück allein kostet DM 185.000,-.

Trotz Förderung durch Staat und Gemeinde bleibt ein Restanteil, den wir nicht alleine finanzieren können. Wir Körperbehinderte wollen und können uns einfach selbst helfen, wenn man uns die Möglichkeit dazu gibt.

Bine helfen Sie, damit wir uns weiterhelfen können. Wie klein auch immer Ihre Spende sein wird, wir sind für jeden Betrag dankbar. Sie können regelmäßig Beträge überweisen oder auch gerne einmal einen größeren Betrag - wie es Ihnen möglich ist. Dankbar sind wir für alles! Unsere Spendenkonten lauten:

Volksbank Krauthelm, Kto.-Nr.: 1037617, BLZ 660 693 42  
Post giro Stuttgart, Kto.-Nr.: 35228 - 707, BLZ 600 100 70  
Sparkasse Krauthelm, Kto.-Nr. 40 70 751, BLZ 674 516 30

Wir sind als gemeinnützige anerkannt und senden Ihnen daher unaufgefordert eine Spendenquittung.

Bitte informieren wir Sie auch über unsere Arbeit. Schreiben Sie uns bitte!

Heute Neu

# Auto Bild

## Mit Diesel und Kat

## Auch 1987 noch Steuern sparen

Wer ein schadstoffarmes Auto kauft, wird auch 1987 noch mit Steuererlaß belohnt. Wieviel Sie sparen können und wie lange die Steuerbefreiung jetzt dauert - in AUTO-BILD.

Europas größte Auto-Zeitung

Abbildung



Zeit in 10

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,  
5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

## Wahlrecht aus der Fremde

**Kein Wahlrecht bei Deutschen im Ausland?** WELT vom 18. Dezember  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Tag, an dem der Wähler über die Zusammensetzung des 11. Deutschen Bundestages entscheidet, rückt rasch näher. Erstmals sind auch die im Ausland lebenden deutschen



Dr. Lutz G. Stavenhagen

Staatsangehörigen auferufen, an dieser Wahl teilzunehmen und mitzuentcheiden, wer in Bonn künftig regieren wird. Mit Ihrem Artikel über das Wahlrecht der Deutschen im Ausland helfen Sie mit, die Auslandsdeutschen über ihr Wahlrecht aufzuklären. Ich begrüße dies sehr. Allerdings bedürfen zwei Punkte der Richtigstellung: Nicht der

Stimmzettel, wie es in Ihrem Artikel behauptet wird, sondern der Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis muß bis zum 4. Januar 1987 bei der Heimatgemeinde in Deutschland eingegangen sein. Die Antragsformulare hierzu gibt es bei den deutschen Botschaften und Konsulaten, beim Bundeswahlleiter und bei der Stadt Bonn. Nur wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält die für die Ausübung des Wahlrechts notwendigen Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel muß dann bis spätestens 25. Januar 1987 beim Wahlamt der früheren Heimatgemeinde eingegangen sein, um mitgezählt zu werden.

Auch die von Ihnen genannte Voraussetzung, daß der im Ausland lebende Deutsche, um wahlberechtigt zu sein, nicht länger als zehn Jahre im Ausland gelebt haben darf, trifft nicht uneingeschränkt zu: Vielmehr dürfen die in Ländern des Europarats lebenden Deutschen unabhängig von jeglicher Frist, also auch wenn sie schon erheblich länger als zehn Jahre außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, wählen.

Ich wünsche mir, daß möglichst viele Deutsche von ihrem Wahlrecht und damit dieser neuen Chance zur politischen Mitwirkung Gebrauch machen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Lutz G. Stavenhagen  
Staatsminister im Auswärtigen Amt,  
Bonn

## Aids - was kann man tun?

Sehr geehrte Damen und Herren,  
beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Ohnmacht gegenüber Aids sind meines Erachtens keine Überlegungen so unsinniger Art wie die der Meldepflichtfrage notwendig, sondern ein paar Millionen für Werbung für Präservative. Jeder Frau, jedem Mann steht das Recht zu, die Verwendung dieses Schutzmittels zu verlangen. Man muß nur durch psychologische Werbung dafür sorgen, daß die Mißtrauensschranke eines der Partner überwunden wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Wilhelm W. Dietz,  
Grafing

\*  
"Was macht ein Kranker eigentlich, wenn er weiß, daß er Aids hat?" WELT vom 18. Dezember

In Ihrem "WELT-Gespräch" mit Frau Bundesgesundheitsminister Rita Süsmuth haben Sie die Frage aufgeworfen, die uns Bundestagsabgeordnete im entsprechenden Ausschuss seit längerer Zeit beschäftigt: ob eine Meldepflicht von Aidskranken überhaupt einen Sinn macht. Sie macht, darin stimme ich der Gesundheitsministerin ausdrücklich zu, wenig Sinn, bringt keine Hilfe für Erkrankte, würde aber zu menschlichen Katastrophen von Isolierung und Ausgrenzung führen. Dies wollen wir alle - ob in Forschung oder Politik - verhindern.

Die sattsam bekannten bayerisch-strammen Auffassungen einer generellen Meldepflicht für Aids-Betroffene, wie gleichzeitige Überlegungen, Problemgruppen wie Homosexuelle oder Prostituierte, isolierten Zwangs-

untersuchungen zu unterwerfen, sind uns Abgeordneten seit einer öffentlichen Anhörung im Bundestag bekannt.

Zwangsuntersuchung und Meldepflicht sind um so unverantwortlicher, als es bis heute keine medizinische Hilfe für Aidskranke gibt. Not tut daher, daß die Mittel für Forschung, wie von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert, im Bundeshaushalt noch stärker angehoben werden. Scharfmachern, wie Innenminister Zimmermann oder dem "Rechts- und Ordnungsstaatssekretär Gauweiler" muß entschieden entgegengetreten werden. Aids ist kein Thema für einen "rechten" Wahlkampf.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Renate Lepsius, MdB, SPD

\*  
Frau Thatcher forderte europaweit zum Kampf auf gegen Aids, "dem potentiell größten Gesundheitsproblem, dem wir je gegenüberstehen".

Rund 200 000 Infizierte sind geschätzt für die Bundesrepublik Deutschland, die meisten davon haben keine Kenntnis von der Infektion. Und die Verdoppelungsfrist beträgt acht Monate! Zudem belaufen sich die Behandlungskosten bisher auf rund 200 000 Mark je Aids-Fall.

Ohne Reinenuntersuchung mit Ausstellung eines fälschungssicheren Aids-Ausweises ist die Bevölkerungskatastrophe nicht mehr abwendbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Reinhold Schmeitzle,  
Neubulach 1

## Bei Forschung nur defensiv

**Nichts geht mehr ohne Innovation?** WELT vom 18. Dezember

Die Diskussion über die angeblich oder tatsächlich gestunkene Innovationsstärke und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hat Tradition. Vor einiger Zeit hat der "Econometrist" seine Zustandsbeschreibung der deutschen Wirtschaft auf die einfache Formel "low on high tech" gebracht. Daß dieses Urteil in seiner Pauschalität eine Fehleinschätzung darstellt, hat nicht zuletzt die Umfrage von Wittkämper gezeigt.

Die Innovationsstärke auf dem klassischen, technisch gehobenen Produktspektrum, also im Kernbereich der deutschen Industrie, war und ist weitgehend vorhanden. Jedoch sind Warengruppen mit hohem Wachstumspotential im deutschen Wirtschaft insgesamt zu schwach vertreten (insbesondere Büromaschinen, Datenverarbeitung, elektronische Bauelemente, Unterhaltungselektronik, Lasertechnik, Opto-Elektronik, biotechnologische Erzeugnisse). Dies steht im Zusammenhang mit einer zu defensiven Haltung der Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik auf einigen wichtigen Technologiefeldern.

Auf diesem Hintergrund fällt der Bericht über die Innovationssituation in der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise etwas zu enthusiastisch aus. Dies hängt auch mit der verwendeten, weitgefaßten Definition von Innovation zusammen. "Neue" Produkte beruhen nicht immer auf organisatorischer oder technischer Innovation, sondern stellen auch häufig Imitationen von bereits auf dem Markt befindlichen Produkten dar.

Wittkämper listet zehn Regeln für innovativen Erfolg auf. Sie stellen Standardregeln für das Management von Großunternehmen dar. Weitgehend ausgeklammert ist der Innovationsbeitrag kleinerer und mittlerer Unternehmen, der nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland ganz erheblich ist.

Diese Unternehmen erschließen eine große Palette von Anwendungsfeldern und Marktnischen für neue Technologien, zum Teil in einer Art Innovations-Arbeitsstellung mit Großunternehmen als Hersteller von Basistechnologien. Die Inhalte ihrer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit richten sie relativ eng am bestehenden Produktionsprogramm aus.

Dr. Frieder Meyer-Krahmer,  
Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Ein Leitbild

**Sie waren Landstroläher?** WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,  
noch kein Artikel in irgendeiner Zeitung hat mich so bewegt wie der von Hans-Rüdiger Karutz.

Man kann nur hoffen, daß der Geist, der aus diesen Zeilen spricht, immer ein Leitbild für die WELT bleibt.

Ich möchte dem Verfasser und Ihrer Zeitung meinen Dank aussprechen für Ihr unermüdliches und unerschrockenes Eintreten für "Einigkeit und Recht und Freiheit".

Dr. Reiner Schimmer,  
Rieden

## Wort des Tages

„Friede ist nicht Abwesenheit von Krieg; Friede ist eine Tugend, eine Geisteshaltung, eine Neigung zu Güte, Vertrauen und Gerechtigkeit.“

Baruch Spinoza, niederländischer Philosoph (1632-1677)

## Personen

### UNIVERSITÄT

Professor Dr. Thomas Hillen-kamp von der Universität Osnabrück hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Heidelberg erhalten.

### WAHL

Die Stiftung Schlesien mit Sitz in Hannover hat den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, zum neuen Vorsitzenden des Stiftungsrates gewählt. Hupka löst den Bielefelder Rechtsanwalt und Notar Franz Maeder ab, der nicht mehr zur Wahl zur Verfügung stand.

### GEBURTSTAG

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) wird ihren langjährigen früheren Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Hermann Kunst, am 21. Ja-

nuar mit einem Empfang in Bonn ehren. An diesem Tage wird Kunst, der nach dem Krieg auch der erste Militärbischof der Bundeswehr geworden ist, 80 Jahre alt. Eingeladen hat zum Geburtstagsempfang der heutige Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Dr. Martin Kruse. Hermann Kunst erhielt zunächst eine Bankausbildung, ehe er sich der evangelischen Theologie verschrieb. Als späterer Superintendent in Herford und Stellvertreter des Präses der Westfälischen Landeskirche kam er bald mit dem nationalsozialistischen Regime in Konflikt. Während des Zweiten Weltkrieges war er Divisionspfarrer. Als der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 1949 einen Beauftragten an den Sitz der Bundesregierung entsandte, wählte man ihn. Dieses Amt hatte Kunst bis 1977 inne. Neben der Sorge um das Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen hat Hermann Kunst auch

in vielen anderen Bereichen Engagement gezeigt, so als Vorsitzender des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen, als Vorsitzender der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe und als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Aufbaugesellschaft Espelkamp.

### EHRUNGEN

Oswaldo Rubilar Aguayo (38), Vorsitzender des Kolpingwerks in Chile, erhält den Adolf-Kolping-Preis 1986. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis soll im Mai 1987 übergeben werden, wenn Rubilar Aguayo aus Anlaß eines entwicklungspolitischen Kongresses des Kolpingwerks in die Bundesrepublik Deutschland kommt.

\*  
Für seine vorbildlichen ehrenamtlichen Aktivitäten im gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen

und kulturellen Bereich wurde dem norwegischen Honorargeneralkonsul in Stuttgart, Hans Joachim Schmidgen, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der 65 Jahre alte Schwabe, Inhaber der Firma Haidle und Maier KG, Pharmazeutische Artikel, steht seit 1971 im ehrenamtlichen Dienst des skandinavischen Königreiches.

### RAUMFAHRT

Die Sowjetunion hat die Namen der Mannschaften für einen gemeinsamen sowjetisch-syrischen Raumflug im nächsten Jahr bekanntgegeben. Kommandant der ersten Crew soll der sowjetische Kosmonaut Alexander Wiktorowitsch sein. Alexander Alexandrow soll der Mannschaft als Bordingenieur angehören, der Syrer Mohammed Achmed Faris als Wissenschaftskosmonaut. Die zweite Crew setzt sich aus dem sowjeti-

schen Kommandanten Anatolij Solowjow, Bordingenieur Wiktor Sawinych, und dem Syrer Munir Habib Habib zusammen.

### GESTORBEN

Der Komponist Conny Odd ist im Alter von 70 Jahren in Leipzig gestorben. Der gebürtige Leipziger, eigentlich Carl Ernst Ortwein genannt, hatte unter anderen bei Johann Nepomuk David (Komposition) studiert. Seine Laufbahn begann er als Konzertpianist. Unter dem Pseudonym Conny Odd wurde er zu einem erfolgreichen Musikkomponisten. Zu seinen bekanntesten Werken gehören „Zum Glück hat sie Pech“, „Alarm in Port l'Evêque“ sowie „O lala Mademoiselle“. Mehr als 100 Hörspiel- und über 50 Filmmusiken, Chansons, Chordlieder und andere Kompositionen gehören zu seinem Werk.



Letzte Gelegenheit  
im alten Jahr:  
jugendlich-sportliche Rotfuchs-  
Jacken, **1.950,-**, weiche Bisam-  
Wammen-Jacken, **2.250,-**, aktuelle  
Nutria-Mäntel, **2.450,-**, junge  
Blaufuchs-Mäntel, **2.900,-**,  
schicke Waschbär-Mäntel, **5.900,-**,  
Dark-Nerz-Mäntel aus unseren  
Meister-Ateliers, **8.900,-**.  
Bis gleich bei Boecker.

Boecker

Die Boecker Gruppe: Das sind die Partnerunternehmen der Welt.

Essen-Hamburg Bremen Hannover Frankfurt Koblenz Köln Bonn Düsseldorf-Duisburg Krefeld Mönchengladbach Gelsenkirchen Bochum Castrop-Rauxel Dortmund Hagen Hamm Bielefeld Remscheid M.



## Vanunu vor Gericht: Ich bin unschuldig

Prozeß vertagt / Atomtechniker völlig abgeschirmt

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die gestern unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Jerusalemer Bezirksgericht eröffnete Hauptverhandlung gegen den israelischen Atomspion Mordechai Vanunu wurde bereits nach anderthalb Stunden um sechs Wochen vertagt. Vanunus Verteidiger, Amon Sichroni, sagte später, sein Mandant habe sich gegenüber dem vorsitzenden Richter Eliahu Noam für nicht schuldig erklärt.

Mehr wurde über den ersten Verhandlungstag nicht bekannt. Den vor dem Gerichtsgebäude wartenden Journalisten erklärte Sichroni, es sei eine totale Nachrichtensperre über den Prozeß verhängt worden.

### Fenster zugemalt

Um Vanunu nicht wieder eine Möglichkeit zu geben, gegenüber der Presse Angaben über die Art und Weise seiner Entführung nach Israel zu machen, wurde Vanunu diesmal von den etwa 100 Reportern und Fotografen völlig abgeschirmt. Der Polizeiwagen brachte ihn schon um 7.30 Uhr morgens zum Gericht. Die Fenster des Wagens waren weiß übermalt worden, so daß Vanunu nicht zu sehen war. An Händen und Füßen gefesselt, wurde er durch einen Seiteneingang in einen Verhandlungssaal im dritten Stock geführt, während bewaffnete Grenzschutzleute den Reportern den Weg versperrten.

Bei der vorigen Sitzung, vor mehr als einer Woche, hatte Vanunu seine Bewacher überlistet und auf seine Handfläche geschrieben: „Ich wurde in Rom entführt. Ich kam nach Rom mit British Airways 504 am 30. September.“ Die Hand hatte er bei der Ankunft vor dem Gerichtsgebäude an das Wagenfenster gepreßt, wo ihn die Presse lesen konnte. Diesmal wollten die Bewacher kein Risiko eingehen: beim Verlassen des Gebäudes hielten sie einen Jutesack vor Vanunus Gesicht und einen roten Regenschirm über ihm. Die israelische Zeitung „Chadashot“ brachte eine Karikatur des gefesselten Vanunu, wie er vor den Medien als einzig übriges Körperteil sein Gesicht entblößt, auf das er vorher mit Tinte eine Botschaft geschrieben hatte.

Vier Studentinnen der Hebräischen Universität, die sich als Mitglieder der „Anarchistischen Gesellschaft“ bezeichneten, nahmen eine

Weile mit geknebelten Mündern vor dem Gerichtstor aufstellung. „Wir alle sind Vanunu“, sagten sie und: „das ist der Zweite, den das jüdische Volk gekreuzigt hat.“

Vanunu steht unter der Anklage der „Hilfestellung an den Feind“ sowie der „Spionage unter erswerenden Umständen“. Fachleute bezeichnen seine Tat als den „schwersten Schlag, den die israelischen Sicherheitsinteressen je erlitten haben“. Dem Atomtechniker drohen lebenslange Haft und in einem Anklagepunkt sogar die Todesstrafe. Nach Auskunft von Juristen wird sie aber nur verhängt, wenn Israel sich in akutem Kriegszustand mit einem Nachbarland befindet.

Der Angeklagte, vormals Techniker bei der geheimen israelischen Atomforschungsanstalt bei Dimona in der Negev-Wüste, hatte der Londoner Zeitung „Sunday Times“ eine mit 50 Fotos belegte, detaillierte Schilderung der Anstalt übergeben und behauptet, Israel stelle dort Plutonium aus Uranium her. Das Plutonium sei für Bomben geeignet. Die Regierung in Jerusalem hat diese Darstellung allerdings nicht bestätigt.

Die israelischen Behörden haben auch Vanunu's Version über den Ort seiner Entführung nicht bestätigt. Aus seiner Darstellung geht jedoch hervor, daß er aus Großbritannien nicht ent-, sondern verführt wurde – vermutlich durch die mysteriöse Cindy, eine Agentin des israelischen Geheimdienstes Mossad, die „zufällig“ am Londoner Leicester Square mit Vanunu ins Gespräch kam und dann mehrere Tage lang seine ständige Begleiterin wurde. Dies würde die Behauptung der israelischen Regierung bestätigen, daß Vanunu britischen Boden legal verlassen habe.

### Flug nach Rom bestätigt

Die italienische Regierung hat unterdessen von Israel eine Erklärung zur Behauptung Vanunu's verlangt, er sei in Rom entführt worden. Italienische und britische Zeitungen hatten am Samstag gemeldet, Vanunu sei tatsächlich am 30. September mit der British Airways von London nach Rom geflogen. „La Stampa“ und „Corriere della Sera“ beriefen sich auf eine Mitteilung der Fluggesellschaft an die italienischen Behörden. (SAD)

## „Wir haben das Flugzeug nicht gestürmt“

AFP, Riad

Riad hat Behauptungen zurückgewiesen, wonach die saudiarabische Armee das am Donnerstag entführte irakische Flugzeug Stunden nach der angeblich von der Luftwaffe erzwungenen Landung gestürmt habe. Diese Vorwürfe hatte die Gruppe „Islamische Revolutionäre Bewegung – Irakische Sektion“ (MIR) erhoben, die sich neben anderen Gruppen der Entführung bezichtigt hatte. Die MIR hatte in Beirut erklärt, die saudische Luftwaffe habe das Flugzeug abgefangen und zur Landung auf dem Flughafen von Arar gezwungen. Durch einen Sturmangriff auf die Maschine sei Stunden danach „das Masaker“ verursacht worden. In Riad hieß es dagegen, die Flughafenbehörde habe einen Notruf erhalten, wobei der Bordkommandant keine Gründe für die Notlandung genannt habe. Saudi-Arabien habe „sodort jede Form humanitärer Hilfe“ geleistet, die der Islam vorschreibe.

Die Zahl der Todesopfer hat sich möglicherweise um zwei auf 64 erhöht. Der jordanische Informationsminister Chatib gab an, weitere zwei der Flugzeuginsassen seien vermutlich ihren Verletzungen erlegen.

## Ende des Streiks ist nicht abzusehen

dpa, Paris

In Frankreich ist noch kein Ende des seit zehn Tagen andauernden Eisenbahnstreiks abzusehen. Das öffentliche Verkehrswesen wird heute durch einen neuen Teilstreik beim Personal der Metro und den Bussen in Paris zusätzlich gelähmt. Nur ein Viertel des Eisenbahnverkehrs kann wegen des Ausstandes, der der längste seit 1968 ist, noch abgewickelt werden. Erst morgen sind wieder erste Kontakte zwischen der staatlichen Bahngesellschaft SNCF und den Gewerkschaften geplant. Landesweit sind am Wochenende mehrere Streikkomitees gegründet worden, die neben den Gewerkschaften mit der SNCF verhandeln wollen. Die Regierung wird nach Angaben von Verkehrsminister Maignier jedoch noch nicht direkt in den Konflikt eingreifen. Premierminister Chirac befürchtet aber, daß der Streik die Erfolgs seiner Stabilitätspolitik gefährden könne.

## „Moskaus Bereitschaft zum Frieden beschränkt sich auf leere Worte“

Reagan fordert Rückzug aus Afghanistan / Weltweiter Protest / Kreml spricht von Einnischung

DW, Washington/Moskau

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat Moskau am siebten Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan indirekt vorgeworfen, nicht an einem Ende des Krieges interessiert zu sein. In einer vom Präsidentsamt in Washington veröffentlichten Erklärung hieß es, die angebliche Bereitschaft Moskaus zum Frieden in Afghanistan beschränke sich auf leere Worte und Gesten. Der Abzug weniger sowjetischer Regimenter im Oktober sei ein Täuschungsmanöver und könne das Ende des Krieges nicht näher bringen.

### Kritik aus Peking

Reagan machte zugleich deutlich, daß sich die Vereinigten Staaten einer politischen Lösung des Konflikts nicht in den Weg stellen würden. Es sei allerdings Sache der Sowjets, einen realistischen Zeitplan für den Abzug ihrer Truppen vorzulegen.

In seinem Appell an Moskau, die Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen, wurde der US-Präsident von vielen Staaten unterstützt. So erklärte das Außenministerium in Peking, der Schlüssel zur Lösung der Afghanistanfrage liege in einem raschen Abzug der sowjetischen Verbände.

Die sowjetische Führung dagegen sieht die Verantwortung für die Besetzung Afghanistans in Washington. In einem Kommentar von Radio Moskau stellte der Kreml fest, die USA müßten endlich aufhören, „sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen“.

Den Bürgern in der Sowjetunion will Moskau durch entsprechende Presseberichte offenbar suggerieren, daß der Widerstand in Afghanistan immer mehr nachläßt. In einem Kommentar der „Prawda“ hieß es gestern, immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung schlossen sich dem „friedlichen Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“ an. Etwa 13 000 Rebellen hätten 1986 die Waffen niedergelegt.

Die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija“ hatte am Samstag von einer angeblichen Stabilisierung der politisch-militärischen Situation berichtet. Auch die ersten Wahlen lokaler Regierungsorgane sowie die Tatsache, daß politische Persönlichkeiten ohne Parteizugehörigkeit in der Regierung mitarbeiteten, seien positive Veränderungen.

Afghanische Flüchtlinge dagegen, die zum siebten Jahrestag der Besetzung weltweit Protestveranstaltungen organisiert hatten, schilderten ei-

ne völlig andere Situation. Auf einer Kundgebung in Frankfurt wies ein Sprecher der Islamischen Allianz der afghanischen Mudschahedin darauf hin, daß seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1,5 Millionen Menschen auf grausamste Weise getötet worden seien.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, sprach in Bonn davon, daß es der Sowjetunion trotz der Verwendung heimtückischer Waffen und der Angriffe auf die Zivilbevölkerung nicht gelungen sei, den Widerstand des afghanischen Volkes zu brechen. Eher scheine es so, daß sich die Auflehnung vergrößere. Der SPD-Politiker forderte Moskau auf, den „leidvollen Krieg zu beenden“.

### Appell an die UNO

Der rüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, forderte die Vereinten Nationen auf, darüber nachzudenken, ob es nicht Wege gebe, die Grundregeln der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zur Beurteilung des Vorgehens der Sowjets in Afghanistan heranzuziehen. Ein „Nürnberg II“ würde Moskau Maßstäben unterwerfen, die es selbst mitbeschlossen habe.

## Castro geht auf Sparkurs

DW, Havanna

„Magere Jahre“ prophezeite der kubanische Regierungschef Fidel Castro von 1987 an. Gleichgültigkeit, Verschwendung und andere schlechte kubanische Gewohnheiten, die noch aus der Zeit vor der kommunistischen Revolution (1956 bis 1959) stammten, sollten abgelegt werden. Unter anderem sollen Schüler und Studenten in der Landwirtschaft stärker mitarbeiten und der Kraftstoffverbrauch gesenkt werden. Hintergrund der Sparbeschlüsse: Castro befürchtet, daß Kubas Devisenreserven durch den Verfall des Rohöl- und Zuckerpreises um die Hälfte schrumpfen könnten. 80 Prozent der Devisen stammen aus dem Export von Zucker, dessen Produktion unter der Trockenheit leidet.

## ANC-Mitglied erschoss Polizisten

rrt, Johannesburg

Ein Untergrundkämpfer des in Südafrika verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) hat nach Polizeiangaben nach seiner Festnahme zwei weiße südafrikanische Polizisten erschossen und ist geflohen. Wie ein Polizeisprecher weiter mitteilte, war der Mann nach einem Feuergefecht in der Nähe der Nordgrenze festgenommen worden, nachdem Sicherheitskräfte drei Guerillas getötet hatten. Während des Transports nach Messina in der Provinz Transvaal habe der Mann eine geladene Waffe ergreifen können und seine beiden Bewacher umgebracht. Nach Informationen der Armee gehörte das ANC-Mitglied zu einem Kommando, das aus Simbabwe gekommen sei, um in Südafrika Minen zu legen.

## SPD: Die Union rückt nach rechts

AP, Bonn

SPD-Politiker sollen im Wahlkampf hervorheben, daß die Regierung Kohl „den Rückfall in neonationalistische Ideologie“ fördere. Diesen Rat gab jetzt die Parteispitze. Kohls „unsägliches Auftreten“ in Israel oder der Auftritt vor den SS-Gräbern in Bitburg, hätten die Tabugrenzen gesenkt und antisemitische Tendenzen wieder aufleben lassen, heißt es in einem Schreiben. Ein Geschichtsverständnis werde salonfähig, das das Vertrauen der Nachbarn erschüttere. Die SPD-Bundestagskandidaten sollen auch darlegen, daß Bundespräsident von Weizsäcker sich „herablassende Belehrungen aus dem Unionslager gefallen lassen“ müsse. Das Fazit bleibe: „Die CDU/CSU rückt nach rechts.“

## Irak feiert „endgültigen Sieg“ über Iran

AFP/rrt, Bahrain

Die militärische Lage im Golfkrieg ist nach der jüngsten Offensive Teherans an der Südfont unklar. Nach irakischen Angaben sind während der Kampfhandlungen 90 000 iranische Soldaten getötet oder verwundet worden.

In einem Kommuniqué des irakischen Oberkommandos hieß es, mehr als 32 000 iranische Gefallene wurden alleine bei der iranischen Offensive im Bereich des Siebten Armeekorps in der Nähe von Basra registriert, während bei Kampfhandlungen im Bereich des Dritten Armeekorps 60 000 iranische Soldaten getötet oder verletzt worden seien.

Irak hat den „endgültigen Sieg“ über die iranischen Truppen gefeiert. In den Straßen der zweitgrößten Stadt Basra fanden aus diesem Anlaß Umzüge statt, während in Bagdad 21 Salutschüsse abgefeuert wurden.

Iran bezeichnete die irakischen Angaben als Propaganda-Übertreibungen. In einer von der iranischen Nachrichtenagentur IRNA verbreiteten Meldung hieß es, bei der Offensive unter dem Decknamen „Karbala 4“ seien 9500 Iraker verwundet oder getötet worden.

## „Freie Hand“ für Reagans Berater

AP, Brüssel

Der von US-Präsident Ronald Reagan zu seinem Sonderberater in der Iran-Waffen-Affäre berufene Diplomat David Abshire hat nach eigenen Worten „völlig freie Hand“ bekommen, um die Reaktionen des Weißen Hauses auf die Untersuchungen durch Kongressausschüsse und andere Stellen zu koordinieren. Der amerikanische Botschafter bei der NATO sagte in Brüssel, dies sei in einer Reihe von Unterredungen mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, klargestellt worden.

Abshire, der den Rang eines Kabinettsmitgliedes verliehen bekam, erklärte weiter, er habe sowohl Regan als auch dem Präsidenten deutlich gemacht, daß er gegen eine eigene Untersuchung des Weißen Hauses über die Waffenlieferungen an Iran und die Abzweigung von Geldern an die nicaraguanischen Contras sei.

# In der Diskussion um die Zukunft wurde

So sahen Wirtschafts-Journalisten 1986 die unternehmerischen Aufgaben und Aktivitäten der Post. Hier ein kleiner Querschnitt durch die entsprechenden Veröffentlichungen:

»Bundespost und Fernmelde-Industrie rüsten für die Zukunft. Mit ihrer digitalen Kommunikationstechnik wollen sie auch im internationalen Geschäft mithinschen.« (Wirtschaftswoche 31.1.86)

»Die Investitionen für digitale Fernmelde-netze und -dienste sind eine zentral bedeutende gesellschaftliche Daseinsvorsorge.« (Wirtschaftswoche 7.3.86)

# 1986 stets eine Reihe erfolgreicher

»Im Windschatten einer innovativen Post-Strategie wollen deutsche Anbieter verlorengewonnenes High-Tech-Terrain zurückgewinnen.« (Wirtschaftswoche 14.3.86)

»Milliarden für Satelliten, Glasfasern und Elektronik – Postminister Schwarz-Schilling schafft jetzt die Voraussetzung für Wachstum in der deutschen Fernmelde-Industrie.« (Impulse 6/86)

»Der Telekommunikation kommt eine Lokomotiv-Funktion für die Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft zu.« (Capital 2/86)

»Eine entscheidende Mitstreiterrolle kommt auf diesem Markt der Bundespost zu, die der Industrie den heimischen Markt erst öffnet muß.« (Capital 7/86)

# Unternehmen genannt. Die Post ist dabei.

Unternehmen Post. Unsere wichtigste Dienstleistung heißt Zukunftssicherung.

Wenn Sie mehr wissen möchten, schreiben Sie uns. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Postfach 8001, 5300 Bonn 1.

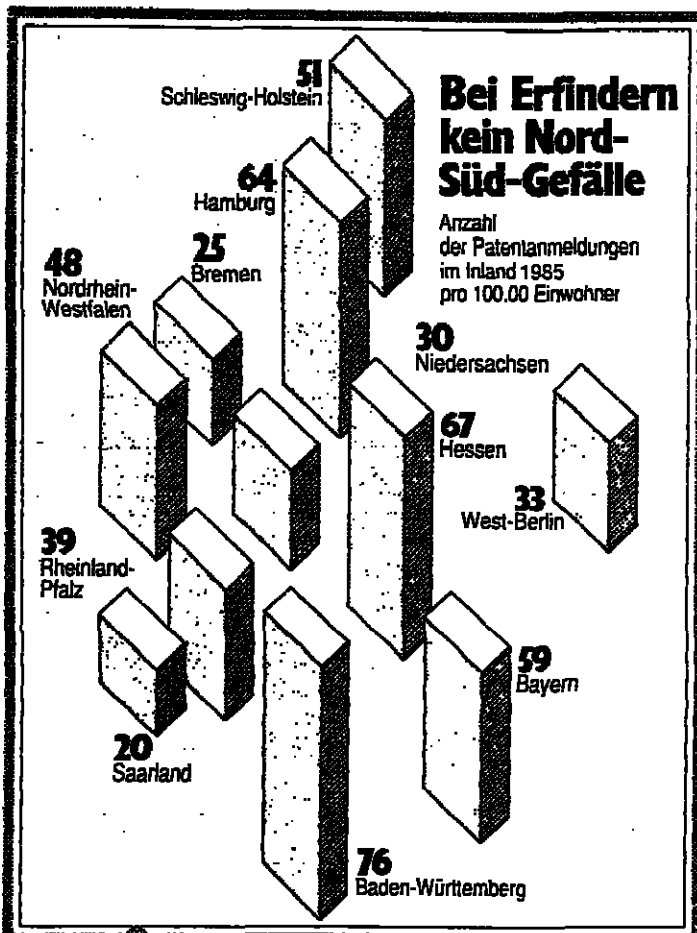
»Gelber Riese bringt Vorleistungen für Dienste und Techniken von morgen.« (Handelsblatt 1.10.86)

»Information schafft neue Märkte. Nur wer die besten Informationsnetze bieten kann, hat heute im internationalen Marktgeschehen noch eine Chance. Die Bundespost hat diese Herausforderung angenommen. Beim Vormarsch der neuen Telekommunikationstechnik nimmt die Post eine Schlüsselstellung ein.« (Rhein. Merkur 1.7.86)

# Unternehmen Post.

Post





Deutschlands Patentämter sind im Süden der Bundesrepublik gut besetzt. Das Bundesland Baden-Württemberg, vor zwanzig Jahren noch hinter Nordrhein-Westfalen auf Rang zwei der Anmeldestatistik, hat sich nun mit 76 Patenten je 100 Einwohner klar an die Spitze gesetzt.

QUELLE: IWO

## WELTWIRTSCHAFT

**Großbritannien:** Eine kalte Dusche für die Regierung Thatcher bringen die Wirtschaftsprognosen von 18 Verbänden. Nur bei den Wachstumsaussichten von 2,7 und 3 Prozent besteht eine grobe Übereinstimmung. (S. 10)

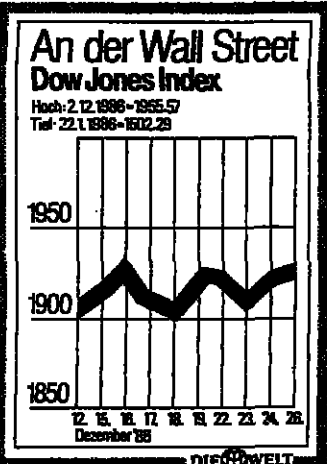
**Frankreich:** Der Außenhandel bleibt die Achillesferse, denn die Exportschwäche behindert eine bessere Entwicklung. (S. 10)

**Ägypten:** Der Internationale Währungsfonds soll einem Überbrückungskredit von 800 Mill. Dollar zugestimmt haben, meldet die Tageszeitung „Al Achbar“. Das Land ist mit mehr als 38 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet.

**Mexiko:** Die Wirtschaft ist nach Ansicht der Uno-Wirtschaftskommission auf dem Niveau von „traditionell armen Ländern“ gesunken. Das Bruttoinlandsprodukt ist 1986 um etwa 4 Prozent geschrumpft.

**Japan:** Mit 0,9 Prozent wird die niedrigste Inflationsrate seit 30 Jahren ausgewiesen.

## FÜR DEN ANLEGER



**Börsen:** Am 2. Weihnachtstag waren nur wenige Plätze geöffnet. Wall Street tendierte behauptet; in Tokio und Paris ging die Tendenz leicht nach oben; in Singapur waren die Kurse kaum verändert; Madrid war leicht nachgegeben.

**Konjunktur:** Bundesbankpräsident Pöhl sieht gute Chancen, daß sich die moderate deutsche Aufwärtsentwicklung fortsetzt.

**Bankhaus Bär:** Es ist Zeit, gegen die amerikanische Politik Sturm zu laufen, heißt es in einer Analyse. Die Frage sei, ob die Welt nicht wenigstens teilweise auch ohne Dollar leben könne. (S. 10)

## MÄRKTE & POLITIK

**Wein:** Der Jahrgang 1986 verspricht gute Qualität. Nur beim Weinabsatz verlief nicht alles nach den Vorstellungen der Winzer. (S. 11)

**Benzin:** Niedrige Preise für Benzin und Heizöl auf dem durchschnittlichen Niveau dieses Jahres erwartet BP-Chef Hellmuth Buddenberg. Bei allen Energieträgern gebe es eine gesicherte Versorgung.

**Pepsi-Cola:** Einen Rekordabsatz von über einer Milliarde Flaschen hat der US-Getränkekonzernt in diesem Jahr in der UdSSR mit nunmehr 17 Abfüllanlagen erreicht. (S. 10)

## UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**Gerling Rück:** Die Muttergesellschaft mußte mit 29 Mill. DM noch einmal die technischen Auslandsverluste ausgleichen, aber ein Ende der Durststrecke ist abzusehen. (S. 11)

**Raschig:** Das Chemieunternehmen soll in eine AG umgewandelt werden. Auf lange Sicht ist auch der Gang der Familienfirma mit 800 Mitarbeitern und 220 Mill. DM Umsatz an die Börse vorgesehen.

**Taylor:** Noch nicht zufrieden mit der Umsatzrendite zwischen 1 und 3 Prozent ist das Computerunternehmen. Man fühlt sich aber für die Verschärfung des Wettbewerbs gut gewappnet. (S. 11)

## WER SAGT'S DENN?

Wer schon die Übersicht verloren hat, muß wenigstens den Mut zur Entscheidung haben. Büroweisheit

## Im deutschen Schiffbau ist 1987 kein Ende der Krise abzusehen

Werftenindustrie fordert ein Anheben der staatlichen Hilfen auf EG-Niveau

JAN BRECH, Hamburg

In der deutschen Schiffbauindustrie sind die Beschlüsse der EG bekräftigt worden, die Beihilfen für den Bau von neuen Schiffen auf einen Höchstbetrag von 28 Prozent der erzielbaren Marktpreise zu begrenzen. Damit werden künftige Beihilfen, so wird erklärt, in einzelnen Mitgliedsländern aufgrund von Ausnahmeregelungen Beihilfen von mehr als 50 Prozent der Preise geleistet werden. Gleichzeitig fordern die Werften, daß in der Bundesrepublik die staatlichen Hilfen auf das EG-Niveau gebracht werden. Bislang rangiert die deutsche Werftenindustrie am Ende der internationalen Subventionskala.

In der neuen EG-Richtlinie, die zum Jahresbeginn 1987 wirksam wird, sieht die Werftenindustrie außerdem ein Signal an die Konkurrenten Japan und Korea, mit dem Kapazitätsabbau Ernst zu machen. An den Auftragsengpässen dieses Jahres, die mit 12 bis 13 Mill. BRT etwa auf Vorjahreshöhe liegen, sind die Werften mit rund 40 Prozent beteiligt, die Koreaner mit rund 25 Prozent.

Der Druck einer drastisch zurückgehenden Nachfrage, gekoppelt mit der Yen-Stärke, hat in Japan inzwischen den international geforderten

Kapazitätsabbau-Prozess ausgelöst. Die Empfehlung der Regierung, die Kapazitäten um 20 Prozent zu reduzieren, dürfte einer realistischen Einschätzung weichen, nach der allein die Großwerften mindestens 30 bis 40 Prozent ihrer Anlagen stilllegen müssen. Anfang 1987 soll in Japan ein Krisenkartell für die Werften gegründet werden. Ob und in welchem Maß die mit hoher staatlicher Hilfe aufbaute koreanische Werftenindustrie ihre Kapazität der Nachfrage anpassen wird, ist noch nicht erkennbar.

In der deutschen Werftenindustrie, die 1986 durch spektakuläre Zusammenbrüche ihren Krisenfall dokumentiert hat, wird die Lage zur Jahreswende 1986/87 noch pessimistischer als vor einem Jahr beurteilt. Auf der internationalen Schiffbau-Latesten als Schock: die Riesenpleiten fernöstlicher Reedereien und der United States Lines, die durch den Ausfall eines „Rund-um-die-Welt-Dienstes“ mit zwölf hochsubventionierten Containerschiffen einen ruinösen Ratenkrieg ausgelöst hatten. Die Neigung bei den Reedern, neue Schiffe zu bestellen, und bei Banken, entsprechende Finanzierungen beizustellen, ist noch geringer geworden.

Für dieses Jahr erwarten die deutschen Werften weitere Beschäftigungseinbußen. Die Zahl der Mitarbeiter dürfte noch einmal um zehn Prozent und der Neubau-Umsatz um 15 bis 20 Prozent zurückgehen. Auch weitere Konkurse werden als sicher angenommen. Im Jahr 1986 haben die deutschen Werften 84 Schiffe im Wert von 2,6 Mrd. DM abgeliefert; das entspricht einem Minus von neun Prozent. Die Auftragseingänge erreichten 1,5 Mrd. DM, wovon ein großer Teil nur dank massiver staatlicher Sonderhilfen hereingenommen werden konnte. Die Mehrzahl der Werften weist für 1987 erhebliche Auftragslücken auf.

Neben dem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage weisen die Schiffbauer auf weitere Negativentwicklungen hin. Da sind einmal die Preise, die heute 30 bis 35 Prozent unter den Kosten liegen. Zum anderen sehen die Werften erhebliche Risiken in der Wechselkursentwicklung. Die Währung des Preisführers Korea schwankt mit dem Dollar. Schließlich wird die Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die Werbetriebe als „Katastrophe“ angesehen.

## Ein Goldrausch ist kaum zu erwarten

Nur ein noch stärker abgewerteter Dollar wird zu größeren Preiserhöhungen führen

H.A. SIEBERT, London

Sinkende Inflationsraten, gekoppelt mit global gebremstem Wirtschaftswachstum und hohen Realzinsen, sind nicht der Boden, auf dem sich der Goldmarkt voll entfalten kann. Mit größeren Preiserhöhungen ist deshalb nur zu rechnen, wenn der Dollar als dominierender Reservewährungsmittel unter Abwertungsdruck gerät und die Spekulation das Kaufklima anheizt.

Auf diesen Nenner brachte der Vorstandsvorsitzende der Londoner Consolidated Gold Fields, Rudolph Agnew, die Sorgen seiner Branche. Nach seiner Einschätzung wird 1987 etwa genausoviel Gold angeboten werden wie in diesem Jahr. Dabei wird die höhere Produktion im Westen durch einen leichten Rückgang der Ostblock-Verkäufe ausgeglichen. Nicht wiederholen werden sich nach seiner Ansicht Großkäufe, wie sie im

ersten Halbjahr von Japan getätigt wurden, das erhebliche Mengen Gold hauptsächlich von den USA erwarb und für die Prägung der Kaiser-Münze verwendete.

Folgt man Agnew, dann haben die westlichen Produzenten in den vergangenen fünf Jahren den Goldaustausch um ein Viertel erhöht. Eine Ausweitung um die gleiche Menge bis 1992 ist nach seinem Urteil praktisch garantiert. Da staatliche Aufkäufe kaum noch stattfinden würden, wachse aber gleichzeitig die Besorgnis, ob der Markt die zusätzliche Förderung auch aufnehmen könne, betonte Agnew.

In diesem Jahr hat, so der Chef der Consolidated Gold Fields, die Branche davon profitiert, daß wegen der Dollarschwäche ein Teil der Kursgewinne an den Aktienmärkten in Gold angelegt worden ist. Seit Mitte des

Jahres hätten diese Investitionen die Nachfrage wieder stabilisiert.

Zudem hat neben Japan, das im Jahr 1986 seinen Hirohito-Jubiläumsmünze mehr als 600 Tonnas des Edelmetalls und damit fast die Hälfte der Welt-Neuproduktion von Gold kaufte, auch Südafrika den Goldpreis stabilisiert, wenn auch nur indirekt. Denn Gerüchte über einen möglichen Gold-Exportboykott der Kap-Republik als Antwort auf Sanktionen der westlichen Industrieländer ließen den Goldpreis im Sommer deutlich anziehen.

So stieg er im September – auch im Gefolge der Hausse bei Platin – kurzfristig auf über 440 Dollar je Feinunze. Gegenwärtig liegt der Preis bei 391 Dollar. Anfang 1980 hatte der Goldpreis mit 850 Dollar seinen Rekordstand erreicht.

## Wall Street: Neue Steuergesetze brachten Umsatz

gb. New York

Die amerikanischen Aktienmärkte erleben eine sehr ruhige Weihnachtswoche. Der einzige Faktor, der überhaupt für etwas Umsatz sorgte, war die bevorstehende Änderung der Steuergesetze. Sie ist für den Aktienmarkt in diesen Tagen vor dem Jahreswechsel insofern von Bedeutung, als Kapitalgewinne aus langfristigen Anlagen, die bisher zum Vorzugsatz von 20 Prozent versteuert werden konnten, vom nächsten Jahr an wie normales Einkommen behandelt werden. Dies führte vor allem an den Tagen vor Weihnachten zu Umsätzen von einiger Bedeutung, weil viele Anleger ihre Gewinne realisierten, um noch in den Genuß des niedrigen Steuersatzes zu kommen. Vielfach wurden die gerade verkauften Papiere sofort zurückgekauft.

Am Freitag warteten die Märkte dann doch noch mit einem Rekord an, wenn auch einem negativen: Den geringsten Umsätzen seit Jahren. Nur 48,9 Millionen Shares wechselten die Besitzer. Die Entwicklung der Indizes spiegelt den Wochenverlauf. Während der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenvergleich um 1,55 auf 1380,40 Punkte stieg, gaben die breiter angelegten Indizes der NYSE und von Standard & Poors leicht um 1,51 auf 141,14 Punkte und um 2,81 auf 246,92 Punkte nach.

## AUF EIN WORT



„Wettbewerb ist eine harte, teilweise unbekannte Sache. Aber die gesamte deutsche Automobilindustrie ist nur darum in einer so hervorragenden Verfassung, weil sie sich stets dem Wettbewerb auf den Weltmärkten ausgesetzt hat.“

Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München.  
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

## Experten rechnen mit weiterem Dollar-Schwund

gb. Washington

Der Kurs des Dollars, der seit der berühmten Konferenz im New Yorker Plaza-Hotel im September vergangenen Jahres zwischen den USA und seinen wichtigsten Handelspartnern gegenüber dem japanischen Yen um 33 Prozent und gegenüber der Mark um rund 30 Prozent gefallen ist, wird im nächsten Jahr wahrscheinlich noch weiter sinken. Diese Ansicht äußert eine Mehrheit von amerikanischen Wirtschaftsexperten zum Jahresende. Allerdings wird allgemein damit gerechnet, daß es sich dabei nur um eine langsame Abwärtsbewegung handeln wird. Vor allem die Deutsche Mark gilt in den ersten Monaten des neuen Jahres als besonders aufwertungsverdächtig. Aber auch gegenüber dem Yen hat der Dollar nach Überzeugung der befragten Experten trotz des Abkommens zwischen Washington und Tokio vom Oktober seinen Tiefstkurs noch nicht erreicht.

Allerdings gibt es unter den US-Wirtschaftsexperten auch eine respektable Minderheit, die nicht auf einen weiteren Fall des Dollars, sondern auf sein Erstarken setzt. Das könnte nach dieser Meinung dann eintreten, wenn die Regierung mit ihrer Vorhersage Recht behält, nach der die US-Wirtschaft nach der Jahreswende Fahrt aufnimmt und das Defizit in der Handelsbilanz deutlich geringer wird.

## Genscher sieht Bedrohung durch die Konzentration

„Mir bereitet die Entwicklung im Einzelhandel Sorge“

gba. Bonn

Eine Änderung der Kartellgesetzgebung und die geplante umfassende Steuerreform müssen nach Meinung von Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher in der nächsten Legislaturperiode schon bald angefaßt werden.

In einem Brief an seine Parteifreunde im Heimat-Wahlkreis Wuppertal schreibt der FDP-Politiker: „Sorge bereitet mir die zunehmende Konzentration im Einzelhandel. Die hier entstehenden Monopole sind eine Bedrohung für viele Selbstständige im Einzelhandel, für Produzenten und für Verbraucher. Sie sind eine Gefahr für die Wettbewerbswirtschaft.“ Er halte deshalb eine Änderung des Kartellgesetzes für „dringend geboten“, schrieb Genscher in einer seiner seltenen Stellungnahmen.

men zu binnenwirtschaftlichen Fragen.

Da die außenwirtschaftlichen Entwicklungen „nur schwer voraussehbar“ seien, müsse alles getan werden, um den Binnenmarkt zu stärken, meint Genscher weiter. Deshalb solle „unmittelbar nach der Bundestagswahl“ über die Steuerreform mit drastischen Steuersenkungen entschieden werden. Investoren wie Verbraucher müßten Klarheit über Umfang und Struktur der Reform haben.

„Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen mittelfristig festliegen, damit ungeachtet außenwirtschaftlicher Entwicklungen das innenwirtschaftliche Vertrauen weiter gestärkt wird. Halbheiten in der Steuerpolitik wie die gegen unseren Willen zustande gekommene Zweistufigkeit der jetzigen Steuerreform: dürfen sich nicht wiederholen.“

## Finanzamt hinkt nach

adl. – Gerade den Mittelständlern und den zahlreichen Kleinunternehmen wird immer wieder nahegelegt, darauf zu achten, daß sie hinsichtlich computergesteuerter oder gestützter Kommunikations- und Produktionsmethoden nicht den Anschluß verpassen. Viele kleine Unternehmen sind auch bereit, den Einstieg in die EDV-Welt mit einem auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen (Personal-)Computer zu wagen.

Daß die Sache für sie einen Haken haben kann, merken sie häufig erst viel später. Oft schon nach zwei, drei Jahren ist die nächste, in der Regel deutlich verbesserte Generation fällig. So schnell spielt freilich das Finanzamt nicht mit. Abschreibungen für derartige Wirtschaftsgüter sind auf fünf Jahre angelegt, und zwar mit linearen Abschreibungen. Das reicht für die Computer, die, wenn die neue Generation auf den Markt kommt, praktisch nichts mehr wert sind, bei weitem nicht aus.

Die kreditgebenden Banken haben das schon lange bemerkt; entsprechend zurückhaltend sind sie, ein derartiges Gerät der vorletzten Bauart als Besicherung für einen Kredit anzuerkennen. Völlig zu Recht, denn ein vernünftiger Gebrauchsmarkt besteht nicht. Dem Kleinunternehmen bleibt da häufig nur das Weiterarbeiten mit unbedingender Ausstattung.

Es sei denn, die Finanzverwaltungen würden endlich die Abschreibungsmöglichkeiten den tatsächlichen Entwicklungen anpassen. Eine Abschreibungsfrist über zwei Jahre oder die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung wäre eine große Hilfe.

## Pariser Börsenwunder

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl die konjunkturelle Entwicklung Frankreichs in diesem Jahr weniger günstig verlief als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten, verzeichnete Paris von allen Weltbörsen den stärksten Kursanstieg. Mit rund 60 Prozent im Jahresvergleich wurde auch ein neuer nationaler Nachkriegsrekord aufgestellt. Dabei waren schon in den letzten Jahren überdurchschnittliche Gewinne verbucht worden. Im Vergleich zu Ende 1981 haben sich die französischen Aktienkurse, am Generalindex der Pariser Maklerkammer (CAC) gemessen, mehr als verdreifacht.

Damals allerdings waren sie unter dem Schock, den der sozialistische Wahlsieg und mehr noch der Eintritt der Kommunisten in die Regierung vor allem im Ausland ausgelöst hatte, tief in den Keller gerutscht. Die gegen den internationalen Trend von Paris verfolgte expansive „Volksbeglückungspolitik“, welche rapide steigende Budget- und Handelsdefizite nach sich zog, hatte weltweit Mißtrauen ausgelöst. Vor allem aber irritierte das gewaltige Verstaatlichungsprogramm der Linken. Erst als sich 1982 herausstellte, daß die Aktionäre sehr großzügig entschädigt werden sollten, und ausländische Interessen (vor allem ausländische Banken) verschont bleiben würden, kam es zum Stimmungsumschwung. Er verfestigte sich in den letzten sozialistischen Jahren unter dem Eindruck einer Austeritätspolitik, deren wichtigstes Ergebnis die Überwindung der Lohn-Preis-Indexierung gewesen ist. Damit wurde die Grundlage für eine Gesundung der völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Wirtschaft geschaffen.

Allerdings hatten auch verschiedene technische Maßnahmen die französischen Aktienkurse beflügelt. Dazu gehörte die vom sozialistischen Wirtschafts- und Finanzminister Berezgoy eingeleitete Lockerung der beherrschenden Preis- und Devisenkontrollen sowie die liberale Reform des Pariser Finanzplatzes. Nicht zuletzt aber hatten die Sozialisten durch ihr rigoroses Mieterschutzgesetz und durch die Aufhebung der anonymen Goldtransaktionen den Franzosen die Freude an Immobilien und am Gold – hier zwei überragende Anlageformen – genommen und damit indirekt das Aktienparen gefördert.

So stellte man sich im letzten Frühjahr nach dem Wahlsieg der Rechten an der Börse die bange Frage, ob die wiedergeschaffene Möglichkeit anonymen Goldtransaktionen nicht zu einem weiteren Anstieg der Kurse führen würde. Die Pariser Börse besaß den Ruf, ein Paradies für Goldhändler zu sein. In der Zwischenzeit hatte sich das Bild jedoch grundlegend geändert. Die Pariser Börse besaß den Ruf, ein Paradies für Goldhändler zu sein. In der Zwischenzeit hatte sich das Bild jedoch grundlegend geändert. Die Pariser Börse besaß den Ruf, ein Paradies für Goldhändler zu sein. In der Zwischenzeit hatte sich das Bild jedoch grundlegend geändert.

aktionen und die Entschärfung des Mieterschutzes keine umgekehrte Entwicklung auslösen würde. Tatsächlich aber kam es zu keiner neuen Flucht in die „Sachwerte“, da inzwischen die französische Inflationsrate stark zurückgegangen war. Vielmehr bewirkte die neue Amnestie für Kapitalflüchtlinge den Transfer von im Ausland illegal unterhaltenen Guthaben in französische Aktien.

Dies mußte schon deshalb Kurssteigerungen bringen, weil der Markt durch die Verstaatlichungen sehr eingegrenzt worden war. Auch hatte sich die Ertragslage der meisten Aktiengesellschaften aufgrund der von der neuen Regierung beschlossenen Steuersenkungen und sozialen Entlastungen sowie der größeren Preisfreiheit und der Zinssenkungen wesentlich verbessert. Schließlich wurde die Phantasie der Anleger durch eine Welle von öffentlichen Übernahmeangeboten beflügelt.

Oft verschafften auch auslän-

dische Aufträge der Pariser Börse besonderen Auftrieb, ohne daß dafür immer stichhaltige Gründe erkennbar waren – es sei denn das Fehlen von Insider-Skandalen. Aber auch die Franzosen selbst finden wohl ständig größeren Gefallen an Aktien – wohl auch deshalb, weil die von ihnen bisher bevorzugten Rentenwerte infolge der Zinsbaisse immer geringere Renditen bringen. So kam es jetzt bei der Privatisierung von Saint-Gobain wie berichtet zu einer 14fachen Überzeichnung und 1,5 Millionen neuen Aktien.

Ist damit die Aktie in Frankreich populär geworden? Das dürfte wesentlich von der weiteren Kursentwicklung abhängen. In dieser Beziehung scheint einige Vorsicht geboten. Denn erstens ist das französische Kursniveau gegenwärtig sehr hoch – manche sagen zu hoch. Zweitens ist Paris besonders stark von Entwicklungen an der sozialen Front abhängig – der Eisenbahnerstreik empfindliche Kursverluste. Drittens lastet schon wieder die Gefahr einer Partitäreinigung – Franc-Abwertung im EWS – über der Börse beziehungsweise eine ersatzweise Zinserhöhung zur Franc-Verteidigung.

## WELT-Gespräch mit Ciba-Geigy-Chef: Chemie muß umdenken

Im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe im Pflanzenschutzlager des Basler Chemiekonzerns Sandoz ist auch der Nachbar Ciba-Geigy in den Verdacht geraten, die Günst der Stunde zur kostengünstigen Entsorgung in den Rhein genutzt zu haben. Der Vorwurf wurde zwar widerlegt, der Vertrauensschaden ist aber da. Über Maßnahmen und Strategien zu seiner Behebung sprach die WELT mit Alexander Krauer, dem designierten Präsidenten der Ciba-Geigy AG.

gemeint ist die Brandkatastrophe beim Basler Konkurrenten Sandoz – hätten allerdings gezeigt, daß auch vorher „unter der Oberfläche schon einiges am Gären war“. Wir haben uns Illusionen über unser Verhältnis zur Öffentlichkeit gemacht.“

Besonders hat die Ciba-Spitze der (inzwischen eindeutig entkräftete) Verdacht geschmeit, das Sandoz-Unglück als Trittbrettfahrer zu eigenen Entsorgung genutzt zu haben. So gehe es jetzt nicht zuletzt darum, auch im Hinblick auf das eigene Verhalten die richtigen Lehren aus dem Geschehen zu ziehen.

das gesamte Sicherheitssystem nach den jüngsten Erfahrungen noch einmal überprüft, wird das eigene große Pflanzenschutzlager zunächst rund um die Uhr überwacht und später wahrscheinlich in kleinere Einheiten ausgelagert, werden auch die Lager der Großabnehmer unter die Lupe genommen, um notfalls die eigenen Produkte daraus zurückzuziehen.

Denn: „Wir können nicht garantieren, daß es gar keine Unglücksfälle und Pannen mehr geben wird. Es wäre kurzfristig, vorzuspiegeln, daß ein Null-Risiko möglich sei. Wenn dann in ein paar Wochen wieder einmal eine Panne passiert, ist das ganze Vertrauen sofort wieder zerstört.“ Für die Akzeptanz des Restrisikos sei es allerdings entscheidend, „ob noch ein Minimum an Dialogbereitschaft in der Öffentlichkeit vorhanden ist.“

Längerfristig hält Krauer aber auch ein generelles Umdenken im

Unternehmen und in der Branche für nötig: „Schon heute sterben bei uns viele Pharmaprodukte auf dem Weg vom Labor zum Markt, weil uns die Nebenwirkungen nicht verantwortlich werden. Diese Denkringung werden wir künftig wohl auch bei den Pflanzenschutzmitteln einschlagen müssen – unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf die Natur.“

Vom Schlagwort der „saften Chemie“ will der künftige Ciba-Präsident dennoch nicht viel wissen. Allerdings: „Wenn man darunter verstehen kann, daß wir Pflanzenschutzmittel mit besserer Abbaubarkeit und geringerer Dosierung anbieten und daß wir alle Möglichkeiten nutzen, den Schadstoffanfall über höhere Ausbeute und damit weniger Nebenprodukte zu minimieren, noch mehr Recycling betreiben und mehr Abfälle verbrennen als deponieren, dann ist das eine Vorstellung, die wir teilen können.“

JOACHIM WEBER, Basel  
„Heute könnte hier in Basel niemand mehr auch nur ein einziges Dioxin aus Seveso verbrennen.“ Deswegen ist sich Alexander Krauer völlig sicher. Denn: „Dazu war das nahezu hundertprozentige Vertrauen der Bevölkerung in die technische Kompetenz der Chemie nötig. Dieses Vertrauen ist jetzt angeschlagen.“  
Die Reaktionen auf den „Vorfall“ –



# Kontrolle für Portfolioverwaltung

## Italiens Zentralbank für eine verschärfte Aufsicht

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die rapide Entwicklung der Vermögensverwaltungen hat jetzt Regierung und Zentralbank in Italien beunruhigt. Die für Bankengeschäfte und die Verwaltung von Investmentfonds geltenden Aufsichtsbestimmungen auch auf diesen Bereich auszudehnen. Zum Teil weit auseinander gehen bislang allerdings noch die Vorstellungen, wie diese Kontrolle im einzelnen ausgeübt werden soll, ohne die Freiheit der Vermögensanlage zu beschneiden.

Gegenwärtig ist die Materie noch sehr ungeordnet. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1939 unterliegen die Gründung und die Aufsicht von Treuhandgesellschaften dem Industrie- und Handelsministerium. Dabei hatte

Um Bewegung in die Materie zu bringen und die Grundlage für ihre vollständige Neuordnung zu schaffen, hat jetzt das Industrie- und Handelsministerium einen Novellierungsentwurf zu dem Gesetz aus dem Jahre 1939 vorgelegt. Er sieht vor, daß die Treuhandgesellschaften, die in dem alten Gesetz gar nicht vorgesehene Portfolioverwaltung betreiben, ein mindestens doppelt so hohes Gesellschaftskapital haben müssen wie normale Aktiengesellschaften. Außerdem darf dieses Kapital nicht niedriger sein als zwei Prozent des gesamten verwalteten Vermögens. Über die Aufsichtsgesetze sagt der Novellierungsentwurf nichts aus. Bekannt ist aber, daß das Industrie- und Handelsministerium ebenso wie das Schatzministerium als oberste Kreditaufsichtsbehörde dafür eintritt, so- wohl die Zulassung als auch die Kontrolle analog zu der der Investmentfonds zu regeln.

Gegen diese vereinfachende Regelung treten geschlossen die Verbände der Treuhandgesellschaften ein. Sie bestehen darauf, alle Treuhandgesellschaften weiterhin unter der Aufsicht des Industrie- und Handelsministeriums zu belassen, die keine Vermögensverwaltung betreiben. Dagegen sollen die Vorstellun- gen dieser Interessengruppen auf die Aufsicht der Bankenaufsicht übertragen werden, die nicht als Treuhandgesellschaften konstituiert sind, in der Praxis aber Portfoliomanagement ausüben.

Das sind inzwischen nicht nur die Wertpapierabteilungen vieler Banken, die die Portfolioverwaltung noch nicht vom normalen Depotgeschäft getrennt haben, wie das jetzt die Zentralbank fordert, sondern auch die Börsenmakler und viele Finanzgesellschaften. Obwohl es das Gesetz ausdrücklich verbietet, betreiben viele Broker inzwischen Portfolioverwaltung hinter dem Schirm des normalen Titeldepots für ihre Kunden.

Nach offiziellen Angaben beliefen sich Ende 1985 die Portfolios, die von Banken, Treuhand- und Finanzgesellschaften verwaltet werden, auf 14 000 Mrd. Lire (rund 21 Mrd. DM). Zum Vergleich: Im gleichen Jahr stiegen die Vermögens der Investmentfonds von 1500 auf 35 000 Mrd. Lire. Inzwischen hat das Vermögen der Investmentfonds weiter auf 65 000 Mrd. Lire zugenommen, während bis zum Jahresende das Portfoliovolumen der "offiziellen" Verwalter auf 40 000 Mrd. Lire steigen dürfte.

# Der Außenhandel bleibt Achillesferse

## Vor allem die Exportschwäche behindert eine bessere französische Entwicklung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Genfer Opec-Beschlüsse werfen düstere Schatten vor allem auf die Wirtschaftsperspektiven Frankreichs. Eine erneute Verteuerung der Ölimporte müßte die französische Handelsbilanz besonders hart treffen. Denn sie könnte in diesem Jahr nur dank der Ölpreise- und Dollar-Baisse, welche die Energierechnung um circa 80 Mrd. Franc entlastete, ihrem Gleichgewicht nahegebracht werden. In den ersten elf Monaten 1988 ging ihr Defizit gegenüber der gleichen Vorjahreszeit aber nur um 18,6 auf 2,6 Mrd. Franc zurück. Ohne die Energiebilanz wäre es um rund 41 Mrd. Franc gestiegen.

Um etwa diesen Betrag ist der Überschuß im industriellen Warenverkehr zurückgegangen. Einerseits hatte sich die Einfuhr von Industrieerzeugnissen, insbesondere von Verbrauchsgütern, stark erhöht, weil die nationale Wirtschaft nicht in der Lage war, den Zuwachs der Binnennachfrage um real 3,25 Prozent voll zu befriedigen. Andererseits blieb der französische Export schwach.

Dabei hatte die letzte Franc-Abwertung

die Ausfuhr zumindest in die Mitgliedsstaaten des Europäischen Währungssystems (EWS) beflügeln sollen, zumal dort die Konkurrenz sehr günstig gewesen war. Dies gilt insbesondere gegenüber der Bundesrepublik, dem größten französischen Auslandskunden, die mit der DM-Aufwertung den französischen Exporteuren zusätzlich entgegenkam. Aber selbst in den letzten Monaten der DM-Stärke hat sich die französische Position auf dem deutschen Markt weiter verschlechtert.

Die Gründe für diese Exportschwäche sind vielfältig: Angst vor dem Risiko, unzureichendes Marketing, geringe Lieferpunktsicherheit, schwache Investitionen in die ausländischen Absatzorganisationen, unzureichender Service, Mangel an Exportmentalität usw. Auch qualitativ gibt es immer noch Probleme und die Preis-Qualitäts-Relation läßt weiterhin zu wünschen übrig.

Zwar ist auch in Frankreich der Preisanstieg stark zurückgegangen und die Inflationsrate übertrifft mit etwas über zwei Prozent inzwischen nicht mehr den OECD-Durchschnitt.

Jedoch hat sich das Inflationsgefälle gegenüber der Bundesrepublik kaum vermindert. Besser steht es um die Lohnkostenentwicklung, nachdem die französische Regierung die Steuern und die sozialen Lasten der Unternehmen gesenkt hat. Dieser Vorteil dürfte sich aber erst allmählich auf den Außenhandel auswirken.

So erwartet die OECD noch bis Mitte 1989 weitere Verluste an französischen Marktanteilen im Ausland wie auch im Inland, obwohl hier der Nachfragezuwachs wegen der steigenden Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung kleiner werden dürfte. Das Defizit der Handelsbilanz (auf cif-fob-Basis) könnte so von 2,75 Mrd. Dollar 1986 auf 4,75 Mrd. Dollar 1987 steigen und der Überschuß der Leistungsbilanz von 3,75 auf 2,25 Mrd. Dollar schrumpfen. Dabei sind unveränderte Ölpreise und Devisenkurse unterstellt.

Selbst unter dieser wohl zu optimistischen Hypothese bleibt der Außenhandel weiterhin die Achillesferse der französischen Wirtschaftspolitik, die zur Dämpfung der Importe auf restriktivem Kurs bleiben muß.

# Kalte Dusche für die Regierung

## Pessimistische Prognosen vieler Konjunktur-Analysten

Sgt. London

Nun gibt es keine Zweifel mehr, daß die konservative Thatcher-Regierung ihre Wirtschaftsprognosen für 1987, mit großer Wahrscheinlichkeit ein Wahljahr, noch einmal überdenken muß. Nach einer Zusammenstellung des Schatzamtes in London sind die Diskrepanzen gegenüber den Voraussagen anderer führender Konjunkturanalytiker zu groß, um einfach ignoriert zu werden. Besonders auffallend sind die Unterschiede bei der Einschätzung der Inflation, des Arbeitsmarktes, des staatlichen Kreditbedarfs, aber auch der Leistungsbilanz.

Die kalte Dusche verabreicht haben 18 bedeutende Einrichtungen, darunter der britische Industrieverband CBI, das Nationale Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Im Durchschnitt sind ihre Zielsetzungen viel pessimistischer als das Zahlenwerk, das Schatzkanzler Nigel Lawson im November vorgelegt hat. Nur beim Realwachstum des Inlandsprodukts - 2,7 statt 3 Prozent

- besteht dagegen eine grobe Übereinstimmung.

Im einzelnen sagen die Institutionen gegenüber 1988 eine Beschleunigung der Teuerung von 3,3 auf 4,9 Prozent, im Vergleich der vierten Quartale voraus, während Lawson an 3,75 Prozent festhält. Bis Ende 1987 fällt die Zahl der Arbeitslosen überdies nicht unter 3,1 Mill., sondern nur von 3,2 auf 3,08 Mill. Drei Gründe gibt es dafür: geburtenstarke Jahrgänge kommen in die Berufswelt, der Trend zur berufstätigen, verheirateten Frau nimmt zu und weniger Bürger wandern ins Ausland ab.

Gleichzeitig nimmt die öffentliche Kreditaufnahme 1988/89 auf 7,7 und 1989/90 auf 9,8 Mrd. Pfund zu. Damit macht im kommenden Fiskaljahr das Plus nahezu 3 Mrd. Pfund aus. Das von 0,5 auf 3,1 Mrd. Pfund wachsende britische Leistungsbilanzdefizit führt nach Ansicht der neutralen Institute zu weiteren Sterling-Abwertungen, dessen Index im Jahreschnitt von 68,2 (1975=100) auf 65,8 sinken wird. Ferner sinken bis Ende 1987 in Großbritannien die langfristigen Zinsen von 10,8 auf 10,1 Prozent.

# Rekord-Absatz in der UdSSR

## Kauf von Pepsi in den meisten größeren Städten möglich

DW, New York

Der Verkauf von Pepsi-Cola in der Sowjetunion hat 1988 einen Umfang von einer Milliarde Einheiten erreicht. Nach Angaben von PepsiCo Inc. kam dieser Rekord-Absatz nach Inbetriebnahme von vier weiteren Pepsi-Abfüllbetrieben zustande. Drei der jetzt 17 Anlagen wurden nach der Unterzeichnung des ersten Einzelhandelsvertrages zwischen den Sowjets und PepsiCo im Jahre 1985 in Betrieb genommen. Mit der Erweiterung belief sich die Produktionskapazität für Pepsi-Cola in der UdSSR auf jährlich über 35 Mill. Kästen.

Pepsi-Cola wird von den staatlichen Betrieben in der Sowjetunion seit 1974 abgefüllt und ist in den Restaurants, Lebensmittelgeschäften und Kiosken der meisten größeren Städte erhältlich. Darüber hinaus wird das Getränk seit Mitte 1986 über besondere Ausschankstellen in Gaststätten und anderen Vertriebsstellen angeboten. Die Flasche mit 350 Millilitern kostet 35 Kopeken oder umgerechnet etwa 45 US-Cent.

Noch vor der Bekanntgabe des Verkaufserfolgs in der UdSSR hatte sich Donald M. Kendall, Vorsitzender des Executive Committee von PepsiCo, anlässlich der Tagung des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates in New York geäußert. Dabei gab er eine Kritik in besonderem Maße der nach seiner Formulierung übermäßigen Betonung politischer Angelegenheiten gegenüber dem Anliegen verstärkter Handelsbeziehungen.

Wir dürfen uns nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß bessere politische Beziehungen zu einer Ausweitung des Handels zwischen Ost und West führen, gab Kendall warnend zu bedenken. Ganz offensichtlich gibt es auch auf der wirtschaftlichen und industriellen Seite noch viel zu tun, fügte er hinzu. Von einer fundamentalen Neuordnung der Wirtschaftsstruktur abgesehen, sei das Joint-Venture-System eine der wenigen Möglichkeiten, die neue und fortschrittlichere Technologie der nichtkommunistischen Welt in den Osten einzuschleusen.

Anzeige

**Ihre berufliche Zukunft beginnt heute.**

Was Sie tun müssen ist, die Chancen zu nutzen, die Ihnen die BERUFS-WELT bietet - mit dem größten überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Jeden Samstag in der WELT. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 030-6060 / zum Ortsamt. Oder Postkarte an: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

**DIE WELT**

Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

der damalige Gesetzgeber aber nur die statische Verwaltung von Vermögen im Auge, nicht die "dynamische" Verwaltung von Portfolios, wie heute allgemein Vermögensverwaltung begriffen wird.

Diesem Manko abzuhelfen, diente eine im Juni dieses Jahres erlassene Zusatznorm, derzufolge die Verwalter der amtlichen Börsenaufsichtskommission Informationsprospekte vorlegen müssen, wenn sie öffentlich um Publikumsersparnisse werben. Solche Informationsprospekte vorgelegt haben bisher erst 30 Treuhandgesellschaften beziehungsweise Vermögensverwaltungsgesellschaften der Kreditinstitute. Im letzteren Fall hat sich in der Praxis ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, auf Grund dessen die Bankenaufsicht der Zentralbank jetzt auch über die Vermögensverwaltungen der Banken ausgeübt wird.

# Könnte die Welt auch ohne Dollar leben?

ALFRED ZÄNKER, Genf

„Es ist nun an den Freunden der USA, den riesigen Kapitalzufluß zur Finanzierung der amerikanischen Defizite abzumildern, denn erst wenn das Ausland den Amerikanern unmißverständlich signalisiert, daß es nicht mehr gewillt ist, die vorherrschende unverantwortliche Wirtschaft- und Finanzpolitik zu dulden, könnte in den USA selbst eine Kehrtwende vorgenommen werden.“

Zu diesem drastischen Schluß kommt der angesehene Zürcher Bankier Hans Bär in einer für die Zeitschrift „Politik und Wirtschaft“ verfaßten Analyse. „Meines Erachtens ist es an der Zeit, gegen die amerikanische Politik Sturm zu laufen“, meint er. Er frage sich heute, ob der Dollar nicht aus dem „Anlage-Universum“ ausgeschaltet werden müsse, ob die Welt nicht wenigstens zeitweise auch ohne Dollar leben könne.

Vor 20 Jahren habe die „amerikanische Herausforderung“ in Europa ein Trauma ausgelöst. Heute dagegen seien die USA mit über 1000 Mrd. Dollar zur größten Schuldnernation geworden. In der Handelsbilanz klappe eine Lücke von 200 Mrd. Dollar im

Jahr. Bär bezweifelt, daß dieses Problem durch Abwertung zu lösen sei, zumal der Dollar bisher nur gegenüber den europäischen und japanischen Währungen gesunken, gegenüber den Währungen der größten US-Handelspartner wie Kanada, Lateinamerika, Südostasien aber noch gestiegen sei.

Zu „schwersten Bedenken“ veranlasse die „dauernd schwindende Konkurrenzfähigkeit“ der US-Wirtschaft. Das gelte heute selbst für die elektronische Industrie. Das chronische Handelsbilanzdefizit sei nicht durch „Wachstumsprognosen“ an Deutschland und Japan zu sanieren. Amerika könne seine Wettbewerbsfähigkeit nur dadurch verbessern und die „Entindustrialisierung“ aufhalten, daß vielmehr gepusht und langfristig produktiv angelegt werde. Wie andere Schuldnerländer werde auch Amerika nicht darum herumkommen, seinen Lebensstandard drastisch zu senken.

Für die Banken aber gelte es, frühzeitig die Notbremse zu ziehen und dem Dollar bis auf weiteres den Rücken zu kehren. Sonst müsse man sich später - wie bei der Schuldenkrise

der Dritten Welt im Jahre 1982 - vorwerfen lassen, durch allzu großzügige Kreditgewährung für die amerikanische Krise mitverantwortlich zu sein und die Interessen der Gläubiger vernachlässigt zu haben.

Bärs heftige Kritik und Aufforderung zum Dollarboykott spiegelt wohl ein in Bankkreisen weitverbreitetes Unbehagen über die amerikanische Politik wider. Seine These erinnert an die wachsende Tendenz zur „Diversifizierung“ privater Guthaben und die weltweite Flucht aus dem Dollar in den siebziger Jahren. Damals zwang diese Entwicklung die amerikanische Notenbank, die Zügel der Geldpolitik zu straffen, was dann bald zu einer markanten Erholung des Dollar führte.

Doch es gibt in Zürich auch Gegenmeinungen. Georg Rich, Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank hält Bärs These für „übertrieben“. Die Stimmung bei den Banken schlage leicht von einem Extrem ins andere über. Die USA und der Dollar stünden heute längst nicht so schlecht da wie in den siebziger Jahren. Eine Katastrophe stehe jedenfalls nicht vor der Tür.

Die Stadt Mannheim ist Eigentümerin eines Hallenbades mit Nebenräumen im Geschäftsbereich, Verwaltungs- und Wohngebäude „Colini-Center“ in der Mannheimer Innenstadt.

Für den geplanten Umbau zu einem randtestarten Freizeithaus mit Sauna- und Dampfbad, medizinischer Massage, Whirlpool etc. auf einer Gesamtfläche von ca. 3000 m<sup>2</sup> unter Einbeziehung eines Restaurants wird ein Investor gesucht.

Der Investor erhält die Räumlichkeiten zur Verfügung, um die Umbaumaßnahmen (Vorplanung und Kosten-schätzung liegen vor) auf eigene Rechnung durchzuführen. Sowohl der Betrieb selbst übernommen werden soll, liegt ein Angebot (Pacht) eines qualifizierten Bewerbers vor.

Anfragen bitte an die Stadt Mannheim, Hochbauamt, Colini-Center, 6800 Mannheim 1, Telefon 06 21 / 2 93-37 55

**Existenz mit großer Zukunftschance**

Ein bekannter Hersteller exklusiver Artikel im Bereich „Schöner Wohnen“, bekannt und eingeführt weltweit tätig, ersucht 1987 exklusive Studios mit Gebietschutz in Deutschland.

Gesucht werden tatkräftige Ehepaare (evtl. auch Einzelpersonen), welche sich gerne eine selbständige Existenz mit hohen Einkommensmöglichkeiten aufbauen wollen. Kenntnisse im Verkauf sind vorteilhaft, aber nicht ausschlaggebend, da Sie von uns gewissenhaft eingearbeitet werden.

Eigenkapital bzw. Sicherheiten sind erforderlich.

Interessenten bewerben sich unter C 7518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Abonnieren Sie DIE WELT**

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon 040/347 3813

Bitte liefern Sie mir von nächsterreichbarem Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Nachname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Vorw./Tel.: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Lesenswerter denn je**

**DIE WELT**

Lesenswerter denn je denn Sie haben das Recht, eine Abbestellungsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

FINANZANZEIGE					
LAHMEYER					
Aktiengesellschaft Frankfurt am Main					
Zusammengefaßter Jahresabschluß Bilanz zum 30. Juni 1986					
Aktiva		30. 6. 86	Vorjahr	Passiva	
		DM	DM		
Sachanlagen	190 925	181 450		Grundkapital	90 000
Beteiligungen	111 858	110 776		Rücklagen einschl. Sonderposten	47 834
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	328	362		mit Rücklageanteil	55 199
Vorräte und nicht abgerechnete Leistungen	11 716	13 687		Wertberichtigungen	135 151
Kurz- und mittelfristige Forderungen	47 021	48 090		Pensionsrückstellungen	53 988
Flüssige Mittel und Wertpapiere	110 887	102 884		Andere Rückstellungen	78 593
	472 535	457 249		Kurzfristige Verbindlichkeiten	14 787
				Übrige Passiva	34 136
				Bilanzgewinn	18 048
					472 535
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1985 bis 30. Juni 1986					
		1985/86	Vorjahr		
		DM	DM		
Umsatzerlöse	158 789	173 616		Überschuß	101 098
Bestandsveränderungen der Erzeugnisse	- 977	157 792	174 515	Personalaufwendungen	33 380
Andere aktivierte Eigenleistungen	1 060	704		Abschreibungen	10 787
Gesamtergebnis	158 852	175 219		Zinsaufwendungen	11 064
Materialeinsatz	63 822	100 273		Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	27 143
Rohmaterial	64 925	74 946		sonstige, KSt	12 228
Erträge aus Beteiligungen	21 346	21 899		Übrige Aufwendungen	23 588
Zinserträge	7 890	7 961		Jahresüberschuß	20 968
Übrige Erträge	6 828	36 173	34 147	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	22 815
Überschuß	101 098	108 093			80
				Einsetzung in Rücklagen	21 048
				Bilanzgewinn	3 000
					18 048
Der vollständige Jahresabschluß wird voraussichtlich am 3. Februar 1987 im Bundesanzeiger Nr. 22 veröffentlicht. Er wurde von der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft, Essen, geprüft, die die uneingeschränkten Bestätigungen erteilt hat.					
Die ordentliche Hauptversammlung vom 9. Dezember 1986 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1986/87 aus dem Bilanzgewinn von DM 18 048 050,92 eine Dividende von DM 10,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- auf das Grundkapital von Frankfurt am Main, im Dezember 1986					
DM 90 000 000,-, also DM 18 000 000,- zu verteilen und den restlichen Betrag von DM 48 050,92 als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.					
Die Dividende wird ab 10. Dezember 1986 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnantrags Nr. 14 ausbezahlt. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung“ des für sie zuständigen Finanzamts eingereicht haben, in diesem Fall wird auch der Steuer-guthaben durch die zuständige Bank vergütet.					
Der Vorstand					

**Vertriebsbüro für Holscher-Spezialmaschinen**

mit angeschlossenen Kundendienst, tätig auf nationaler Ebene mit besten Referenzen, sucht zur sinnvollen Erweiterung des Sortiments einen leistungsfähigen Hersteller, auch Hersteller anderer Investitionsgüter, der an der konsequente Vergabe eines Verkaufsgebietes interessiert ist.

J. H. Holscher, Vertriebsorganisation 4560 Ditzsch a. TW., Mozartstraße 7, Tel. 0 34 21 / 15 06

**Sie suchen eine sichere Existenz?**

Wir vergeben für DM 15 000,- im Raum Duisburg u. Dortmund eine sichere u. auch finanziell interessante Zukunftsaufgabe. Kontaktanfrage unter A 7601 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Wir suchen leistungsfähige Lieferanten für MAN - Daimler-Benz und Magirus (Iveco) - Ersatzteile.** (Original u. Nachbau).

Zuschr. erb. u. T 2660 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Barter-Geschäfte**

Wir vermarkten Rohöl und Raffinerieprodukte, schnell und seriös. Zuschr. erb. u. T 7865 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sie wohnen in **Frankreich** und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

• Editions Axel Springer  
Jean O. Mamin  
18, Rue de Varize,  
75016 Paris  
Tel.: 46 51 23 74  
Telex: jom 610 262

**DIE WELT**

1. NACHNACHRICHTEN ZEITUNG VON 1974

**Für die große Fernseh-Spendengala sind wir zu klein**

Deshalb wenden wir uns auf diesem Weg an Sie. Wir - das sind 6.000 Franziskanerinnen und Franziskaner in der Dritten, der armen Welt. In Demut und ohne Aufhebens versuchen wir täglich, den Auftrag unseres Ordensgründers Franziskus zu erfüllen, in freiwilliger Armut den Notleidenden eine Schwester, ein Bruder zu sein.

In Ihrem Namen bitten wir: Helfen Sie unseren franziskanischen Schwestern und Brüdern, damit sie die Armen helfen können.

An die Missionszentrale der Franziskaner e.V.  
Albertus-Magnus-Straße 39 - 5300 Bonn 2

Ich möchte mich an Ihrer Aktion „Zehn Pfennig am Tag für Menschen in Not“ beteiligen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

**...aber bei Millionen Armen haben wir höchste „Einschaltquoten“**

Helfen Sie mit 10 Pfennig am Tag! Das sind rund 36 Mark im Jahr. Ein kleines Opfer - doch von großer Wirkung. Danke.

**Missionszentrale der Franziskaner e.V.**

Aktion ZEHN PFENNIG AM TAG FÜR MENSCHEN IN NOT.

**Heute Neu Alle Allrad-Autos Billigster: 13 990 Mark Wie sicher im Winter?**

**Audi sport quattro**

**Subaru Justy**

**Europas größte Auto-Zeitung**



## Taylorix gut gewappnet

## Mit der Umsatzrendite noch nicht zufrieden

1985-86 (21. 8.) in dem der Außenums

1985/86 um 51,8%, in dem der Außenumsatz um 5,9 Prozent auf 212,1 (200,3) Mill. DM zugenommen hat.

In der Hardware bedient sich Taylorix weitgehend der Geräte von Siemens und IBM. Zwar wurde der PC-Absatz der Stückzahl nach um 19 Prozent auf 2566 Einheiten gesteigert, doch verringerte sich infolge des hohen Preisverfalls der Wertumsatz um 2 Prozent auf 34,2 Mill. DM. Gute Erfolge verbuchte Taylorix im Geschäft mit Mehrplatzsystemen. Hier erhöhte sich der Umsatz über 230-prozentiger Mengensteigerung) um 22 Prozent auf 38,4 Mill. DM.

Alles in allem wurde wurden in der Sparte Datenverarbeitungs- und Kommunikationszentren 39,2 (38,2)

Mill. DM umgesetzt und bei den Bürokompfern 82,6 (56,4) Mill. DM auf Software und Service kam mit steigendem Gewicht ein Umsatz von 72,3 (51,1) Mill. DM, auf die zuzurechnende Zuschüsse mit dem Ergebnis. Die Umsatzrendite habe „zwischen 1 und 3 Prozent“ gelegen. Taylorix zählte „ziemlich gleichbleibend“ 1400 Beschäftigte.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Tuttlingen: Augustin Weinmann Nachf. GmbH.**

Breuer, Kaufmann, Fockbek; Landeshut: Nachl. des Wilhelm Seidl, Simsbach: G.H. Bau Grundstücksverwalter.

**Vergleich beantragt: Borcholt: bedie-**

sa Mode GmbH, Rhede: **Reutlingen:**  
Heka Textildrucke GmbH, Hülben.

\_\_\_\_\_

100

100

---

Year	Percentage of Population Aged 65 and Over
1950	10.0
1960	11.5
1970	13.0
1980	14.5
1990	16.0
2000	17.0
2010	17.5
2020	18.0
2030	18.2
2040	18.4
2050	18.5



1000

100



**ei uns Tradition. Und Zukunft.**

Weiterbildungsstufen heißen Fachlehrgang (mit Abschluß: Sparkassenbetriebswirt) und Lehrinstitut (mit Abschluß: Sparkassenbetriebswirt dipl.). Die 11 regionalen Bildungseinrichtungen und die zentrale Sparkassenakademie in Bonn halten neben dem Grund- auch das Spezialwissen durch Seminare und audiovisuelle Weiterbildung auf neuestem Stand. Deshalb haben nicht nur unsere Mitarbeiter, sondern auch unsere Kunden eine gute Zukunft bei uns.

**Die Sparkassen** 

Weiterbildungsstufen heißen Fachlehrgang (mit Abschluß: Sparkassenbetriebswirt) und Lehrinstitut (mit Abschluß: Sparkassenbetriebswirt dipl.). Die 11 regionalen Bildungseinrichtungen und die zentrale Sparkassenakademie in Bonn halten neben dem Grund- auch das Spezialwissen durch Seminare und audiovisuelle Weiterbildung auf neuestem Stand. Deshalb haben nicht nur unsere Mitarbeiter, sondern auch unsere Kunden eine gute Zukunft bei uns.

100

## Die Sparkassen

## Die Sparkassen











## „Spitting Image“: Das Horrorkabinett der Nation

## „Etwas überzeichnet“

Die Queen mit Lockenwicklern, der Papst in Badehose. Der coltwedelnde Cowboy Reagan sucht sein Gehirn. „Maggie“ Thatcher diszipliniert ihr abdackendes Kabinett per Gummiknüppel, die Sehr Ehrenwerten Unterhändler bewerten sich wie ungezogene Schuljungs mit Papier-tauben. Und das alles vor den Augen von Millionen - live im britischen Fernsehen!

„Die schrecken vor wirklich nichts zurück“, wettern denn auch Kritiker, „Die“, das sind allerdings nicht die genannten Honoratioren, sondern zwei britische Puppentheater-namen Roger Law und Peter Fluck: künstlerische Väter der teuersten und umstrittensten Satire-Serie, die je im britischen TV zu sehen war: „Spitting Image“.

Der Titel ist ein Wortspiel aus „zum Verwechseln ähnlich“ und „anspucken“. Kein Wunder, daß dies die Nation ziemlich genau in der Mitte teilt. Wo nämlich der eine die Oberen dieser Welt „zum Verwechseln ähnlich“ karikiert und trefflich durch den Kakao gezogen sieht, da macht der andere ein degoutantes Mittelding aus freier Denkmalschändung und Majestätsbeleidigung aus.

Gelächter und Grimm halten sich die Waage. Selbst „Central“-Denker Martin Lambie-Nairn, von dem die

Menschenkinderei - ZDF, 22.05

ursprüngliche Idee stammt und der sich mittlerweile zum „Neugeborenen Christen“ entwickelt hat, distanzierte sich inzwischen mit ganz unchristlichen Worten von seiner TV-Anspucke: „Wäre dies ein umbringen!“

Lambie-Nairns Geisteskind hat trotz der Enterbung jedoch Riesenerfolg. Erste Schlagzeilen machte es bereits, bevor's (im Februar 1984) überhaupt auf die Welt gekommen war. Schon da hatten geschickte Marketing-Menschen der Presse verheißen, daß Unerhörtes zu erwarten sei. Gleich darauf lancierten sie „erste Studiofotos“ einer Prinz-William-Puppe in die Gazetten, die den Thronfolger-Sprößling als verwöhnt-krüppeligen und nicht eben stubenreinen Balg zeigte.

Tatsächlich gesendet wurde der entsprechende Spot jedoch nie. Doch der landesweite Enttäuschungssturm im Vorfeld garantierte schon der „Spitting Image“-Erstsendung eine

Einschaltquote von satten 14 Millionen. Und seitdem saßen sie alle immer wieder vor der Röhre, wenn der von blut-rottem Sabber tropfende „Spitting Image“-Vorspann über die Bildschirme troff: die einen, um sich totzulachen, die anderen, um sich totzuergern. Doch selbst fürs liberalste Gemüt war's manchmal ganz schön starker Tobak, was da geboten wurde.

Nur eines blieb unbestritten: Die karikaturistische Qualität der Puppen hat Welttrag. „Opfer“ sind fast ausschließlich bekannte Politiker und Stars, deren Abbilder sogar schon in Moskau ausgestellt wurden - allerdings mit der wohlwollenden Ausnahme von Sowjet-Größen.

Die Schöpfer der Zerrbilder, Law und Fluck, sind 44 und seit Cambridge-Studienzeiten dicke Freunde. Beide sind verheiratet und Einsameunzig groß, tragen Vollbart und teilen die selbe Auffassung von Humor. Inzwischen hat das Duo schon fast 300 Persönlichkeiten der Zeitgeschichte „nachgeboren“.

Gearbeitet wird mit Modellierten und Vinyl, Schaumgummi und Latex. Auch Ausmaße und Preise der nachgebastelten Berühmtheiten sind sehr unterschiedlich. Großbritannien's Liberalen-Chef David Steel beispielsweise, seinem politischen Gewicht entsprechend als Schoßhund des Sozialdemokraten Dr. David Owen dargestellt, ist mit knapp 3000 Mark eine wohlfeile Miniatur. Nancy Reagan dagegen brach den „Spitting Image“-Preisrekord mit umgerechnet 45 000 Mark: Ihr Abbild ist so spindeldürr, daß es von keinem der neun im TV-Studio Birmingham wartenden Puppenspieler gehandhabt werden konnte - superteure elektronische Fernsteuerung war angezeit.

Mit „Maggie“ hatten's die Produzenten leichter, benötigten indes auch nicht weniger als drei Mann zum Betrieb der „Eisernen“ aus Kunststoff. Ein Viertel stand mit dem Manuskript am Mikro und lieferte täuschend ähnlichen Thatcher-Ton. „Originalton Thatcher“ gibt's zum kontroversen TV-Satirikon übrigens ebenso wenig wie von Hofe. Man schweigt sich vornehm aus. Deshalb ist es bisher zu keiner einzigen Klage wegen übler Nachrede oder Rufschädigung gekommen. Nur aus Prinz Charles brach es unlängst mal heraus, daß er sich - gigantische Segelohren mit Eigenleben und rotierende Nase - „doch etwas überzeichnet“ fühle.

JOCHEN ZWIKIRSCHE

## Bergexpedition nach 150 Jahren originalgetreu

## Vergangenes ohne Spur

Es waren 87 Träger, die sich im Jahre 1909 hinauf zum 3600 Meter hohen Rindjani quähen, dem zweit-höchsten Berg Indonesiens auf der Insel Lombok. Die Expedition erkundete damals das Sunda-Archipel im Auftrag der Frankfurter Geographischen Gesellschaft, zu deren 75-jährigem Jubiläum auch der Reisebericht erschien. Zur 150-Jahrfeier hat sich der Hessische Rundfunk etwas besonderes ausgedacht: Eine neue Expedition folgte sechs Wochen

Lombok-Expedition 86 - Hr. 3, heute und morgen jeweils um 18.30 Uhr

lang mit der Kamera den Spuren der einstigen Abenteurer auf Lombok.

Von den Dörfern der 1200 Meter hoch gelegenen Sembalun-Hochebene ging's im März hinauf zum knapp 2700 Meter hohen Berggipfel Plawangan unterhalb des Rindjani-Gipfels; von dort dann hinunter zum Kratersee Segar-Anak, aus dessen Mitte bereits ein neuer Vulkankegel herauslugt: der 414 Meter hohe Baru. 1967 war er zum letzten Male aktiv.

Dieter Kramm (48), seit 21 Jahren mit der Kamera vor allem in Indien, Malaysia und Indonesien unterwegs, leitete die Unternehmung. Seine Frau Anita, freie Fotografin von Beruf, as-

sistierte. Sonst noch dabei: Dolmetscher, Fahrer und Sasaker, Eingeborene, die die professionelle Videoausrüstung auch bei 85 Grad im Schatten und 95prozentiger Luftfeuchtigkeit durch die tropischen Übergangswälder schlepten. Reisfelder und Bambuswälder wurden durchquert. Aus der Vogelperspektive werden grandiose Anblicke der terrassenförmig angelegten Tabak-, Kaffee- und Zitrus-Felder geboten.

Ohne Bruch können in die Landschafts- und Dorfbeschreibungen immer wieder Originalzitate des Expeditionsberichtes von 1909 eingefügt werden. „Museumsdörfer“, die nach Jahrzehnten ihr Äußeres nicht verändert haben, Frauen bei der traditionellen Herstellung von Baumwollstoffen, junge Sasaker beim überlieferten Peresahan-Kampfsport: die Zeit scheint an ihnen fast spurlos vorübergegangen zu sein. Ein Besuch bei den Fürstenschlössern in Narmada versetzt den Zuschauer in jene Zeit zurück, als balinesische Fürsten mit unumschränkter Gewalt als Könige auf Lombok regierten.

A propos Fürsten und Adel: Der Bürgermeister eines kleinen Ortes hat Dieter Kramm in der Adelsstand der Insel erhoben. Er darf sich jetzt „Lalu“ Kramm nennen.

WOLFGANG GESSLER

## KRITIK

## Das Ziel erreicht

Matterhorn, Eiger, Mont Blanc, Mount McKinley sind Namen, die jedem Bergsteiger geläufig sind. Die ARD-Serie Berge der Welt brachte sie jetzt auch jenen näher, die beim Gedanken erschauern, sie zu besteigen.

Gestern ging die sechsteilige Serie mit einer Filmreportage über die Erstbesteigung von Urus und Huascarán in den Weißen Kordillieren in Peru zu Ende. Sie war spannend bis zum letzten Filmmeter und dazu angetan, etwas von Strapazen und seelischer Anspannung, von Kälte und Atemnot, von Gefahren und Höhenkrankheiten jenen zu vermitteln, die sich gemächlich und in völliger Sicherheit im Sessel vor dem Bildschirm räkel.

Ausgerechnet die erste Serienfolge über das Matterhorn fiel gegenüber allen anderen ab. Bei der Erstbesteigung von Eiger, Mont Blanc, vor allem aber bei der erregenden Expedition auf den Mount McKinley in Alaska gelang es den Bergführern, ihren im wahrsten Sinne des Wortes hohen Zielen gerecht zu werden. Wer jemals einen kleinen Rucksack auf einen zweitausender getragenen hat, kann ermessen, was es heißt, mit Kamera und Tonaufnahmegerät in gefährlichen Wänden und Eisbrüchen zu agieren - in den erlebten Fällen zwischen 4000 und 7000 Metern über dem Meer. Kurz gesagt: Die Bergfilmer haben wie die Bergsteiger ihr Ziel erreicht.

WALTER H. RUEB

9.45 Rutger: Touristik  
10.00 heute  
10.05 Mr. Royal  
S. Königliche Hohheit  
11.05 Querschnitte

13.20 Schlag nach bei Neumann  
14.55 Letzte mit Verbitzungen (1)  
S. Spiele und Gespräche mit Brigitte Rohkohl und Gerd Kuka

15.45 Tagesschau  
15.55 Die Sklavens (19)  
16.20 Ich und meine Schwiegermutter

Deutscher Spielfilm (1956)  
Mit Grete Weiser, Rudolf Platte, Walter Giller, Heinz Erhardt  
Regie: Georg Jacoby

17.45 Tagesschau  
17.55 Regionalprogramme  
20.00 Tagesschau  
20.15 Kesselt

4. Hochzeit  
21.15 Rückblick auf das Jahr 1986  
22.00 Statistik

Ein Freund des Bundeskanzlers zu Besuch  
„Die Sendung für den schlechten Geschmack“ mit Iris Berben und Dieter Krebs wird zum vorerst letzten Serviert.

22.30 Tagesschau  
23.00 Der Unverwunderte

Französischer Spielfilm (1975)  
Mit Jean-Paul Belmondo  
Regie: Philippe de Broca

0.35 Tagesschau  
0.40 Nachtgedanken

Erich Kastner: Maskenball im Hochgebirge

11.50 Umschau  
12.10 Menschen und Schicksale am Yangtze (2)  
12.55 Presseschau  
13.00 heute

15.25 Als Amerika nach Olympia kam (3)  
14.15 Enorm in Form (6)  
14.30 Tödliches Geheimnis (1)

Fernsehfilm nach William Godwin  
16.00 Der Rattenfänger von Hameln  
Puppentrickfilm

Anschl.: heute-Schlagzeilen  
16.35 Großstadtmusik im Fernen Osten  
Hongkong

17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Miniatur  
Anschl.: heute-Schlagzeilen

17.55 heute (5)  
19.50 heute  
19.55 Der Prinz

Eine Schülergeschichte von Sven Severin und Jochen Ziem  
21.15 WISO

Gebrauchsgüterhandel, Vitamine aus Brasilien, Mikrochips erzwingen Wochenendarbeit. So hilft der Staat beim Eigenheim

21.45 heute-Journal  
22.05 Menschenbilder  
Die „Spitting Image“

Präsentation: Wolfgang Ebert  
22.50 Die stillen Stars

Nobelpreisträger, privat gesehen  
Antony Hewish, Entdecker der Neutronensterne  
Von Frank Elstner

23.20 It's Countrytime mit Freddy Quinn  
0.05 heute

## III.

WEST  
20.00 Tagesschau  
20.15 Länderspiele (56)  
20.45 Meia Orelia in Turin

21.20 Romeo und Julia  
Eisballett, Musik: S. Prokofiev  
22.05 Parfüm

Film von Elke Baur  
22.50 Das Heidebuch (2)  
23.25 Nachrichten

NORD  
18.00 Ach so (8)  
18.30 Das Florenz der frühen Aufklärung

Fotofilm von Umberto Perugi  
19.00 Ein Platz für Menschen (1)  
Im sozialen Wohnungsbau

Beobachtungen von Gina Angress, Lore Ditzler  
19.45 Alte Ansichten

Streifzug durchs Sudetenland (1)  
20.00 Tagesschau  
20.15 Ernest Hemingway (3)

21.15 Jenseits der Wüste (5)  
21.25 Eine ausverkauft Affäre

Amerikanischer Spielfilm (1948)  
Mit Jean Arthur, Marlene Dietrich  
Regie: Billy Wilder

23.25 Zurück in die Zukunft? (5)  
HESSEN  
18.35 Lombok-Expedition '86 (1)  
19.20 Hessenschau

20.00 Die Schwestern-Lady  
Das Leben der Lulu Harhaus  
21.50 Drei aktuell

21.45 Magnum  
22.30 Rückblick Ausland  
California, here I come

23.15 Vor vierzig Jahren  
SÜDWEST  
18.05 Ein Chirurg erinnert sich (5)  
19.00 Abendschau/Blick ins Land

19.30 Unterhaltung '86  
Rückblick auf die Szene  
20.15 Der stille Weg

21.00 Zwei Helden  
21.15 Wirtschafts-Prognosen für 1987  
21.45 Von Dallas bis Denver

Zwischen Mythos und Realität des Wilden Westens. Film von M. Engler  
BAYERN  
17.45 Sport '86

Rückblick auf die Leichtathletik-EM in Stuttgart  
18.45 Rundschau  
19.00 In Liebe eine 1

Amerikanischer Spielfilm (1963)  
Mit James Stewart, Sandra Dee  
Regie: Henry Koster

20.35 Meine Lieblingsgeschichte  
Johanna Liebenauer  
20.45 Unser islamisches Erbe

21.30 Rundschau  
21.45 Ist. Weihnachts-Schneekugeln  
22.45 Z. E. N.

22.50 Magnum: Der Unfall  
23.55 Rundschau



16.33 Indian River  
16.40 Tierfilmer in Afrika (1)  
Amerik. Dokumentarfilm

16.35 Die Wälder  
17.10 Mondnacht Alpha 1  
18.05 Cowboys, Sheriff, Kesselt

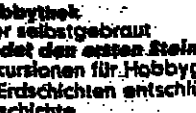
18.30 Blick  
18.45 Das Superfilm  
Franz. (10). Kriminalfilm (1988)

Mit Jean-Paul Belmondo, Bourvil, David Niven, El Wailach  
Regie: Gérard Oury

20.00 Spieltheater: Othello  
Zuschauer können 500 Mark gewinnen

21.00 Blick  
21.30 TOP-Wirtschaftsreportage  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

22.05 Leonardo da Vinci (4)  
23.10 Blick



19.00 Hobbyklub  
Bier selbstgebraut  
19.45 Flucht des ersten Stein

Flurkunden für Hobbygeologen  
2. Erdbeben entschlossen Erdgeschichte

20.00 Tagesschau  
20.15 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

21.05 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

21.30 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

21.55 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

22.10 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

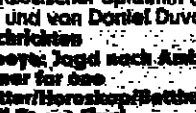
22.35 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

22.55 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

23.10 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

23.35 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt

23.55 Die Geisteswissenschaften  
Thema: Bäume für Deutschland - ein Milliardenmarkt



18.15 Augenblicke / Regional 7  
18.35 Heute RTL  
18.55 7 vor 7

19.22 Krimis  
19.30 Streik Newk  
Die Krimis: Serie

20.15 RTL-Spektakel  
20.30 Filmrevue  
Französischer Spielfilm (1984)

Mit und von Doris Duvail  
22.00 Nachrichten  
22.15 Popcorn: Jagd nach Amber

22.35 Örtlicher Wetterbericht  
23.00 Welt Street Fight

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief mein geliebter Mann, unser gütiger, immer fröhlicher Vater, unser lieber Sohn und Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Dr. med. Hans-Richard Meyran

\* 24. 4. 1933 † 23. 12. 1986

Voller Dankbarkeit für die Liebe und das Glück, das er uns schenkte, nehmen wir Abschied.

Nanette Meyran geb. Cloeren  
Nicola, Oliver, Julia  
Dr. Franz und Dedi Meyran mit Familie  
Germaine Cloeren-Payot und Familie

Hamburg-Othmarschen  
Grottenstr. 23

Trauerfeier am Freitag, dem 2. Januar 1987, um 11 Uhr in der Nienstedter Kirche, Elbchaussee.

Anstelle zudeckter Blumen bitten wir um eine Zuwendung an die Deutsche Lebensretungs-Gesellschaft, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1 235 / 125 521.  
Bitte keine Besuche.

Der Tod ist groß,  
wir sind die Seelen lachenden Munde;  
wenn wir uns mitten im Leben meinen,  
wagt er zu weinen mitten in uns.

Vera Arndt

geb. Vorberg

\* 24. Juli 1946 † 17. Dezember 1986

Ihr Lebensweg hat sich vollendet.

Wir gedenken ihrer in Liebe  
Hans und Marta Vorberg  
Thomas und Ilona Vorberg  
Tobias und Sebastian

Wir haben Abschied genommen.

Wir sorgen für die Gräber.  
Wir betreuen die Angehörigen.  
Wir arbeiten für Versöhnung  
und Frieden.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

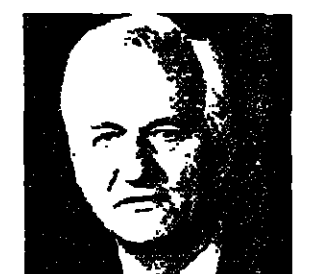
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel - Post giro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Wenn  
die Not  
am größten,  
ist Gott  
nicht nur  
am nächsten,  
sondern

AM  
STÄRKSTEN  
MIT SEINER  
HILFE DA.

MG

Nicht behindert  
zu sein, ist kein  
Verdienst,  
sondern ein  
Geschenk, das  
uns jederzeit  
genommen  
werden kann.



Bundespräsident  
Dr. Richard von Weizsäcker  
Schirmherr der Deutschen  
Behindertenhilfe - Aktion Sorgenkind



Aktion Sorgenkind  
hilft mit Ihrer Hilfe.  
Spenden arbeiten auf  
Konto 240 bei der Post und  
allen Banken und Sparkassen

# Weltrang will gehalten sein

Nach 22 Jahren erhielt ein Deutscher 1985 wieder den Nobelpreis für Physik: Klaus von Klitzing. Ein Jahr zuvor wurde der deutsche Molekularbiologe und Immunologe Georges Köhler mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet. Zwei Ereignisse, die zeigen: deutsche Wissenschaftler sind in wichtigen Disziplinen wieder vorn in der Welt.

„Weiter mit vorn bleiben!“, das muß jetzt die Devise sein. Dabei ist eine intensive Förderung wissenschaftlicher Begabungen ebenso wichtig wie eine leistungsorientierte Spitzenforschung.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Gemeinschaftsaktion der Wirt-

schaft, hat seit 1949 Forschung und Lehre mit insgesamt 1,5 Milliarden Mark unterstützt. Begabtenförderung und Förderung der Spitzenforschung hatten dabei Vorrang. So soll es auch künftig sein. Damit Wissenschaft und Wirtschaft miteinander vorn bleiben. Helfen Sie uns dabei!

Stifterverband  
für die Deutsche  
Wissenschaft e.V.

Die Gemeinschaftsaktion  
der Wirtschaft

An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.  
Brucker Holt 56 - 60 - 4300 Essen 1

Ich möchte den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. unterstützen. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial über seine Arbeit.

Name

Straße

PLZ/Ort

Handwritten signature



## Pankraz, Elsässer und die Himmelspartitur

Punktlich zum Jahreswechsel, an dem man ja gern über erhabene Himmelsdinge nachdenkt, bringt die Münchner Siemens-Stiftung ein hübsches Bändchen mit einem Vortrag des Astronomen Hans Elsässer heraus, in dem dieser für sein Fach wirbt und über neueste Einsichten der deutschen Astronomie referiert. Die Fortschritte dieser altherwürdigen Wissenschaftsdisziplin in den letzten Jahren sind in der Tat eminent. Um so merkwürdiger, daß das öffentliche Interesse für sie, wie auch Professor Elsässer beklagt, auffällig nachläßt und dem Max-Planck-Institut für Astronomie Finanzschwierigkeiten drohen.

An der Effizienz des Instituts kann das, wie gesagt, nicht liegen. Seitdem die deutschen Astronomen mit den Instituten für extraterrestrische Physik in Garching und für Radioastronomie in Bonn über die Möglichkeit verfügen, das ganze Spektrum der Weltraumstrahlung, von den Gammastrahlen bis zu den längsten Radiowellen, zu erforschen, und seitdem sie im spanischen Calar Alto ein spektakuläres 3,5m-Teleskop installieren konnten, gehören sie wieder zur Weltspitze. Sie konnten in jüngster Zeit wichtige Aufschlüsse liefern über die Entstehung von Sternen in kalter interstellare Materie und über kollidierende bzw. explodierende Galaxien. Ein Physik-Nobelpreis zu mindest für Elsässer, Josef Fried und Hartmut Schulz wäre an sich fällig.

Dennoch erzeugen Mitteilungen wie die, daß es gelungen sei, die Explosion einer 300 Millionen Lichtjahre entfernten Galaxie zu beobachten und sie sogar im Calar-Alto-Teleskop zu fotografieren, heutzutage selbst bei leidenschaftlichen Wissenschaftlern nur noch ein müdes Achselzucken. Es läßt sich nicht länger verleugnen: Je tiefer die Astronomie in den Weltraum vordringt, um so uninteressanter wird sie für die meisten. Kein Mensch fühlt sich von ihr noch irgendwie existentiell betroffen und im Innersten aufgewühlt. Ihre Daten werden zur Kenntnis genommen und abgelegt wie die Daten eines alten Katasterstreits.

Das war bekanntlich nicht immer so. Im Altertum galten die Astronomen als Hüter der absoluten Wahrheit, als Autorität in allen Fragen auch des irdischen Lebens; ihr Spruch entschied über Krieg oder Frieden, Armut oder Reichtum, Tod oder Leben. Und als sich später die Astrologie von der Astronomie abspaltete, blieb für die Astronomen immer noch die Autorität im Reich der exakten Wissenschaft. Ihre Beobachtungen machten Fächer wie Mathematik, Physik oder Geographie überhaupt erst möglich. Im Zeitalter der Aufklärung und des Positivismus verband sich mit ihren Forschungen die Hoffnung auf Weltraumfahrt und auf die Entdeckung neuer, dem Menschen brüderlich verbundener Lebenswelten.

Davon ist heute kaum noch etwas geblieben. Weltraumkurse in die nächste Erdumgebung sind zur Routine geworden und offenbaren uns bisher lediglich lebensfeindliche, trostlos staubige Einöden. Unsere Radioteleskope warten vergeblich auf brüderliche Signale aus dem All. Extraterrestrische Expeditionen im Stile der Science-fiction sind wegen der ungeheuren Entfernungen, die zu überwinden wären,

und wegen der Kürze des menschlichen Lebens von vornherein sinnlos geworden, denn Hunderte, wenn nicht Tausende von Generationen im Weltraum wären erforderlich, um von unserer zu einer möglicherweise anderswo vorhandenen Lebenswelt vorzustoßen.

Wenn die Astronomen Quasare, jene sternähnlichen, oft mit schwer zu entzifferndem Röntgen- oder Infrarotlicht verbundenen Radioquellen, beobachten, dann haben sie es in der Regel mit Informationen zu tun, die einen Weg von Milliarden Lichtjahren zurückgelegt haben. Sie sprechen dann also über Ereignisse, die sich nicht nur in unermesslichen Entfernungen abspielen, sondern die auch schon seit unermesslichen Zeiten vergangen sind. Sie studieren Phänomene aus Zeiten, da unsere Sonne und unsere Erde noch gar nicht existierten, „kosmische Fossilien“ (Elsässer), die tot sind als der toteste Dinosaurierknochen.

Doch während wir an Hand der Dinosaurierknochen immerhin phantastische, die Sinne mächtig anregende Monster rekonstruieren können, liefern uns die Quasare stets nur abstrakte, extrem weit ins Rot verschobene Linien des Wasserstoffs und anderer Elemente, die geradezu wahnwitzige Fluchtgeschwindigkeiten anzeigen (als wären die Objekte nicht ohnehin schon weit genug entfernt). Die „Bilder“, die wir von alledem erhalten, sind gar keine richtigen Bilder mehr, sondern im Observatorium vielfach umgewandelte, durch „Fehlverhalten“ lesbar gemachte Rebusse, mathematische Symbole, die unsere Sinne und unsere Phantasie so wenig kitzeln wie ein Liebesgedicht von Ulla Hahn. Wer kann sich dafür noch interessieren?

Ganz ähnlich steht es übrigens mit der Mikrophysik. Auch hier drängen die Forscher mit Hilfe teurer Teilchenbeschleuniger immer tiefer ins Kleine und Kleinsten vor, bis hin zu den sogenannten Quarks, und auch hier werden die Forschungsergebnisse immer unsinnlicher, um schließlich im rein Mathematischen zu verenden. Die ersinnende Weltformel jedoch liefert die Mathematik nicht. Wir armen Menschen mit unseren auf Farbe und Melodie und Duft programmierten Sinnen hängen gänzlich unerlöst in dieser Symbolwelt mit zwischen Quasar und Quarks - und sollen fleißig weiter dafür bezahlen, daß die Kern- und Astrophysiker immer neue Formeln der Vergeblichkeit produzieren. Auf die Dauer wird das nicht gutgehen. Pankraz sieht schwarz für den Etat des Herrn Elsässer.

Dennoch erhebt auch er sein Glas auf die Freiheit der Wissenschaft und die Notwendigkeit der Astronomie. Was wären wir ohne sie! Sie haben uns zwar die Erhabenheit des gestirnten Himmels gründlich verächtlich gemacht, aber was heißt schon Erhabenheit? Noten, immer neue Noten brauchen wir! Und schon Morgensterns Palmström ruft, daß die Sterne nichts als Noten sind in der großen Himmelspartitur, die der Mensch spielen muß.

Pankraz

Erregung, die aus den Wörtern kommt - Ein Porträt des Schweizer Schriftstellers Gerhard Meier

## Sind die wahren Paradiесе verloren?



Ein Augenschmerz wie Picasso und ein Cliffhanger wie Marcel Proust: Der Schriftsteller Gerhard Meier

Blas in ein dürres Bukett / und träume den Wind / über Sommerfluren“, so lautet ein frühes Gedicht mit dem Titel „Winter“. Sein Verfasser, Gerhard Meier, ist ein Außenseiter. Er ist hierzulande, nimmt man seine Kritiker und auch seine Schriftstellerkollegen aus, ein Unbekannter und doch einer der herausragenden zeitgenössischen Poeten der Schweiz. Ein Jahrzehnt erst ist es jetzt her, seit er - nach Gedichten - mit einem schmalen Roman debütierte, dem er den Titel „Der Besuch“ gab. Und nun liegt, nach „Toteninsel“ (1979) und „Bordino“ (1982), der letzte Band der Romantrilogie „Baur und Bindschädler“ vor: „Die Ballade vom Schneien“.

Als Meier vor drei Jahren ganz überraschend den Petrarca-Preis bekam, nannte Urs Widmer in seiner Laudatio als „das Eigenste, Unwiderholbarste, Kostbarste am Werk Meiers dessen Zärtlichkeit“, man könne auch sagen: „seine Poesie, einen Glanz, eine zarte Erregung, die aus den Wörtern kommt“. Der Autor zieht am Anfang des letzten Bandes seiner Trilogie einen seiner Lehrer und Vertrauten, Marcel Proust: „Die wahren Paradiесе sind Paradiесе, die man verloren hat.“ Gerhard Meier ist es gegeben, sie wiederherstellen zu lassen vor seinen Lesern, der Phantasie neuen Raum zu geben inmitten der Gedankenlosigkeit.

Amrain steht im Roman „Œuvre Meiers für Niederbipp“, wo er 1917 geboren wurde und wo er zu Hause ist - es steht für die große Welt der kleinen Dinge um uns her und zugleich für das ganze Universum. Er, der einmal Artist werden wollte, wohl am liebsten ein Clown, zählt zu den Spätherufenen in der Literatur, hat erst mit 54 Jahren seinen Arbeitsplatz in einer Lampenfabrik geräumt und dafür das niemals endende Abenteuer des Schreibens auf seine Kuppe genommen. Mit erstaunlichem Erfolg und mündlich-streng fast, betrachtet man die Spuren dieses Weges bis heute.

Meier ist ein Augenschmerz, seine Prosa Filmsequenz, Feuilleton, Gedicht und naive Malerei in einem. Von Robert Walser, dessen Text „Winter“ den äußeren Vorwurf für „Die Ballade vom Schneien“ lieferte, bekannt er, daß der ihm „fast zu nahe“ komme. Man spürt das tatsächlich in allen Büchern Meiers, auch den starken Hang zur Musik und zu dem „Heimwehland“ Rußland, das den Dichter nicht losläßt.

Ganz den absurden Zuständen ausgeliefert, darin Walser und Kafka gleich, beschreibt dieser Dichter seine Suchbewegungen, zeichnet er gleichsam Chiffren in den Sand oder in die Luft und kreist wie ein Vogel

darüber, um sie entziffern zu können. Die beiden Seelen in seiner Brust tragen Namen: Baur und Bindschädler.

Nehme man den einen als Spießer und den anderen als Träumer, deren Identitäten miteinander verschmelzen und die das Geschehen vorantreiben, obwohl es keine Handlung gibt im genauen Sinne des Wortes. Wirklichkeit existiert hier, wie ein Kritiker es ausdrückte, „von vornherein als Literatur, die Natur erscheint im Spiegel der Kultur“. Erzählung und Zitat gehen in Meiers Prosa eine Symbiose ein, sind kunstvoll miteinander verwoben.

Ist im ersten Band der Trilogie noch raumgreifende Bewegung möglich, so schließt sich der Kreis im letzten, wird das Krankenzimmer zur alleinigen Szene: Baur stirbt, Bindschädler schaut zu, tritt dann auf den Balkon: „Über Amrain trieb Nebel hin, der sich verfärbte in der aufgehenden Sonne.“ Mit einem Mal ist alles anders und doch alles beim alten

- ein Paradies deshalb, weil man es verloren hat.

Von Robert Walser „Mikrogrammen“, diesen einer Geheimschrift verwandten winzigen Notizen, über Kafkas nur schwer entzifferbare Prosaskizzen und Romane bis hin zu Gerhard Meiers Kurzroman „Der schnur gerade Kanal“ spannt sich ein unsichtbarer Bogen, dessen Verästelungen zu gleichen Quellen hinführen scheinen. Wobei die Affinität Meiers zu den Sprachstrukturen des „nouveau roman“ der Robbe-Grillet, Butor und anderer französischer Schriftsteller immer wieder deutlich zutage tritt.

Da blickt ein Bürger zurück auf sein Arbeitsleben, auf Jahrzehnte, da man Schube produzierte zum Beispiel, Gewehre, Backsteine, Ziegel machte, Velos, Autos, Fernseher und so weiter“, und versucht, den Leib und seine Glieder sauberzuhalten, in all diesen Jahren, die Beschmutzungen, die von außen hertrifften, und jene, die von innen kommen, von der Straße zum Beispiel ...“

Gerhard Meiers unauffällige Monologe haben in den glücklichsten Passagen einen Hauch von Genialität, sie sind von hoher Transparenz, scheinen die Außenwelt der Innenwelt, die Sphärenmusik unserer innersten Empfindungen gleichsam umzusetzen in Sprachchiffren, in kubistischen wie auch konstruktivistischen Satzgebilde. In Meiers Kunst steckt „ebensoviel Besessenheit wie Freiheit“, sagt man, seine Texte seien „ein einziges Fortschreiben, Fortwirken seines konsequent poetischen Systems“.

Mit Nachdruck verwarf der Autor sich gegen die Mutmaßung, er sei ein „Idylliker“. Viel eher prägt Skepsis seine Sprache, eine wundersame Symbolik auch, die geduldige Beobachtung naheliegender Dinge, Genremalerei ebenso wie philosophische Weltläufigkeit.

Als Gerhard Meier 1983 den Petrarca-Preis entgegennahm und mit ihm eine Ehrengabe von immerhin 25 000 Mark, hatte Peter Handke ihm bereits die Hälfte des ihm zuerkannten Kafka-Preises übergeben und damit, auf eine exemplarische Weise, einen wesentlich älteren Dichterkollegen ins helle Licht der Öffentlichkeit gerückt, den zuvor kaum jemand gekannt, geschweige denn gelesen hatte. In dem Roman „Toteninsel“ sagt Baur zu Bindschädler: „... sollte ich jemals zum Schreiben kommen, will ich es tun im Sinne Picassos.“ Der nämlich soll einmal zu Malraux gesagt haben, „man müsse die Leute aus dem Schlaf reißen, ihre Art, die Dinge zu identifizieren, umkrempeln“. Man müsse „unannehmbar Bilder schaffen, damit sie schäutern“.

Unannehmbar sind die Prosabilder Meiers nicht, eher schon gleichsam aus feinstem Glas gesponnene Sprachgebilde, denen nahezu kommen Phantasie voraussetzt, meditative Versenkung manchmal, Mühe auch anstatt Müßiggang. Und Belesenheit im strengen Sinne des Wortes, die Liebe zu Melodien und malerischen Bildern, zur großen Welt der kleinen Dinge. Gerhard Meier ist ein Sprachmalder des Naiven, nicht des Primitiven, hierin ein wenig Rousseau verwandt, wohl auch Miró und Paul Klee. Wahlverwandtschaften blitzen hier auf, weit mehr als nur austauschbare Vorlieben.

Dieser Dichter weiß um die existentiellen Gefährdungen unserer Tage - „Brunnen, man wird dir nach dem Wasser trachten morgen“. Und er setzt seine Botschaft - nie besser wissend, allenfalls mahnend - so gleich um in ein einprägsames, überzeugendes Bild: „Der Amrain Durchhaltewillen zu bedenken ist jetzt gute Zeit und schlechte für Geschwätz.“

WALTER A. BAUER

## JOURNAL

Die Grube Messel meldet spektakuläre Entdeckungen

D. B. Frankfort: Das vollständige Skelett eines etwa hasengroßen Uppaahufers, der stammesgeschichtlich als Vorfahre der heutigen Paarhufer angesehen werden kann, gilt als einer der ausregenden Funde bei den Grabungen des Frankfurter Forschungsinstituts Senckenberg in der Grube Messel bei Darmstadt. Spektakulär ist auch der erste Nachweis eines vollständigen, etwa 80 Zentimeter großen Laufvogels mit kräftigen Beinen, rückgebildeten Flügeln und langem Hals. Hierbei handelt es sich um einen fröhlichen Verwandten des afrikanischen Straußes.

Ein Museum für Johann Gottfried Herder

J. G. G. Mohrungen: Im Palais der Grafen Dohna in Mohrungen/Ostpreußen wurde das neue Herdermuseum eröffnet. Der Wiederaufbau des 1945 abgebrannten Hauses hat elf Jahre gedauert. Vorher befand sich ein kleines Herdermuseum im kunsthistorischen Rathaus zu Mohrungen (16. Jahrhundert).

Jubiläumsschrift 40 Jahre Ruhrfestspiele

DW. Recklinghausen: Der Nachkriegswinter 1946 war hart. In Hamburg gab es Theater, aber keine Kohle. Im Ruhrgebiet, genauer in Recklinghausen, gab es Kohle, aber kein Theater. Als die Hamburger von den Kumpeln der Zeche König Ludwig Stoll für die Öfen kriegten, bedankten sie sich dafür 1947 mit einem Gastspiel in Recklinghausen: Die Ruhrfestspiele waren geboren. Das ist 40 Jahre her. Die diesjährigen Festspiele haben dieses Ereignis gewürdigt. Jetzt liegt auch die Jubiläumsschrift vor: „Ihr für uns und wir für euch“, erschienen im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn, 248 Seiten, 250 Abbildungen, 19,80 Mark.

Neue Galerien für Englands Photo-Museum

J. St. Bradford: The National Museum of Photography, Film and Television in Bradford, Mitletteland, hat jetzt seine neuen, weitläufigen Fernseh-Galerien eröffnet und erinnert damit an den 50. Geburtstag der ersten Fernsehstation der British Broadcasting Corporation. Die stärkste Anziehungskraft in dem Museum, das die Geschichte der Fotografie von der Camera obscura bis zu modernen Verfahren wie Mikro- und Infrarot-Photographie anschaulich macht, ist freilich das Imax-Kino aus. Es beherbergt Britanniens größte Kino-Leinwand. Sie nimmt das Äquivalent von fünf Stockwerken in Anspruch. Das Vorführsystem wurde in Kanada hergestellt.

Seit mehr als 30 Jahren: Das Buch des Monats

DW. Darmstadt: Seit 1952 wählt die „Darmstädter Jury“, bestehend aus Literatur-Experten, das „Buch des Monats“ aus. „Der Zweck des Vereins ist, das Interesse für hochwertige Literatur zu wecken“, heißt es in der Satzung. Jetzt ist ein Materialband, mit einem Vorwort von Karl Kroloß versehen, erschienen (als Band 53 der Reihe „Darmstädter Schriften“). Er dokumentiert anhand von Leseproben die rund 400 ausgewählten Werke: „Buch des Monats 1952-1986“ (Justus von Liebig Verlag, Darmstadt, 264 S., 16,80 Mark).

Gedenkstätte für Gustav Mahler

rst. Humpoletz: In der Stadt Humpoletz unweit von Kalischt in Böhmen, dem Geburtsort von Gustav Mahler (1860-1911), wurde anlässlich seines 75. Todestages eine Gustav-Mahler-Gedenkstätte errichtet. Die Exponate, die an Mahlers Jugend und sein Wirken auf dem Gebiet der heutigen CSSR erinnern, sammelte der Gründer der Gedenkstätte, Jiri Rycketsky.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Er gehört zu den Präfiguren des literarischen Expressionismus: Ernst Stadler, 1883 in Colmar im Elsaß geboren und 1914 bei Ypern gefallen. In den wenigen Jahren bis zum Weltkrieg hat er Gedichte geschrieben, deren schönste in der Sammlung „Der Aufbruch“ 1914 erschienen sind. Bei aller zeittypischen Lesart gibt es Verse, die zum ehernen Bestand deutscher Lyrik gerechnet werden dürfen, darunter vor allem diejenigen erotischen Inhalts. Zuletzt innerhalb der kostbaren Werkausgabe anlässlich von Stadlers 100. Geburtstag erschienen, ist jetzt der „Aufbruch“ auch als preisgünstiges Taschenbuch zu haben.

Ernst Stadler: Der Aufbruch, herausgegeben von Manfred Kluge, 1986 Verlag, München, 92 S., 7,80 Mark.

Hans Sachsse wird 80

## Ein Experte, dem man voll vertraut

Über Philosophie der Natur und der Technik kann nur mitreden, wer außer von Philosophie auch etwas von Technik und von Naturwissenschaften versteht. Durch jahrzehntelange eigene Arbeit auf dem Gebiet der experimentellen Chemie, speziell der Chemie der Kunststoffe, und gründliches philosophisches Studium wurde Hans Sachsse zu einem der führenden deutschen Naturphilosophen der Technik.

Der geborene Elberfelder studierte Chemie in Berlin und wurde Mitarbeiter von Fritz Haber, dem Entdecker der Ammoniak-Synthese. 1935 habilitierte er sich in Göttingen und ging dann für einige Jahre nach Amerika, um schließlich bei der I. G. Farben zu arbeiten. Nach dem Krieg übernahm er bei den Hoechst-Farben die Leitung der Forschungsabteilung für Kunststoffe und Lösungsmittel. Daneben lehrte er seit 1957 an der Universität Mainz als Professor für Naturphilosophie.

In der breiteren Öffentlichkeit wurde Sachsse vor allem bekannt durch seine Bücher „Natur - Erkenntnis und Wirklichkeit“ (1967), „Einführung in die Kybernetik“ (1971), „Technik und Verantwortung“ (1972), „Anthropologie der Technik“ (1978), „Kausalität, Gesetzlichkeit, Wahrscheinlichkeit“ (1979), „Ökologische Philosophie“ (1984). Dazu kommen zahlreiche Veröffentlichungen über



Theorie und Praxis ideal vereint: Prof. Hans Sachsse

FOTO: DIE WELT

Spezialprobleme, vor allem der technischen Chemie. In seinem 1979 erschienenen Buch „Was ist Sozialismus - Zur Naturphilosophie der Gesellschaft“ weist er nach, daß die Gleichheitstheorie und der Klassenkampf des Marxismus unvereinbar sind mit der biologischen Natur des Menschen und der Rolle der Technik als Band der Vergesellschaftung. Er fordert statt dessen eine Gesellschaft, die auf der Solidarität aller ihrer Glieder und der Verantwortung der Experten beruht.

Für die ungebrochene Vitalität des Jubilärs spricht, daß er noch Ende November, gerade aus dem Krankenhaus entlassen, nachdem ihm ein Straßenrüber einen Dolch in den Leib gestoßen hatte, eine dreitägige Tagung über das Problem der Intuition eröffnete und leitete. Das soll ihm erst jemand nachmachen.

ALBERT MENNE

Gerd Heinz inszeniert in Wien die „Roten Nasen“

## Heiter gegen das Grauen

Peter Barnes' farnebreiches englischer Erfolgsstück „Die roten Nasen“, nach der deutschsprachigen Erstaufführung in Düsseldorf, nun auch in Wien. Das vom Volkstheater in einer Notssituation herausgebrachte und dennoch vorzüglich bewältigte Stück führt zurück ins 14. Jahrhundert, in das von der Pest heimgesuchte Frankreich.

Die Wiener haben es, nachdem die geplante „Falstaff“-Aufführung durch den Tod Helmut Qualtingers ausfallen mußte, durch die Zürcher Theaterdirektor Gerd Heinz in verhältnismäßig kurzer Zeit einstudieren lassen und damit einen Festbeitrag geschaffen, der zwar in der Premiere gewürdigt wurde, beim nachträglich gestimmten Publikum der späteren Aufführungen aber leider wenig Anklang fand.

Viennet, die Hauptfigur des Stückes, ein Mönch, erkennt in einer Eingebung, daß der herrschenden Angst und der Hand in Hand gehenden Unmoral durch die verheerende Seuche mit einem Heilmittel besonderer Art entgegengewirkt werden müsse. Therapeutisch ist es wohl unbrauchbar, aber es vermag im Sinne der Psychosomatik Wirkung zu tun: Viennet kämpft durch - Erheiterung und Spaß gegen die allgemeine Verzweiflung an. Er sammelt eine Schar sonderbarer Typen, eben die „Roten Nasen“, um sich und zieht mit ihnen durch die Lande, um mit lustigen Schwänken die Menschen aufzuheitern, sie aus ihrer Verzweiflung zu holen und gegen das Virus wiederstandsfähiger zu machen.

Solange die Pest herrscht, betrachtet der Papst in Avignon das Unternehmen wohlwollend, aber kaum sind wieder normale Zustände eingetreten, werden ihm die Spaßmacher verdächtig, welche ja von autoritären Regimen ganz allgemein ungen gesehen werden, weil sie sich außerhalb der gleichmachenden Norm bewegen. Da Viennet tapfer auf der Fortsetzung seiner Tätigkeit besteht, fällt er samt seinen Genossen dem Henker zum Opfer, ein krasser Schluß, der am endgültigen Sieg des Guten Zweifel läßt.

Hermann Schmid in der Hauptrolle, der Held des Dramas, hat nichts Faszinierendes an sich, beherrscht die Rolle aber souverän. Dem durch Gäste auf über 40 Darsteller aufgeteigten Ensemble gelingt unter der präzisen und mit vielen technischen Kunstmitteln ausgestatteten Regie eine schöne Ensembleleistung.

Die reiche Phantasie, die der Regisseur entfaltet, mit Szenen, die an Discomusik erinnern, auch Musicalfluren ins Spiel bringen und Lichteffekte überreicher Art, läßt eine Phantasmagorie entstehen, die - auch Theater auf dem Theater ist - eingesetzt - manchmal geradezu an den „Sommertraum“ denken läßt. Um so mehr, als der Text keineswegs ohne Tiefgang ist, eine Fülle origineller Gedanken enthält.

Erstaunlich, was Heinz aus den Darstellern herauszuholen versteht, ohne daß er Sterne einsetzen muß! Auch das Bühnenbild ist überzeugend (Rudolf Rischer). Ins Discomilieu passen die Musik von Peter Kalz und die Kostüme von Gerda Graf, unter die sich allerdings - des allzu bekannten Gegenwartsbezugs halber - auch heutige Kleidung mischt. Das wirkt deplatziert. Auch eine etwas bessere Sprechtechnik hätte man sich hier und da gewünscht.

ERIK G. WICKENBURG

Köln: M. Hampe inszeniert den „Rosenkavalier“

## Mehr Frühstückstassen!

Den Plan einer Neuinszenierung des „Rosenkavalier“ an der Kölner Oper hat Michael Hampe seit Jahren vor sich hergeschoben. Nun ist das teure Stück, gesponsort von der Deutschen Philips, heraus. Aber richtig glücklich wird man mit der Aufführung nicht.

Sie ist mühsam besetzt: Hampe verwendet keinen der reisenden Stars. Freier mit ihnen ausgeleierten Kehlen. Seine Marschallin heißt, nomen est omen, Margaret Marshall. Sie sieht sehr schön aus. Sie singt die Partie ohne jeden Fehlschlag und Tadel. Sie hat Hofmannsthal's Text genau gelernt und spricht ihn ohne fremden Akzent. Allein, die Stimme ist eben noch sehr lyrisch, die große Projektion, die eine Marschallin stimmlich wie darstellerisch braucht, besitzt Margaret Marshall noch nicht.

Ihr Octavian heißt Delores Ziegler. Auch sie gibt dem Lyrischen viel Raum. Sie setzt ihre Töne sorgfältig. Die Stimme, ohne wirkliche Eigenart, klingt für einen Mezzo weich und hell. Das harmoniert aufs beste mit der Stimme Margaret Marshalls. Doch solche Umsicht ist bald dahin, wenn Teresa Ringholz die Sophie antstimmt. Mag das auffällige Vibrato in der Mittellage noch ganz anpassend sein, so verliert die Stimme in der Höhe Stütze und Halt, produziert einen durchdringenden, kreischenden Soubretten-Ton, der die Ensembles wie das Schlussetzett empfindlich stört.

Die Unarten Günter von Kamrens, der den Ochs auf Lerchenau gibt, lie-

gen mehr im schlampigen Parlando und Deklamieren als im Gesanglichen; trotz limitierter stimmlicher Mittel bleibt er seinem Part nichts schuldig.

Wie kürzlich in Brüssel, dirigiert Sir John Pritchard auch den neuen Kölner „Rosenkavalier“, relativ zügig, mit Achtsamkeit für viele instrumentale Details, die er fast über Gebühr hervorhebt, sogar mit einem Klavier bei der Wirtshausmusik hinter der Szene, so wie es Strauss komponiert hat und wie es doch selten befolgt wird. Den großen Zug, den sinnlichen Glanz der Partitur, bleibt Pritchard schuldig. Er ist wohl eher prosaischen Gemüts.

Michael Hamps Inszenierung hält sich an das Vertraute und Bewährte, als hätte er schon einmal für die Salzburger Festspiele geübt. Da müßte er dann im Detail noch einiges besser machen: Octavian so im Bett platzieren, daß er seine Marie-Theres anschauen kann, wenn er sie ansingt, oder das Gefolge des Ochs auftreten lassen, wenn die Musik den Einsatz gibt und nicht vorher, dem Ochs das Frühstück auch nicht aus derselben Tasse servieren lassen, aus der schon die Marschallin und Octavian getrunken haben.

Und er müßte sich vor allem nach neuen Ausstattungen umsehen, denn Jörg Zimmermanns Bühnenbilder und Carlo Diapiss Kostüme sind so schlecht und mißraten, daß man gar nicht hinschauen mag.

REINHARD BEUTH



Dem Lyrischen viel Raum gegeben: Delores Ziegler als Octavian (re.) mit Teresa Ringholz als Sophie, aus der Kölner Aufführung

FOTO: PAUL LECLAIRE

## KULTURNOTIZEN

„Lesen - Buch - Bibliothek“ ist das Thema einer Tagung der Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth, die sich vom 23. bis 25. Januar mit Wegen der Leseförderung beschäftigt.

Das Naturhistorische Museum Mainz wird wegen Reparaturen und Bauarbeiten im Januar geschlossen.

Ein Dialekt-Lexikon von den insgesamt 21 Mundart-Landschaften der heutigen „DDR“-Bezirke Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt soll in

den nächsten zehn Jahren fertiggestellt werden.

Wollbilder und Zeichnungen der mexikanischen Huichol-Indianer zeigt das Völkerkundliche Seminar der Universität Marburg bis Mitte Januar im Kugelhaus.

Elsa Lanchester, die Witwe des Schauspielers Charles Laughton und selbst Filmschauspielerin, ist in Los Angeles im Alter von 85 Jahren gestorben.



